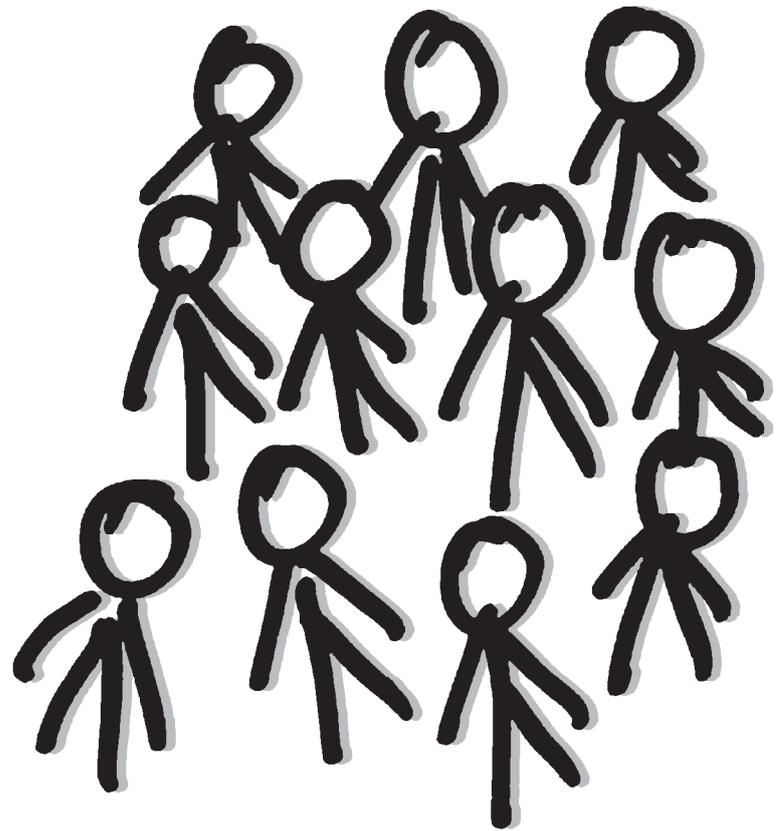


Ausgeschlossen?!

Kinder- und Jugendarmut in der
Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens



Tanja Mertens - Dezember 2007



BELGISCHES
ROTES-KREUZ
Deutschsprachige Gemeinschaft

Inhalt

Inhalt	2
Geleitwort	4
I Auftrag	6
II Einführung	7
III Allgemeine Angaben zur Deutschsprachigen Gemeinschaft	8
IV Allgemeine Angaben zur Bevölkerung	9
1. Demographie	9
1.1 Bevölkerungsentwicklung	9
1.2 Familienstruktur	10
1.3 Nationalität	11
1.4 Leben mit einer Behinderung	12
2. Sozioökonomische Daten	13
2.1 Einkommen	13
2.2 Arbeitslosigkeit	14
2.3 Eingliederungseinkommen	15
2.4 Lebensmittelverteilung	16
2.5 Überschuldung	17
2.6 Wohnsituation	17
V. Situation von Kindern und Jugendlichen in der DG	22
1. Armut?! Versuch einer Definition	23
2. Kinderarmut in der DG - Versuch einer Quantifizierung	25
2.1 Eingliederungseinkommen	25
2.2 Kinder, deren Familien ohne legalen Aufenthaltsstatus in der DG verweilen	26
2.3 Arbeitslosigkeit der Eltern	26
VI Auswirkungen von Armut in der DG	31
1. Materielle Lage	31
2. Kulturelle Lage	33
2.1 Allgemeines	33
2.2 Schulrückstand in der DG	34
2.3 Förderschule und sonderpädagogischer Förderbedarf	35
2.4 Teilzeitunterricht	36
2.5 Situation ausländischer Kinder	39
2.6 Armut und sozioökonomischer Einfluss auf Bildungschancen	42
2.7 Gründe für den Einfluss von Armut auf Schülerleistungen	44
3. Soziale Lage	50
3.1 Jugendhilfe	50
3.2 Jugendkriminalität	53
3.3 Streetwork/Jugendarbeit	53
3.4 Drogenkonsum	54
3.5 Freizeitverhalten	55
3.6 Anmerkungen zum Verhältnis Hilfeleistender und in Armut lebender Familien	57
4. Gesundheitliche Lage	62
4.1 Allgemeine Probleme auf Ebene der DG	62
4.2 Auswirkung von Armut auf Gesundheit	64
4.3 Zugang zu medizinischer Dienstleistung	65
4.5 Allgemeine Bemerkungen	66
VII Allgemeines Fazit und Handlungsempfehlungen	68
VIII Bestpractice Beispiele	73
Nachwort	75

Geleitwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Ich freue mich, dass Sie den Bericht über Kinder- und Jugendarmut in der Deutschsprachigen Gemeinschaft endlich in Händen halten können. Zunächst müssen Sie wissen, dass es darin wohlgermerkt nicht um Armut *an* Kindern (obwohl auch der Geburtenrückgang in der DG derzeit weiter zunimmt), sondern um Armut *von* Kindern geht – ein Thema, das nicht nur in Entwicklungs- oder Schwellenländern vorherrscht, sondern leider auch bei uns immer aktueller wird und für das dringend entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden müssen.

Dabei hat Kinderarmut weit größere Auswirkungen als „wenig Geld zu haben“: Die Konsequenzen reichen von Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen wie Wohnen, Kleidung oder Ernährung, über eingeschränkte Entwicklungs- und Bildungschancen, bis hin zu Mangel an Integration und sozialer Unterstützung.

Die Erfahrungen, die in Armut lebende Kinder durchmachen, führen dabei nicht selten zu negativen Emotionen wie Verzweiflung, Wut, und Neid. Diese Emotionen wiederum drücken sich mitunter in Kleinkriminalität und damit langfristig in Kosten für Gewalt- und Drogenbekämpfung aus – ein Teufelskreis, den es zu unterbrechen gilt.

Das Ausmaß der Konsequenzen hängt jedoch nicht alleine von der finanziellen Situation ab, sondern von einer Reihe weiterer Faktoren: Ein positives familiäres Klima/eine gute Eltern-Kind-Beziehung, ein fördernder Erziehungsstil, die Bindung an eine Bezugs- oder Vertrauensperson, sowie möglichst stabile familiäre und soziale Netzwerke – all dies sind sozusagen Schutzfaktoren, die dazu beitragen können, dass sich Kinder trotz Armut gut entwickeln. Daneben bestehen allerdings die sogenannten Risikofaktoren, deren *Anzahl* häufig ausschlaggebend ist, ob gravierende Schäden bei den betroffenen Kindern zurückbleiben.

Als Risikofaktor wird beispielsweise ein niedriger Bildungsgrad der Eltern betrachtet, aber auch psychische Erkrankungen der Eltern oder die Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Minderheit. Ab einer gewissen Zahl solcher Faktoren¹ ist es für ein Kind geradezu unmöglich, diesen Kreislauf zu unterbrechen bzw. sich den negativen Konsequenzen langfristig zu entziehen. Dabei wissen wir, dass gerade die frühe Kindheit die Grundlagen des Lebens- und Bildungsweges eines Menschen prägt. Die Hilfe muss die betroffenen Kinder und Jugendlichen also „früh genug“ erreichen, wenn sie erfolgreich sein soll.

Hier haben wir auch einen Auftrag als Gesellschaft. Nicht nur das direkte Umfeld des in Armut lebenden Kindes (Eltern, Geschwister, Lehrer, Bekannte, Freunde, Sozialarbeiter, etc.) spielt hier eine Rolle; auch die breite Gesellschaft kann einen positiven Einfluss auf die Entwicklung solcher Kinder und Jugendlichen haben. Die Herausforderung liegt darin zu erkennen, dass nicht der Ausschluss, sondern die Einbeziehung armer Kinder und Familien, die einzige Möglichkeit ist, dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Im Alltagsleben kann somit ein jeder seinen persönlichen Beitrag leisten, indem er ärmere Menschen nicht ignoriert, belächelt, oder gar verspottet, sondern in Aktionen und Unternehmungen mit einbezieht, wo es eben möglich ist – wobei es eine Grundvoraussetzung ist, sich dabei auch in die jeweilige (finanzielle) Situation dieser Menschen hineinzusetzen.

Auf politischer Ebene wurde der Handlungsbedarf bereits erkannt: Es müssen gezielte Maßnahmen in der Familien- und Kinderpolitik getroffen werden, Kinder- und Jugendarmut in der DG entgegenzuwirken. Bevor dies allerdings geschehen kann, war es notwendig, die derzeitige Situation einer umfassenden Analyse zu unterziehen.

Der erste Schritt lag folglich in der Erstellung des vorliegenden Berichtes, den die Regierung in Auftrag gegeben hat. Es werden darin zahlreiche Fakten und Expertenmeinungen, aber auch Hintergrundwissen und Interviews mit Betroffenen zusammengestellt. Indem Aspekte wie Familienstruktur, Wohnsituation, Bildung, Gesundheit, Migrationshintergrund, die materielle sowie die soziale Situation herausgearbeitet werden, werden die Lebensräume der in Armut lebenden Kinder der DG spezifisch beleuchtet. In dem Bericht geht es folglich nicht nur um finanzielle bzw. „monetäre“

¹ im Bericht ist die Rede von so genannten „Multiproblemfamilien“

Armut, sondern auch um „Bildungsarmut“, um kulturelle, soziale und gesundheitliche Benachteiligung – Kinderarmut in all ihren Facetten sozusagen.

Neben Gründen, Auswirkungen und konkreten Zahlen zur Kinderarmut in der DG weist der Bericht aber auch Handlungsempfehlungen und so genannte „Best-Practice“ Beispiele auf. Gerade diese gilt es nun in einer zweiten Phase eingehend zu prüfen. Es muss untersucht werden, inwiefern diese Vorschläge der Ungleichheit und dem Mangel an Zukunftschancen durch Kinderarmut in der DG tatsächlich entgegenwirken können, ob sie für die DG adäquat sind, und ob sie sich auch langfristig als erfolgreich erweisen können.

Daneben dürfen auch die bereits laufenden Aktionen nicht in Vergessenheit geraten: Im Bereich Gesundheit beispielsweise werden punktuelle Maßnahmen wie die „Tutti-Frutti“-Aktion in Schulen und das „ViaSano“-Projekt, welches auf breiter Ebene ansetzt und für jeden zugänglich ist, sicherlich ihren Teil dazu beitragen, schlechter Ernährung bzw. mangelnder Bewegung auch und insbesondere von in Armut lebenden Kindern vorzubeugen.

Und schließlich besteht die Notwendigkeit, dem offenbar vorherrschenden Informationsdefizit über die bestehenden Angebote im Kinder- und Jugendbereich entgegenzuwirken: Wissen auch die meisten Eltern inzwischen darüber Bescheid, dass der Dienst für Kind und Familie kostenlose Vorsorge-Untersuchungen zwischen 0 und 3 Jahren anbietet, so sind neuere Projekte wie das „Elterntelefon“ des Bundes der Familien, welches Eltern kostengünstig berät, oder der „Soziokulturelle Fonds des Föderalstaates“, den die ÖSHZ seit kurzem nutzen können, um ihren Klienten den Zugang zu kulturellen und sportlichen Aktivitäten zu ermöglichen, scheinbar noch ziemlich unbekannt. Hier muss verstärkt Informationsarbeit geleistet werden, eventuell im Rahmen von Kampagnen.

Auch die Einbeziehung der Betroffenen, der so genannte „partizipative Ansatz“ wird seitens der Regierung unterstützt und ist in diesem Kontext sicherlich hilfreich. So wurde zur offiziellen Vorstellung des Armutsberichtes im Oktober 2008 auch die Organisation ATD Quart Monde aus Brüssel eingeladen, deren Arbeitsweise sich darüber auszeichnet, dass von Armut betroffene Menschen direkt in die Projekte mit einbezogen werden. Als Datum für die Vorstellung des Armutsberichtes der Kinder und Jugendlichen der DG wurde übrigens der 21. Oktober gewählt, weil dieses Datum sich in unmittelbarer Nähe zum 17. Oktober, dem Tag der Armut, befindet.

Ich blicke dieser Veranstaltung erwartungsvoll entgegen und hoffe, dass sie uns zu weiteren Schlüssen und Erkenntnissen führen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Gentges
Vize-Ministerpräsident
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

I Auftrag

Den Rahmen für den Arbeitsauftrag zum vorliegenden Bericht bildet RECES, das Euregionale Netzwerk gegen den sozialen Ausschluss, ein Interreg-Projekt, das für den Zeitraum Dezember 2004 bis Dezember 2007 finanziert wurde und zwei Ziele verfolgte:

- die Zusammenarbeit von Organisationen zu fördern, die im Bereich der sozialen Integration tätig sind
- einen euregionalen Sozialbericht zu erstellen.

Partner in diesem Projekt waren einerseits Hochschulen (KFH Aachen, Xios Hogeschool, Université de Liège, Hogeschool Zuyd) für den Bereich Sozialberichterstattung und andererseits Organisationen (Netzwerkpartner), die im sozialen Bereich tätig sind: Deutsches Rotes Kreuz, Belgisches Rotes Kreuz, Rimo Limburg, Hogeschool Zuyd, Cripel.

Aufgrund der Tatsache, dass es in der DG keine vergleichbare Hochschule gibt, wurde die Erstellung des Sozialberichts an den entsprechenden Netzwerkpartner, das Belgische Rote Kreuz (in der Deutschsprachigen Gemeinschaft) übertragen.

Die wissenschaftliche Begleitung wurde dabei im ersten Halbjahr durch Dr. Gregor Stangherlin und danach durch Gerda Holz vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) und Almut Kriele von der KFH Aachen wahrgenommen.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, als einer der Kostenträger des Projektes, hatte den Schwerpunkt der Sozialberichterstattung für die Deutschsprachige Gemeinschaft dabei auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen festgelegt, da bisher wenig Informationen über diese Zielgruppe vorlagen.

Dabei sollte kein allgemeines Bild der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen gezeichnet, sondern der Fokus klar auf Kinderarmut gelegt werden.

Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen spielte hier die bisherige Entwicklung der Sozialberichterstattung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Rolle. Sie hatte sich in den letzten Jahren eher als Pendant zur Armutsberichterstattung² auf Landesebene verstanden und den Fokus daher klar auf Armut gelegt.

Ebenso eine Rolle gespielt hat die Tatsache, dass Kinder- und Jugendarmut in fast allen Industrieländern steigt, jedoch zu Beginn dieser Sozialberichterstattung noch wenig thematisiert wurde.

Dass nun auch auf nationaler und europäischer Ebene im Rahmen der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung das Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut und deren Folgen gelegt wird, bestätigt die Wahl der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sich eingehender mit dem Thema Kinderarmut zu beschäftigen, denn Armut hat in Belgien mehr und mehr ein Kindergesicht.

Der nun vorliegende Bericht ist als erste Annäherung an ein komplexes Thema zu verstehen und als Grundlage für eine weitere, notwendige Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Denn es handelt sich bei diesem Bericht nicht um eine wissenschaftliche Studie, sondern um eine Zeitaufnahme, in der Situationen dargestellt werden, die aufgrund der verfügbaren Informationen als problematisch gelten könnten und die ein genaueres Hinsehen und eine breitere Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderarmut notwendig erscheinen lassen. Zudem wird ein Vergleich mit der Situation in anderen Regionen und Ländern gezogen.

Der Bericht versteht sich auch als ein Plädoyer für mehr Verständnis für in Armut lebende Menschen. Eine bisweilen emotionale Herangehensweise, die an manchen Stellen pauschalisierend und subjektiv wirken könnte, ist daher nicht auszuschließen...

Auch können die Empfehlungen, die hier gemacht werden, nur als erste Hinweise gewertet werden, da es einer breiteren fachlichen Auseinandersetzung von Experten aus den verschiedensten Bereichen bedarf.

² Allgemeiner Bericht über die Armut (1994, ATD Quart Monde, Union des Villes et des Communes, FRB)

II Einführung

„Wer glücklich ist, lebt in einer Welt voller Möglichkeiten.“

Leo Apostel, belgischer Philosoph

Kinder- und Jugendarmut in Europa ist ein verstecktes Phänomen. Sie ist weniger offensichtlich als die Drogenproblematik oder die soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mit den Bildern hungernder Kinder in Afrika hat sie wenig gemein.

So hat man sich bisher auch wenig mit der Lebenssituation von in Armut aufwachsenden Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Erst seit Ende der 90er Jahre, nachdem immer mehr Verbände und Organisationen auf die wachsende Zahl von in Armut lebenden Kindern aufmerksam gemacht haben und wissenschaftliche Untersuchungen diese Beobachtung belegen, steht die Bekämpfung von Kinderarmut und ihren Folgen auf der politischen Tagesordnung der Industrienationen.

Diese Auseinandersetzung mit Kinderarmut kommt dabei nicht von ungefähr, denn ein Aufwachsen in Armut kann Folgen haben für die Entwicklungschancen der Kinder und damit für ihre Zukunft. Je nach Dauer der Armutslage, je nach Alter, in der die Armutslage eintritt, je nach familiärem Kontext, aber auch je nach außerfamiliären Rahmenbedingungen und Unterstützungsmöglichkeiten können diese Folgen mehr oder minder gravierend sein und sind dabei vielfältiger Natur. Sie reichen von körperlichen und psychischen Problemen über soziale Auffälligkeiten bis hin zu geringeren Bildungsabschlüssen und Schulabbruch.

Kinder und Jugendliche stehen heute vor mannigfachen Herausforderungen, die ihnen einerseits zwar viele Gestaltungsmöglichkeiten bieten, andererseits sind sie jedoch auch vielfältigen Risiken des Scheiterns ausgesetzt. Sie haben mehr Wahlfreiheiten als ihre Eltern und Großeltern, ihnen sind jedoch gleichzeitig in ihren Wahlfreiheiten durch die ökonomischen Gegebenheiten enge Grenzen gesetzt. Heranwachsende, denen nicht in ausreichendem Maße ökonomische, kulturelle und/oder soziale Ressourcen durch Eltern, familiäres Umfeld, Gemeinwesen und Staat zur Verfügung stehen, müssen als besonders gefährdet betrachtet werden.

Die Fragen, die uns im Folgenden hauptsächlich beschäftigen, sind demnach:

- Inwieweit gibt es Kinder- und Jugendarmut in der DG, welches Ausmaß hat sie?
- Welche Folgen hat ein Aufwachsen in Armut in der DG?
- Wie können die Folgen bekämpft werden?

Leider steht für das Gebiet der DG nur ein begrenztes Angebot an Informationsmaterial zur Verfügung.

Kaum ein Dienst oder eine Organisation, die im Lebensbereich Kinder und Jugendliche tätig sind, untersucht systematisch die sozioökonomische Situation der Familien. Außerdem gibt es keine Statistik, die die Einkommensverteilung in der DG darstellt.

Das Ausmaß an Kinder- und Jugendarmut lässt sich daher nicht genau beziffern und kann nur anhand anderer zur Verfügung stehender Daten und durch Vergleich der allgemeinen sozioökonomischen Situation in der DG mit der in anderen Regionen geschätzt werden.

Im Folgenden wird daher zunächst auf die allgemeine Situation eingegangen, um dann – in einem zweiten Teil – Kinder- und Jugendarmut in der DG näher zu untersuchen.

III Allgemeine Angaben zur Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die DG, ein ländliches Gebiet

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens erstreckt sich entlang der deutsch-belgischen Grenze von Kelmis, nahe dem Dreiländereck Belgien-Niederlande-Deutschland, bis zur Gemeinde Burg Reuland, wo Belgien, Deutschland und Luxemburg aneinander stoßen.

Sie ist Teil der Wallonischen Region und der Provinz Lüttich und umfasst 9 Gemeinden mit einer Gesamtbevölkerung von 73 675 Einwohnern³. Die bevölkerungsstärkste Gemeinde ist Eupen mit 18 318 Einwohnern, die einwohnermäßig kleinste Burg Reuland mit 3 957 Einwohnern.

Der nördliche Teil der DG, zu dem die Gemeinden Lontzen, Raeren, Kelmis und Eupen gehören, wird vom südlichen Teil, der die Gemeinden Bütgenbach, Büllingen, Burg Reuland, Amel und St. Vith umfasst, durch das Hohe Venn (ein Naturschutzgebiet) getrennt. Die DG bildet also geographisch gesehen keine Einheit.

Etwa 65% der Gesamtfläche bestehen aus Wald und Weideflächen. Nur 3,6% der Fläche ist bebaut. Die Bevölkerungsdichte beträgt durchschnittlich 67,8 Einwohner/km². Die vier nördlichen Gemeinden sind dichter besiedelt als die südlichen Gemeinden. Kelmis ist dabei die mit Abstand am dichtesten besiedelte Gemeinde, da hier 557,5 Einwohner je Quadratkilometer leben.

Weitreichende politische Autonomie

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens verfügt infolge der Föderalisierung über weitreichende politische Zuständigkeiten, die sie autonom über ein 25 Volksvertreter umfassendes Parlament und eine Regierung, der zurzeit 4 Minister angehören, verwaltet.

Die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft umfassen:

- die kulturellen Angelegenheiten (Jugend- und Erwachsenenbildung, Medien, Schutz der Sprache, Freizeitgestaltung und Animation, Tourismus, berufliche Umschulung und Fortbildung, Schöne Künste,...)
- die personenbezogenen Angelegenheiten (Betreuungspolitik innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten (vorrangig Krankenhäuser und Altenheime), Gesundheitserziehung und vorbeugende Medizin, Unterstützung von bestimmten Personengruppen (Familienpolitik, Sozialhilfe, Integration, Betreuung von Behinderten und Senioren, Jugendhilfe, Hilfe für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene)
- das Unterrichtswesen, allerdings mit folgenden Ausnahmen:
 - die Festsetzung von Beginn und Ende der Schulpflicht
 - die Mindestbedingungen für die Ausstellung der Diplome
 - die Pensionsregelungen für das Personal des Unterrichtswesens
- zwischengemeinschaftliche und internationale Zusammenarbeit einschließlich der Vertragsabschlüsse in den vorgenannten Angelegenheiten
- die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften Belgiens sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen
- Denkmal- und Landschaftsschutz
- Beschäftigungspolitik
- Aufsicht über und Finanzierung der Gemeinden
- Aufsicht über die ÖSHZ

³ Stand 01.01.07, statbel.fgov.be

IV Allgemeine Angaben zur Bevölkerung

1. Demographie

1.1 Bevölkerungsentwicklung

1990 wurden in der DG 869 Geburten gezählt, im Jahre 2006 685. Dies entspricht einem Rückgang um ca. 20%.

Die Bevölkerungszahl ist, im Gegensatz zur Geburtenzahl, jedoch kontinuierlich von 64 632 Einwohnern im Jahr 1980 auf 73 635 in 2007⁴ gestiegen. Dies ist vor allem der hohen Anzahl an Zuwanderungen aus dem Ausland zuzuschreiben, vor allen Dingen aus der benachbarten Bundesrepublik Deutschland.

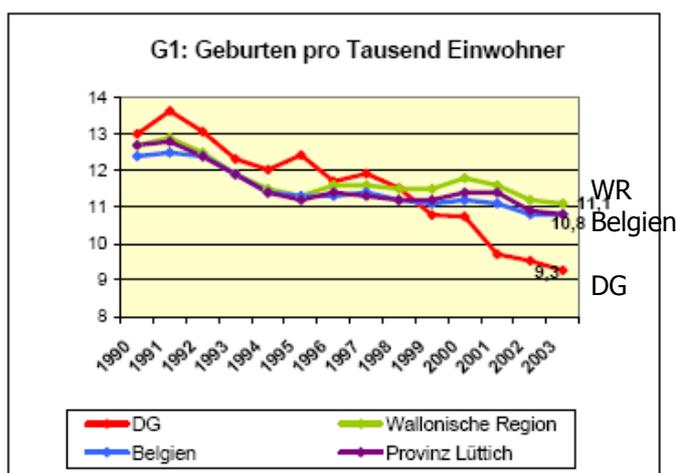
	1948		1962		1981		1990		2005	
0-14	13 415	24,5%	14 602	25,4%	13 343	20,6%	11 944	17,8%	12 919	17,8%
15-64	36 314	66,4%	36 889	64,1%	43 225	66,6%	46 274	69,1%	47 163	65%
65 +	4 961	9,0%	6 036	10,5%	8 346	12,8%	8 789	13,1%	12 430	17,2%
Total	54.690		57 527		64 914		67 007		72 512	

Quelle: ABEO, eigene Berechnungen

Bemerkenswert ist hier die Verdoppelung des Anteils der Über-65-Jährigen in den letzten 50 Jahren und des Rückgangs, allerdings weniger ausgeprägt, des Anteils der 0- bis 14-Jährigen.

Laut Simulation des Nationalen Instituts für Statistiken wird der Anteil der 0- bis 14-Jährigen bis 2010 in der DG auf 16% sinken, um danach – allerdings nur leicht – zu steigen. Gleichzeitig wird der Anteil der Über-65-Jährigen bis 2010 auf 18,25% steigen und laut INS (Institut National des Statistiques) bis 2030 auf 24,25%. Im gleichen Zeitraum wird der Anteil der 15- bis 65-Jährigen, also der potentiell erwerbsfähigen Bevölkerung, um 5% sinken.

Geburtenentwicklung



Quelle: INS / Berechnung und Darstellung: WSR

Interessant ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass der Geburtenrückgang in der DG noch ausgeprägter ist als in den anderen Gemeinschaften. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung nimmt dadurch stetig ab. Auch 2005 ist die Geburtenrate pro tausend Einwohner niedriger als in den beiden anderen Landesteilen: DG: 9,73 Geburten pro tausend Einwohner, Flandern: 10,57 und Wallonie: 11,37⁵.

⁴ Angaben zur Bevölkerung der Ostkantone 2006 und Gesamtbevölkerung Ostkantone 01.01.07- ABEO

⁵ INS (http://statbel.fgov.be/figures/d22_fr.asp#2)

1.2 Familienstruktur

In der DG lebten im Jahr 2004 rund 12 717⁶ Familien mit Kindern:

5 511 mit einem Kind

5 011 mit zwei Kindern

2 195 mit drei und mehr Kindern.

Bei den in der folgenden Tabelle⁷ aufgeführten Familien handelt es sich um verheiratete Paare mit Kindern sowie Väter und Mütter, die alleine mit ihren Kindern leben.

Darüber hinaus gibt es etwa 1 119 Familien (2004), die in einer anderen Familienform leben: unverheiratete Paare, Väter, Mütter, die mit einer anderen Person zusammenleben.

	Verh. Paare mit Kindern		Mütter mit Kindern		Väter mit Kindern	
	2000	2004	2000	2004	2000	2004
Amel	816	804	98	108	23	26
Büllingen	836	666	114	115	37	112
Burg Reuland	567	563	83	85	13	17
Bütgenbach	858	774	130	85	22	26
Eupen	2170	2011	519	583	84	92
Kelmis	1262	1171	301	323	57	54
Lontzen	715	657	121	146	19	30
Raeren	1283	1283	221	261	45	60
St.Vith	1342	1272	197	226	30	48
DG	9849	9201	1784	1932	330	465

Im Jahr 2000 waren 17,6% der Familien mit Kindern Einelternfamilien, 2004 waren es 18,8 %. Erstaunlich ist die Tatsache, dass die Anzahl alleinerziehender Väter (+135) sich beinahe im gleichen Umfang erhöht hat wie die Anzahl alleinerziehender Mütter (+148).

Wie erwartet, ist die Zahl der alleinerziehenden Mütter (80%) insgesamt jedoch deutlich höher als die Zahl der alleinerziehenden Väter (20%).

Die Gemeinde Büllingen bildet hier eine interessante Ausnahme. Hier hat sich die Zahl der alleinerziehenden Väter in 4 Jahren quasi verdreifacht, die Zahl der alleinerziehenden Mütter ist im gleichen Zeitraum fast gleich geblieben, so dass es in Büllingen fast genauso viele alleinerziehende Väter wie alleinerziehende Mütter gibt.

Auffallend sind auch die Unterschiede in Bezug auf Anzahl von Einelternfamilien pro Gemeinde: In Eupen sind etwa 25% der Eltern alleinerziehend, in Kelmis etwa 24%, in Bütgenbach etwa 12%.

Auf Landesebene verfügt man über relativ wenig Angaben über Einelternfamilien, so dass es schwierig ist, hier verlässliches Zahlenmaterial zu erhalten. Die verschiedenen Quellen gebrauchen zum Teil unterschiedliche Definitionen von „Familie“, während die Erhebungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gemacht wurden. Es verwundert daher nicht, dass die Ergebnisse manchmal um bis zu 6% schwanken.

In den meisten Texten zu Einelternfamilien geht man jedoch davon aus, dass 12 bis 14%⁸ der Familien in Belgien im Jahr 2004 Einelternfamilien sind, Tendenz steigend. Wahrscheinlich wird hierbei

⁶ Zusammensetzung der Familien nach Anzahl Kinder und ihrem Alter / INS - Auswertung WSR

⁷ Les noyaux familiaux belges par années et par commune – Ecodata (direction générale statistique)

⁸ Welke oplossing? Eenoudergezinnen – Synthese van het Colloquium van 24 okt. 2000, KBS

von der Gesamtanzahl Familien ausgegangen, also auch Familien ohne Kinder. In der DG beträgt der Anteil Einelternfamilien so berechnet ebenfalls etwa 12%. In Flandern liegt der Anteil laut einer Untersuchung des flämischen „Centrum voor Bevolkings- en Gezinsstudie“ (CBGS) niedriger als in der Wallonie oder in der Region Brüssel-Hauptstadt.

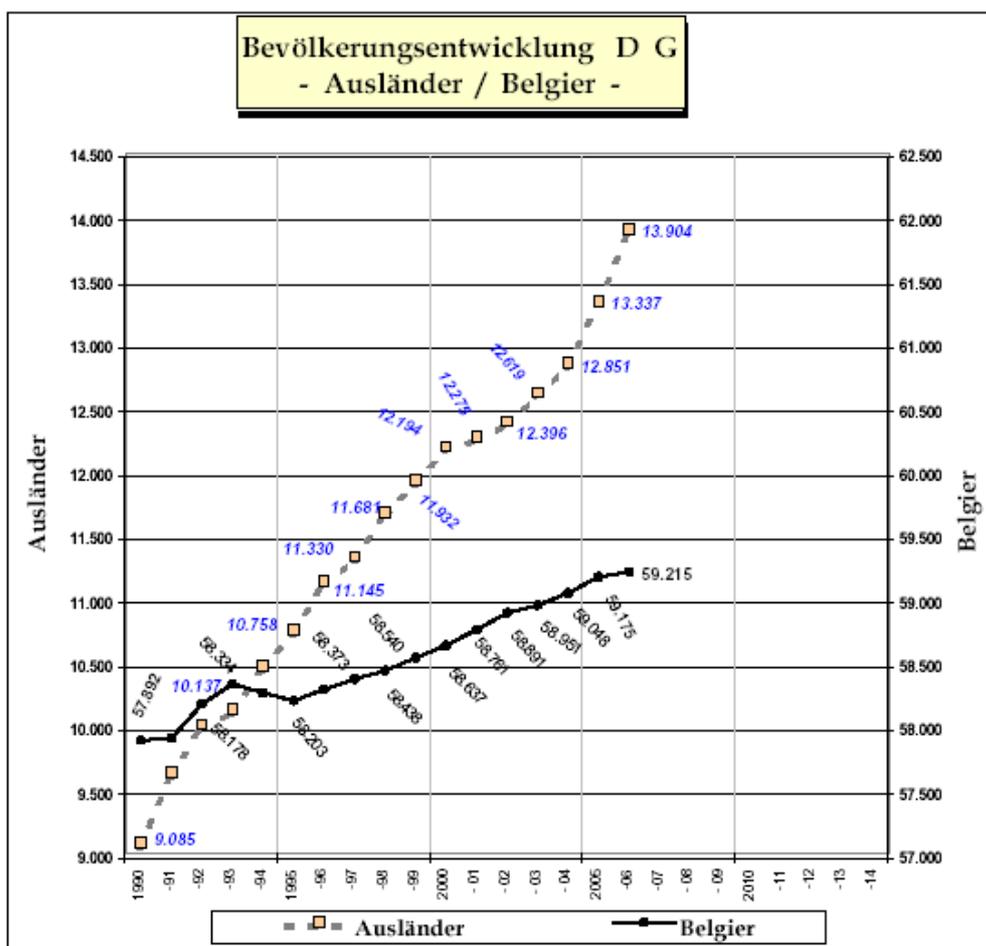
Eheschließungen und Scheidungen

Innerhalb von 10 Jahren ist die Zahl der Eheschließungen auf Landesebene um 30% zurückgegangen. In der DG sind die Eheschließungen im gleichen Zeitraum um ca. 40% gesunken⁹.

Gleichzeitig konnte in der DG eine Zunahme von 72 (1983) auf 172 Ehescheidungen (2002) festgestellt werden, eine Steigerung um 138% in knapp 20 Jahren. 2002 gab es somit 172 Scheidungen gegenüber 277 Eheschließungen; dies entspricht einem ungefähren Verhältnis von 2 zu 3. Auf Landesebene beträgt das Verhältnis 3 zu 4¹⁰.

1.3 Nationalität

Von 73 119 Einwohnern am 1.1.2006 sind 13 904 nicht belgischer Nationalität (19% der Bevölkerung, auf Landesebene: 9%). Dazu gehören vorwiegend Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (10 914). Die zweitstärkste Gruppe wird von den Niederländern mit 727 Personen gebildet. Raeren ist die Gemeinde mit dem höchsten Ausländeranteil Belgiens, der bei etwa 51% liegt.



Am 1.1.2004 lebten 243 Personen mit einer nicht-europäischen Nationalität in der DG (0,3%) sowie 86 Flüchtlinge.

Am 1.1.2005 betrug die Anzahl der Nicht-Europäer 260 und die Zahl der Flüchtlinge 191.

⁹ Masterthesis: „Entwicklung eines Designs für eine Familienbefragung“ J. Schröder, 2006

¹⁰ idem

Am 1.1.2006 betrug die Anzahl der Nicht-Europäer 331 und die Anzahl Flüchtlinge 276 (125 der Flüchtlinge sind dabei unter 18 Jahre alt)¹¹.

Die Anzahl der Flüchtlinge hat sich also innerhalb von 2 Jahren quasi verdreifacht.

Allerdings sind die oben genannten Zahlen relativer Natur, da die Menschen, die im Warteregister eingetragen sind (also noch kein definitives Statut erhalten haben), hier nicht mitberücksichtigt sind. Alleine in Eupen sind derzeit ca. 200 Menschen in diesem Register eingetragen.

In Eupen leben derzeit 80 verschiedene Nationalitäten zusammen, wobei die Bosnier hier mittlerweile nach den Deutschen den größten ausländischen Bevölkerungsanteil stellen.

1.4 Leben mit einer Behinderung

Die genaue Zahl der Menschen mit einer Behinderung, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leben, ist nicht bekannt. Eine vollständige Erfassung dieser Personengruppe würde ein ethisches Problem aufwerfen, da genau definiert werden müsste, wer als behindert gelten muss. Eine Behinderung hängt zudem auch vom gesellschaftlichen Umfeld ab, d.h. inwiefern „behindern“ wir eine betreffende Person im Alltag, im Beruf, im Zugang zu Gebäuden,...

Auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft liefert die Anzahl der bei der Dienststelle eingeschriebenen Personen mit Behinderung jedoch einen Anhaltspunkt. Die Dienststelle verwaltet etwa 4000 Akten (dies entspricht 5,7% der Bevölkerung), jährlich kommen durchschnittlich 65 neue Akten hinzu.

Was die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung anbelangt, so ist diese Zahl ebenfalls nicht exakt zu beziffern. Im Jahresbericht der Dienststelle heißt es hierzu: Bei etwa 8% der Neugeborenen sind Entwicklungsverzögerungen zu verzeichnen, 2,5% von ihnen bleiben behindert. Hier bezieht man sich jedoch auf Zahlen der Weltgesundheitsorganisation, die so nicht ohne weiteres übertragbar auf die Situation in der DG sind. „Kind en Gezin“, das flämische Pendant zum Dienst für Kind und Familie der DG, gibt in seinem Jahresbericht an, dass in Flandern 1,5% der Kinder mit einer Entwicklungsverzögerung geboren werden. Diese Zahl ist jedoch auch nicht sehr aussagekräftig, da bei der Geburt selten bereits von Entwicklungsverzögerung gesprochen werden kann.

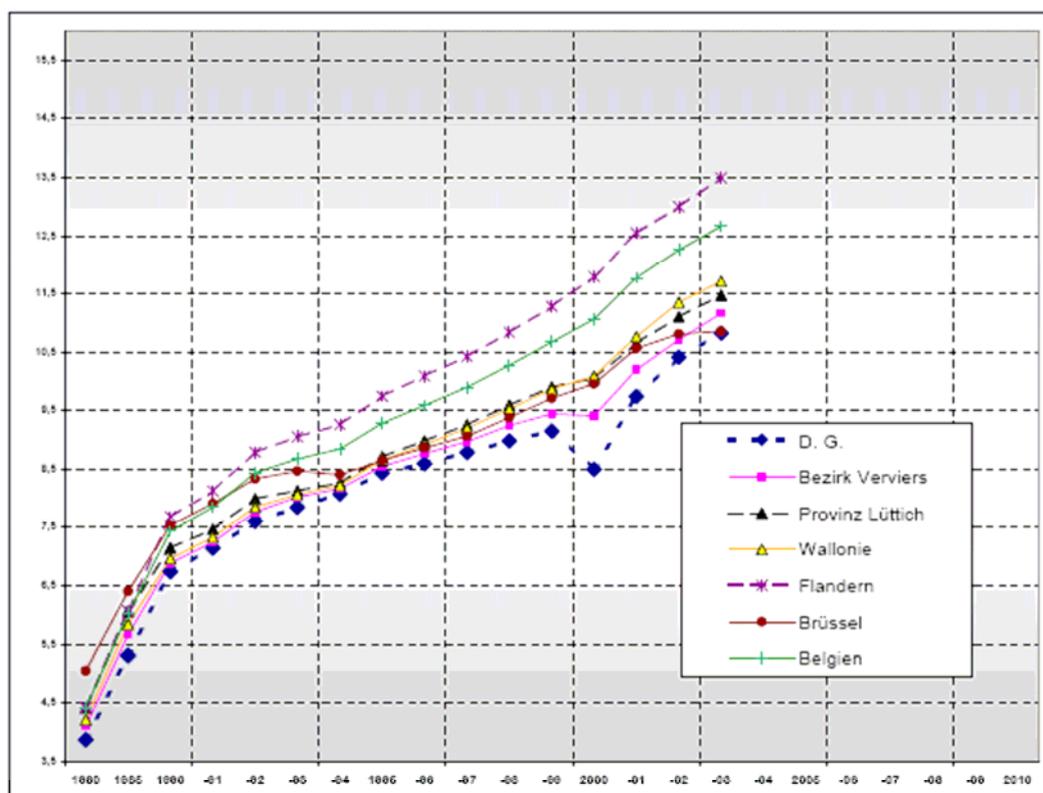
Etwa 5,7% der Gesamtbevölkerung der DG werden also von der Dienststelle für Personen mit Behinderung begleitet. Die Frühhilfe Ostbelgien, der ambulante Frühförderungsdienst der Dienststelle, betreute im Jahre 2005 ca. 1,4% der 0-bis-6-Jährigen.

¹¹ ABEO, INS Ausländische Bevölkerung der DG nach Herkunft und Altersgruppen – 1.1.06

2. Sozioökonomische Daten

2.1 Einkommen

Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens in Belgien (Mittleres Einkommen pro Einwohner) in 1.000,- €¹²



Quelle: INS, Auswertung und Darstellung: W S R

Die Statistik zeigt das **mittlere Einkommen pro Einwohner**, sprich den Quotient aus dem versteuerbaren Nettoeinkommen der jeweiligen Region und dem Durchschnittswert der Einwohnerzahl zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember. Es betrug für die DG im Jahre 2001 **9 740€** und im Jahr 2003 **10 820€**. Das mittlere Einkommen pro Einwohner liegt dabei seit Jahren unter dem auf Landesebene. Allerdings vermindert sich der Abstand in den letzten Jahren, liegt aber immer noch bei knapp 2500€.

Das **mittlere Einkommen pro Steuererklärung** ist der Quotient aus dem versteuerbaren Nettoeinkommen der jeweiligen Region und der Anzahl Steuererklärungen und betrug im Jahre 2001 **23 720€** und 2003 **24 838€**. Erstmals seit 1980 liegt dieser Wert für die DG leicht über dem Landesdurchschnitt (24 455€). Dies ist einerseits durch die Tatsache zu erklären, dass auch in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr in der DG eine Steigerung erzielt werden konnte, andererseits im gleichen Zeitraum das mittlere Einkommen pro Steuererklärung in Flandern zurückgegangen ist. Dennoch liegt der Wert der DG immer noch unter dem Flanderns.

Allerdings liegt die Zuwachsrate von 1980 bis jetzt höher als die des belgischen Durchschnitts.

Mittleres Einkommen pro Steuererklärung in Belgien 1980: 11 970€ 2003: 24 455€ (+ 104,3%)

Mittleres Einkommen pro Steuererklärung in der DG 1980: 10 510€ 2003: 24 838€ (+ 136,3%)

Das **mediane Einkommen** ist der Wert, der sich in der Mitte der Reihe befindet, nachdem die verschiedenen Einkommen der Höhe nach geordnet wurden. Anders ausgedrückt zeigt dieser Wert das Einkommen der Steuererklärung, die genau in der Mitte aller der Höhe nach geordneten Steuererklärungen liegt (d.h. 50 % der Erklärungen weisen ein höheres und 50 % ein niedrigeres Einkommen als diesen Wert auf). Dieser betrug im Jahre 2001 **19 140€** und 2003 **19 909€**. Da

¹² bis 2003 (letzte verfügbare Daten, Stand September 2007)

dieser Wert nahe beim mittleren Einkommen pro Steuererklärung liegt, kann man vermuten, dass viele Einkommen/Steuererklärungen um diesen Wert rangieren und die Einkommensdisparitäten in der DG nicht so groß sind.

Diese Zahlen geben zwar einen Anhaltspunkt, doch können sie wenig über die tatsächliche Verteilung der Einkommen in der DG aussagen.

Um das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen pro Einwohner genauer analysieren zu können, müssen Einkommenserhebungen durchgeführt werden, die ebenfalls die Anzahl Personen aufführen, die vom Haushaltseinkommen leben.

Solche Erhebungen werden auf Landesebene durchgeführt, es gibt jedoch keine spezifischen Daten für die DG, da die Anzahl der in diesem Rahmen befragten Menschen aus der DG zu gering ist, um eine statistisch relevante Größe zu erreichen.

Die Tabelle belegt jedoch, dass wohl kaum davon die Rede sein kann, die deutschsprachigen Belgier seien im allgemeinen reicher als die anderen Bewohner des Landes. Das mittlere Pro-Kopf-Einkommen ist seit 1980 stets niedriger als in den anderen Landesteilen.

2.2 Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenrate in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei 5%. Zu dem Zeitpunkt konnte man vor allen Dingen bei den Männern noch von einer quasi Vollbeschäftigung sprechen. Damals war die Arbeitslosenrate in der DG die niedrigste Belgiens.

Von 2000 bis 2005 hat sich die Zahl der Arbeitslosen in der DG jedoch um 60% erhöht. Prozentual gesehen ist dies ein wesentlich höherer Anstieg als in den anderen Landesteilen, die im gleichen Zeitraum ebenfalls eine kontinuierliche Zunahme der Arbeitslosigkeit gekannt haben.

Dieser Trend kehrt sich in Flandern allerdings um, da dort seit 2006 sinkende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen sind, so dass die Arbeitslosenrate in der DG jetzt über der Flanderns liegt.

Obwohl 2007 auch in der DG ein leichter Abwärtstrend der Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen ist (durchschnittliche Arbeitslosenrate 2006: 8,3%; im ersten Halbjahr 2007: 7,8%), ist die Arbeitslosenrate im Mai 2007 in Flandern immer noch um 1,6% Prozentpunkte niedriger als in der DG, wo sie bei 7,6% liegt. Auf Landesebene beträgt sie 10,9%¹³.

Zwecks Vergleich mit den Nachbarländern kann man auf Berechnungen von Eurostat¹⁴ zurückgreifen, wobei die Berechnung der Arbeitslosenrate allerdings verschieden ist von der in Belgien üblichen.

Demnach liegt die Arbeitslosenrate in Belgien im Juli 2007 bei 7,5%, in den Niederlanden bei 3,4% und in Deutschland bei 6,4%.

Dauer der Arbeitslosigkeit

Im November 2006 sind 48,1% der registrierten Arbeitslosen länger als 1 Jahr arbeitslos, 6% mehr als im Vorjahr. Im Mai 2007 sind es 50,2% der registrierten Arbeitslosen.

Ausbildungsniveau und Gender

Laut Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG) von 2005 beläuft sich der Anteil der unterqualifizierten Arbeitslosen (d.h. Personen, die höchstens über einen Primarschulabschluss oder die Mittlere Reife verfügen) in der DG auf 45% (im Vergleich zu 49% in Flandern und 54% in der Wallonie). Ihr Anteil an den Arbeitslosen ist in den letzten Jahren etwas gesunken, während vorwiegend der Anteil der Personen mit einem ausländischen Schulabschluss entsprechend angestiegen ist.

¹³ Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

¹⁴ Eurostat, Euro-Indikatoren-Pressemitteilung 118/2007

Die am wenigsten von Arbeitslosigkeit Betroffenen sind Menschen mit Hochschul- oder Universitätsdiplom und Menschen mit einer abgeschlossenen Lehre. Allerdings ist der Anteil der arbeitslosen Frauen mit Uni- oder Hochschuldiplom im Vergleich zu Männern mit gleichem Ausbildungsniveau sehr hoch: im Jahresdurchschnitt 2005 mehr als doppelt so hoch, im Jahresdurchschnitt 2004 fast doppelt so hoch. Im Mai 2007 sehen diese Zahlen jedoch anders aus: Hier sind es „nur“ noch 141 Frauen im Vergleich zu 99 Männern.

Im Gegensatz dazu ist der Anteil der arbeitslosen Frauen und Männer mit einer abgeschlossenen Lehre fast gleich.

Allerdings hat die Frauenarbeitslosigkeit insgesamt in den letzten zehn Jahren um ca. 11% abgenommen, während sie bei den Männern um ca. 26% zugenommen hat.

Jugendarbeitslosigkeit

Ein Vergleich mit dem Jahr 2001, als die Arbeitslosigkeit in der DG ihren bisherigen Tiefststand erreichte, zeigt, dass der seitdem erfolgte Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere die Über-50-Jährigen und die Unter-25-Jährigen betrifft. 2005 war ein leichter Rückgang der Arbeitslosenrate bei den Unter-25-Jährigen zu verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Trend scheint sich für 2007 zu bestätigen. Stand Mai 2007. 17,9%¹⁵.

Auf Landesebene beträgt die Jugendarbeitslosenrate (Unter-25-Jährige) im April 2007 19,5%, in den Niederlanden 5,6% und in Deutschland 12%¹⁶.

2.3 Eingliederungseinkommen

Monatliche Höhe des Eingliederungseinkommens nach Kategorien (seit April 2007¹⁷)

- Kategorie 1 (A): Zusammenlebend: 438,25€
- Kategorie 2 (B): Alleinstehende Personen: 657,37€
- Kategorie 3 (E): Person mit anderen Personen zu Lasten: 876,50€

Bemerkung: Die Höhe des Eingliederungseinkommens liegt unter der Armutsrisikogrenze¹⁸.

Zu bedenken ist dabei jedoch, dass der Bezug von Sozialhilfe bzw. Eingliederungseinkommen einige Vergünstigungen mit sich bringt: Die „Fédération des CPAS“ hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht über die „Arbeitsfallen“. Daraus geht hervor, dass ein alleinerziehender Arbeiter/eine alleinerziehende Arbeiterin mit einem Kind zu Lasten, der/die den vom Gesetzgeber garantierten Mindestlohn verdient, mit etwa 175€ monatlich weniger auskommen muss als ein/e alleinerziehende/r Bezieher/in des Eingliederungseinkommens in gleicher familiärer Situation. Vor allen Dingen die Kosten für die Kinderbetreuung schlagen hier zu Buche, obwohl bei dieser Berechnung der ONE-Tarif angewandt worden ist, der ja bekanntlich einkommensgebunden ist.¹⁹

¹⁵ Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

¹⁵ Eurostat, Pressemitteilung 1. Juni 07 (kein direkter Vergleich möglich, da andere Berechnungsgrundlage)

¹⁷ POD Maatschappelijke Integratie

¹⁸ Laut EU-SILC-Daten lag die Armutsrisikogrenze im Referenzjahr 2005 (Einkommen 2003) bei 822€ für eine alleinstehende Person

¹⁹ Fédération des CPAS, Analyse 2005 des pièges à l'emploi

Empfänger des Existenzminimums bzw. ab 1.10.2002 Eingliederungseinkommens in der DG²⁰

Stichtag	31.12.00	31.12.01	31.12.02	31.12.04	Im Laufe des Jahres 04	31.12.05	Im Laufe des Jahres 05	31.12.06
Amel	9	8	15	13	25	16	22	12
Büllingen	14	11	15	11	24	12	23	11
Burg Reuland	3	8	7	14	18	11	28	11
Bütgenbach	6	3	7	7	17	7	17	10
St.Vith	19	22	18	20	45	21	47	32
Eupen	200	204	223	251	417	236	377	302
Kelmis	110	109	139	160	230	156	206	165
Lontzen	16	20	19	17	39	19	36	24
Raeren	29	41	42	46	84	54	91	59
Total	406	426	485	539	899	532	847	626

Von 2000 bis 2006 hat die Zahl der Empfänger eines Eingliederungseinkommens um beinahe 55% zugenommen. Zwar war die Zahl von 2005 im Vergleich zu 2004 rückläufig (dies ist vor allen Dingen damit zu erklären, dass einige andere Ersatzleistungen dem Eingliederungseinkommen angepasst worden sind und dadurch ein Anspruch auf weitere Hilfe seitens der ÖSHZ weggefallen ist; de facto hatte sich dadurch die finanzielle Situation dieser Menschen jedoch nicht verändert), jedoch ist von 2005 auf 2006 im Vergleich zu den Vorjahren der höchste Zuwachs zu verzeichnen.

Vergleich mit Flandern und Wallonie:²¹ (durchschnittliche monatliche Anzahl der Empfänger des Eingliederungseinkommens im Verhältnis zur Einwohnerzahl)

	Jahr 2000	Jahr 2007
Belgien	0,74%	0,76%
Flandern	0,42%	0,37%
Wallonie	1,12%	1,04%
DG	0,38%	0,49%

2.4 Lebensmittelverteilung

Im Jahre 2003 erhielten durchschnittlich 241 Familien in der DG in den 6 Lebensmittelbanken der Lokalsektionen des Roten Kreuzes Lebensmittelpakete, darunter 119 ausländische Familien. In diesen Familien lebten 370 Kinder.

Im Jahre 2004 erhielten durchschnittlich 252 Familien Lebensmittelpakete (151 ausländische Familien); 382 Kinder lebten in diesen Familien.

Im Jahre 2005 bezogen 241 Familien Lebensmittelpakete (128 ausländische Familien); 407 Kinder lebten in diesen Familien.

Interessant ist auch die geographische Verteilung:

Im Jahre 2006 wurden in St. Vith durchschnittlich 106 Familien unterstützt, in Kelmis im gleichen Zeitraum durchschnittlich 29.

(Bemerkung: als ausländische Familien werden hier Familien mit Migrationshintergrund bezeichnet, unabhängig von ihrem Statut)

²⁰ Ministerium der DG, Abt. BGSO

²¹ POD Maatschappelijke Integratie

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Lebensmittelpakete, da nur die Lebensmittel verteilt werden können, die zur Verfügung stehen. Auch ist jede Lebensmittelbank autonom in Bezug auf Häufigkeit und Zugangsbedingungen. Diese Zahlen können daher kaum den tatsächlichen Bedarf dokumentieren.

Dennoch bestätigen die Verantwortlichen der Lebensmittelbanken einen zunehmenden Bedarf und dies sowohl im Norden als auch im Süden der Gemeinschaft.

Auch einige ÖSHZ in der DG verteilen Lebensmittelpakete.

2.5 Überschuldung

Die Zahl der überschuldeten Haushalte ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft steigend. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: Trennung oder Scheidung, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder schlechte Haushaltsführung können Personen und Familien in die Überschuldungsfalle hineinsteuern.

Von „Überschuldung“ ist dann die Rede, wenn das vorhandene Einkommen oder Ersatzeinkommen nicht mehr ausreicht, um allen finanziellen Verpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Menschen, die von Überschuldung betroffen sind, können sich an folgende Dienste wenden:

1. Die anerkannten Schuldnerberatungsstellen

Dazu gehören die Öffentlichen Sozialhilfezentren der Gemeinden St.Vith, Raeren, Eupen, Kelmis und Lontzen. Die vier ÖSHZ der übrigen südlichen Gemeinden haben eine Konvention mit der Verbraucherschutzzentrale (VSZ) geschlossen, um diese Aufgabe wahrzunehmen. In St.Vith übernimmt die Verbraucherschutzzentrale in Kooperation mit dem ÖSHZ die juristische Beratung.

2. Das Referenzzentrum der Verbraucherschutzzentrale Ostbelgien

Neben der „kollektiven Schuldenregelung“ kümmert sich das Referenzzentrum um die Akten überschuldeter Selbständiger, um überschuldete Personen mit Immobilienbesitz und um Personen, die Schulden im Ausland haben. Auch bemühen sich die Mitarbeiter um die Präventionsarbeit, um Überschuldungssituationen möglichst frühzeitig vorzubeugen.

3. Der Entschuldungsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Dieser wurde 1992 eingerichtet und gewährt überschuldeten Haushalten zinslose Kredite. Die Vergabebedingungen sind im Dekret vom 29.4.1996 festgelegt.

Entwicklung

Seit Bestehen des Entschuldungsfonds wurden insgesamt 53 Anträge genehmigt, davon 26 in der Periode von 1993 bis 2003 und 27 während des Zeitraums von 2002-2005.

Auch bei den Schuldnerberatungsstellen und dem Referenzzentrum wächst die Zahl der Akten.

Im Jahr 2004 belief sich die Zahl der gesamten Akten (Beratungsstellen und Referenzzentrum) auf 410. Davon waren 104 Paare mit Kindern und 78 Alleinerziehende betroffen.

2005 wurden beim Entschuldungsfonds 7 Anträge genehmigt, wobei 5 Anträge Familien mit Kindern betrafen.

2004 lebten rund 311 Kinder und Jugendliche in der DG in überschuldeten Haushalten, die von einer Beratungsstelle betreut werden.

Besorgniserregend ist die Tatsache, dass immer mehr Schulden in existentiellen Bereichen gemacht werden (Gesundheit, Wohnen, Energie).²²

2.6 Wohnsituation

Die Mehrzahl der Bevölkerung der DG lebt in Einfamilienhäusern. Allerdings ist die Zahl der Wohnungen (Häuser), die von den Hauseigentümern und ihren Nutznießern bewohnt sind, niedriger als auf Landesebene²³.

Der Wohnkomfort ist im Allgemeinen größer als in den beiden übrigen Landesteilen. So gibt es in der DG mehr Wohnungen mit Zentralheizung und Bad als auf Landesebene²⁴.

²² Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Statistische Erfassung von überschuldeten Personen

²³ Laut Ergebnissen einer sozioökonomischen Erhebung - Volkszählung 2001, ABEO

Dennoch gibt es auch in der DG Probleme im Wohnbereich. Um hier Abhilfe zu schaffen, stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung.

a) Soziale Wohnungsbaugesellschaften

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehen 2 soziale Wohnungsbaugesellschaften:

„Nosbau“ für die nördlichen Gemeinden Kelmis, Raeren, Lontzen und Eupen und

„Öffentlicher Wohnungsbau Eifel“ für die fünf südlichen Gemeinden St. Vith, Büllingen, Bütgenbach, Burg Reuland und Amel.

„Nosbau“ verwaltet 1 055 Häuser und Wohnungen in der DG und „Öffentlicher Wohnungsbau Eifel“ 123 Wohneinheiten. Dies entspricht einer Gesamtzahl von 1 178 Wohneinheiten.

Der Zuteilung von Wohnungen liegt ein Punktesystem zugrunde. Je nach Dringlichkeit und familiärer und sozialer Situation werden den Antragstellern Punkte zugewiesen. Daneben muss die Wohnung der Zusammensetzung der Familie entsprechen.

Die Miete wird nach dem Wert der Wohnung, dem Einkommen und der Zusammensetzung des Haushalts berechnet.

b) Soziale Immobilienagenturen

Im Gegensatz zu den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sind die sozialen Immobilienagenturen nicht Besitzer der Häuser, die sie zur Verfügung stellen, sondern sie versuchen, bestehenden Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt für Menschen in prekären Situationen zu erschließen.

Das Rahmengesetz der Wallonischen Region beschreibt die Aufgaben der sozialen Immobilienagenturen folgendermaßen:

- die bestmögliche Anpassung der potentiell verfügbaren Wohnungen an die auf lokaler Ebene registrierten sozialen Bedürfnisse anvisieren
- Wohnungsverwaltungs- und Mietverträge mit deren öffentlichen oder privaten Eigentümern abschließen
- die vorerwähnten Güter in das Mietangebot der gesunden Wohnungen zugunsten der Haushalte in prekären Verhältnissen oder mit geringem Einkommen eingliedern oder wieder eingliedern.
- als Vermittler zwischen den Eigentümern/Vermietern und den Mietern, die sich kurz vor dem sozialen Ausschluss befinden, handeln.

Seit dem 1. Juni 2005 ist die VoG „Wohnraum für Alle“, die bereits seit 1995 existiert, als soziale Immobilienagentur von der Wallonischen Region anerkannt.

Sie ist die einzige soziale Immobilienagentur in der DG und verwaltet zur Zeit 32 Wohnungen und Häuser. Daneben begleitet und unterstützt sie weitere 21 Familien oder Alleinstehende, die auf Wohnungssuche sind²⁵.

c) Notaufnahmewohnungen

Gesetzliche Grundlage ist das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 09.05.1994.

Demnach sind Notaufnahmewohnungen Wohnungen, die von Einrichtungen für die vorübergehende Unterbringung von Personen, die sich in einer Notlage befinden, eingerichtet sind. Auch muss eine Begleitung der Bewohner durch einen Sozialdienst gewährleistet werden. Das Öffentliche Sozialhilfzentrum entscheidet, ob eine Notlage vorliegt, und stellt eine entsprechende Bescheinigung aus. Das ÖSHZ, bei dem die Bescheinigung beantragt worden ist, überprüft regelmäßig die Lebenslage der Personen, die in einer Notaufnahmewohnung untergebracht sind. Wenn die Notlage nicht mehr besteht, entscheidet es über den Entzug der Bescheinigung, nachdem es das Gutachten des Trägers eingeholt hat.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehen zur Zeit insgesamt 77 Notaufnahmewohnungen, in denen maximal 203 Personen untergebracht werden können.

Im Süden: 15 Wohneinheiten

Im Norden: 62 Wohneinheiten

Natürlich können auch die ÖSHZ durch die Sozialhilfe Mietzuschüsse gewähren.

²⁴ Laut Ergebnissen einer Sozioökonomische Erhebung - Volkszählung 2001, ABEO

²⁵ Wohnraum für Alle -Tätigkeitsbericht 2005

Entwicklung

Von 1996 bis 2001 sind die Mietpreise in Belgien um durchschnittlich 10,6% gestiegen. Am deutlichsten gestiegen sind die Preise im sozialen Wohnungsbau (19,8%²⁶). Somit haben gerade die Wohnungen, auf die Menschen mit geringem Einkommen zurückgreifen müssen, eine höhere Preissteigerung erfahren!

Die Autoren des Zweijahresberichts des Zentrums für Chancengleichheit weisen denn auch in ihrem Bericht von 2003 auf die Aktualität und Brisanz dieser Thematik hin (zunehmend mehr Obdachlose sowie ungesunde, zu enge Wohnungen). Dabei ist das Recht auf menschenwürdiges Wohnen in der Verfassung (Art. 23) fest verankert.

In der DG scheint die Entwicklung nicht anders zu sein. Auch hier leben Menschen in zu engen, ungesunden Wohnungen und wird der Zugang zu qualitativem, dabei jedoch erschwinglichem Wohnraum immer schwieriger.

Im August 2005 lagen der sozialen Wohnungsbaugesellschaft „Nosbau“ 589 Anträge auf eine Sozialwohnung vor, davon gehörten 360 Antragsteller zur niedrigsten Einkommensklasse sprich mit einem versteuerbaren Jahreseinkommen unter 10 000€ für Alleinstehende und unter 13 650€ für einen Mehrpersonen-Haushalt (plus 1 850€ pro Kind).

Demgegenüber standen im selben Monat 56 Auszüge (frei werdende Wohnungen).

Aus einem „Grenz-Echo“-Interview mit dem Präsidenten und dem Vize-Präsidenten von „Nosbau“ (20.10.07) geht hervor, dass die Warteliste im Oktober 2007 568 Antragsteller umfasste.

Interessant ist übrigens die Feststellung, dass die Mieteinnahmen in den letzten Jahren gesunken sind: von durchschnittlich 241€ im Jahr 2006 auf 240€ in 2007 – dies trotz Inflation. Erschreckend ist, dass die Menschen, die auf der Warteliste stehen, deutlich geringere Einkünfte haben als die jetzigen Mieter. So liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen der derzeitigen Mieter bei 18 088€, das der Kandidaten hingegen bei 13 684€. Nur 33% der Bewerber haben Einkünfte aus Arbeit.

Auch die soziale Immobilienagentur „Wohnraum für alle“ moniert in ihrem Jahresbericht 2005:

„Es scheint uns von Jahr zu Jahr schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden und zu behalten. Die Mietpreise auf dem privaten Wohnungsmarkt sind in den letzten Jahren erschreckend gestiegen... Immer mehr Menschen bedürfen unserer Hilfe, um angepassten Wohnraum zu finden.“

Aussage eines Mitarbeiters des Wohnungsdienstes der Stadt Eupen, der unter anderem die Notaufnahmewohnungen betreut:

„Die Rotation (Ein- und Auszug) könnte erhöht werden, wenn genügend erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung stehen würde. Die Mietpreise sind jedoch in den letzten Jahren sehr stark gestiegen und die Wartelisten bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften lang.“

Ein Studio für eine alleinlebende Person (25-30 m²) kostet durchschnittlich auf dem privaten Wohnungsmarkt zwischen 280 und 350 € + Nebenkosten. Dies ist für jemanden, der beispielsweise das Eingliederungseinkommen bezieht, also 644,48 € pro Monat, praktisch unerschwinglich.

Übrig bleiben Wohnungen in schlechtem Zustand, zu enge Wohnungen oder weit ab von den Zentren gelegene Wohnungen, was wiederum Mobilitätsprobleme mit sich bringt.

Alarmierend ist besonders die Tatsache, dass die Hälfte der von der sozialen Immobilienagentur vermittelten Mieter ihr Einkommen aus einer bezahlten Arbeit bezieht. Das Wohnungsproblem betrifft also nicht nur Arbeitslose und Empfänger des Eingliederungseinkommens, sondern zunehmend auch Menschen mit Arbeit, deren Einkommen nicht für eine angemessene Wohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt reicht. Betroffen sind hier vor allen Dingen Einelternfamilien.

²⁶ La hausse des loyers - Institut pour un Développement Durable, avril 2004

Zahlreiche Sozialassistenten weisen darauf hin, dass das Problem erschwinglichen Wohnraums immer akuter wird. Immer mehr Familien leben in zu engen, gesundheitsschädigenden Wohnverhältnissen, was die sozialarbeiterische Tätigkeit erschwert.

Auch für das Asylbüro des Roten Kreuzes wird die Wohnungssuche für Asylbewerber oder Menschen im Regularisierungsverfahren immer mehr zur Quadratur des Kreises. Abgesehen davon, dass es für Ausländer immer noch schwieriger ist eine Wohnung zu finden als für Hiesige, sind die Mietpreise in Eupen und Umgebung so hoch, dass sie kaum bezahlbar sind für Menschen, die von der Ausländerbeihilfe leben.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Wohnungen, die bei geringem Einkommen noch erschwinglich sind, häufig von schlechter baulicher Qualität oder alt sind und dass wegen Feuchtigkeit, Bauschäden und schlechter Isolierung mehr Geld für Heizung gezahlt werden muss.

Fazit

In vielen Studien zur Analyse der sozialen Ausgrenzung werden Risikogruppen definiert. Das Ausmaß und die Entwicklung der sozialen Ausgrenzung werden anhand der Anzahl Personen, die zu diesen Risikogruppen gehören, dargestellt (siehe u.a. Endbericht zur Halbzeitwertung, ESF Ziel 3, Programmierungsperiode 2000-2006).

Natürlich ist dies kein eindeutiges Indiz, da erstens soziale Ausgrenzung auch immer etwas mit einem persönlichen Empfinden zu tun hat (sich dazu gehörig fühlen oder nicht). Zum Zweiten spielt die Dauer der Situation und auch die Tatsache, ob mehrere dieser Situationen auf die gleiche Person zutreffen, eine Rolle.

Dennoch scheint es uns interessant, an dieser Stelle dieses Konzept in Relation zu den oben genannten Daten zu bringen:

Risikogruppe	Tendenz
Arbeitslose	Tendenz steigend bis 2007, inzwischen leichter Abwärtstrend
Sozialhilfeempfänger, bzw. Empfänger des Eingliederungseinkommens	Tendenz steigend
Alleinerziehende	Tendenz steigend
Flüchtlinge/Migranten	Tendenz steigend
Personen mit Behinderung	
Überschuldete Haushalte	Tendenz steigend

Es ist demnach nicht von der Hand zu weisen, dass das Risiko der sozialen Ausgrenzung und dabei vor allen Dingen das Armutsrisiko in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wächst. Das Leben in Unsicherheit, in „Prekarität“ nimmt zu mit, allen Konsequenzen, die dies für das Schicksal der jeweils Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt hat.

V. Situation von Kindern und Jugendlichen in der DG

Um die Situation von Kindern und Jugendlichen – und hier vor allen Dingen von in Armut aufwachsenden Kindern und Jugendlichen – zu untersuchen, habe ich mich im Folgenden auf das Armutskonzept einer AWO-ISS-Studie²⁷ basiert.

Dieses Konzept hat einen breiteren Ansatz als den rein monetären. Allerdings bildet die monetäre Situation die Basis und wird folglich untersucht, wie sich diese in verschiedenen für Kinder und Jugendliche wichtigen Dimensionen auswirkt.

Die Leitfrage lautete dabei: Was kommt unter Armutbedingungen beim Kind an? Wie kann man Entwicklungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten armer Kinder bewerten?

Die dabei betrachteten Dimensionen mussten geeignet sein, etwas über die Entwicklung und Teilhabechancen der betroffenen Kinder auszusagen.

In der Studie wurden 4 Dimensionen definiert, die es ermöglichen sollten, bezogen auf die kindlichen Lebensbedingungen, den Spielraum der Entwicklungsmöglichkeiten und damit der Teilhabe und Lebenschancen des Kindes einzuschätzen:

- Materielle Versorgung des Kindes (Wohnen, Nahrung, Kleidung, materielle Partizipationsmöglichkeiten,...)
- Versorgung im kulturellen Bereich (kognitive Entwicklung, Bildung, sprachliche und kulturelle Kompetenzen)
- Situation im sozialen Bereich (soziale Kontakte, soziale Kompetenzen)
- Psychische und physische Lage (Gesundheitszustand, körperliche und seelische Entwicklung).

Die Basis ist die familiäre Armut, die hier als Unterschreitung einer relativen Einkommensgrenze verstanden wird. Kinder, bei denen zwar Einschränkungen bzw. eine Unterversorgung in den genannten Lebenslagedimensionen festzustellen sind, jedoch keine familiäre Armut vorliegt, sind zwar „arm dran“ oder als benachteiligt, jedoch nicht als „arm“ zu bezeichnen.

Zusätzlich zur materiellen Lage des Gesamthaushaltes wird dabei im materiellen Bereich ermittelt, ob beim Kind selbst eine ausreichende materielle Grundversorgung vorhanden ist (beispielsweise adäquate Bekleidung und Ernährung).

Neben der materiellen Dimension werden die kulturelle und die soziale Dimension mit einbezogen. Diese umfassen unter anderem sprachliche Kompetenzen, Sozialverhalten, Umgang mit Konflikten usw.

Eine weitere Dimension ist der Gesundheitszustand. Grundlage bildete in der Studie dabei der WHO-Gesundheitsbegriff, demzufolge Gesundheit körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen bedeutet. In diesem Sinne wurde die motorische und körperliche Entwicklung des Kindes mit einbezogen.

Diese Lebenslagedimensionen sind von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Im Wesentlichen handelt es sich laut AWO-ISS-Studie um:

- **gesellschaftliche Rahmenbedingungen:** z.B. Arbeitsmarktlage, sozial- und familienpolitische Regelungen, Bildungspolitik usw.
- **Lebenssituation der Familien:** Ressourcen und Probleme der Familien (Einkommen, Wohnsituation, soziale und kulturelle Kompetenzen, Erziehungsstil, Familienklima und emotionale Zuwendung, die das Kind erhält. Zu berücksichtigen sind auch Familiengröße und -typus.
- **privates Netzwerk:** Verwandtschaft, Freunde, Nachbarn,... können die Selbsthilfepotentiale von Familien stärken, aber auch zu einer Verschärfung des Problems beitragen
- **professionelle Unterstützung:** Welche Zugangsmöglichkeiten bestehen zu professionellen und institutionellen (Unterstützungs-)Angeboten ? Eine große Bedeutung haben dabei „Normalinstitutionen“ wie Kindergarten und Schule, aber auch professionelle Hilfen für Kinder/Jugendliche und Familien.

²⁷ Gute Kindheit - schlechte Kindheit – Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen, AWO Sozialbericht 2000

Durch den Blick auf diese Einflussfaktoren und Dimensionen wird das Armutskonzept der AWO-ISS-Studie zu einem umfassenden Lebenslagekonzept von Kindern und Jugendlichen.

Bevor ich auf diese einzelnen Dimensionen und Einflussfaktoren eingehe, erst einige allgemeine Betrachtungen zur Armut.

1. Armut?! Versuch einer Definition

Im Allgemeinen taucht bei uns, wenn wir an „arme Kinder“ denken, das Bild des verhungerten Kindes in Afrika oder des Straßenkindes in Mexiko-City auf.

Dass wir hier im reichen Europa von Kinder- und Jugendarmut sprechen, erscheint manchen vielleicht absurd, ist doch in den „entwickelten“ Ländern für die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Bekleidung und Wohnen normalerweise gesorgt.

Und dennoch widmen immer mehr Wissenschaftler und in den letzten Jahren auch die Politik der Kinder- und Jugendarmut in Europa zunehmend mehr Aufmerksamkeit. So wurde Kinderarmut auf Ebene der EU für das Jahr 2007 als Diskussionsthema unter der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung ausgesucht.

Aber was verstehen wir unter Armut in Europa?

Zunächst möchte ich vorweg nehmen, dass es keine allgemein gültige Definition von Armut gibt und somit auch keine absoluten, überall anerkannten und klaren Grenzziehungen dafür, wer nun als arm bezeichnet werden kann und wer als nichtarm. Dies gilt vor allen Dingen für die Industrieländer.

Allen Definitionen gemeinsam ist, dass Armut relativ zu den Standards der jeweiligen Gesellschaft definiert wird (relative Armut).

Die Grenzziehung zwischen Arm und Nichtarm ist dabei immer von Wertentscheidungen abhängig.

Dabei unterscheidet man zwischen eindimensionalen Armutsdefinitionen, die sich rein auf das Einkommen beziehen, und mehrdimensionalen Konzepten, die auch Dimensionen jenseits der materiellen Armut in Betracht ziehen.

Der indische Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen definiert Armut wie folgt:

„Armut bedeutet **Mangel an elementaren Verwirklichungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten** (...) neben dem physischen Existenzminimum beispielsweise die Möglichkeit, ohne Scham in der Öffentlichkeit aufzutreten, der Zugang zu Informationen und die Chance, als soziales Wesen auftreten zu können.“

Die offizielle Armutsdefinition der EU von 1985 lautet:

„Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie **von der Lebensweise ausgeschlossen** sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar gilt.“

Wenn Armut schon schwer zu definieren ist, so ist sie noch schwieriger zu messen, sicherlich wenn man einen breiteren Ansatz zur Armutsdefinition wählt als den rein monetären.

In Europa hat sich der Europäische Rat in Laeken im Jahre 2001 auf gemeinsame Indikatoren geeinigt, um Armut und soziale Ausgrenzung zu messen und Entwicklungen feststellen zu können, die sogenannten „Laeken Indikatoren“. Aber auch hier geht man in erster Linie von monetären Angaben aus. Dazu werden nationale Armutsgefährdungsschwellen definiert.

Ausgangspunkt ist das mediane Einkommen der Einwohner eines Landes. Das mediane Einkommen ist dasjenige Einkommen, das die Bevölkerung eines Landes in zwei Hälften teilt : eine, die mehr verdient, und eine, die weniger zur Verfügung hat. Vereinfacht (unwissenschaftlich) kann man sagen, dass das Medianeinkommen das Einkommen der Mittelschicht ist.

Als **arm** gilt dabei derjenige Einwohner, der über weniger als 50% dieses medianen Einkommens verfügt.

Armutgefährdet ist derjenige, der über weniger als 60% dieses Einkommens verfügt.

In allen Staaten der EU werden regelmäßig Untersuchungen zur Armutsbetroffenheit und Armutsgefährdung beispielsweise im Rahmen der Nationalen Aktionspläne zur Sozialen Integration durchgeführt.

Dabei wird nicht nur die Armutsgefährdungsquote im Allgemeinen untersucht, sondern diese auch nach Bevölkerungsgruppen unterschieden: Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Haushaltstyp. Daneben werden unter anderem die Einkommensverteilung, die Quote der dauerhaften Armut und die eigene Gesundheitswahrnehmung untersucht.

Die Armutsgefährdungsschwelle (60% des medianen Einkommens) liegt demnach in Belgien bei Alleinstehenden bei 822€ und bei einer Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder) bei 1 726€ monatlich.²⁸

14,7% der belgischen Bevölkerung sind demnach armutsgefährdet.

Noch viel alarmierender: 18,6% der belgischen Kinder und Jugendlichen!

Zwar kann man im Vergleich zum Vorjahr bei den Erwachsenen einen leichten Rückgang feststellen (2004: 14,8% der Gesamtbevölkerung), bei den Unter-15-Jährigen ist die Tendenz jedoch genau umgekehrt (2004: 17%).

Dabei sind vor allen Dingen Einelternfamilien und Familien mit mehr als 3 Kindern betroffen:

Armutsgefährdung nach Haushalts-Typ (2005)²⁹:

- | | |
|---|-----------------------|
| - Zweipersonenhaushalt ohne Kinder und jünger als 65 Jahre: | 11% (2001: 8%) |
| - Alleinerziehendenhaushalt: | 36%(2001: 25%) |
| - Zwei Erwachsene, ein Kind: | 10% (2001: 7%) |
| - Zwei Erwachsene, zwei Kinder: | 9% (2001: 11%) |
| - Zwei Erwachsene, drei und mehr Kinder: | 18% (2001: 7%) |

Armutsgefährdung nach Einkommenstyp:

- Arbeitnehmer und Selbstständige: 4,3%
- Erwerbslose: 28,4%
- Rentner: 17,7%

Belgien gehört laut einer UNICEF-Studie³⁰ zu den Industrieländern, in denen die Kinderarmut (50%-Grenze) in den vergangenen Jahren am meisten zugenommen hat: von 4 auf 7%.

²⁸ EU-SILC-Angaben, Stand 2005

²⁹ Eurostat, ECHB-Benutzerdatenbank, Welle 8, 1994-2001 und EU-Silk für die Zahlen 2005

³⁰ Childpoverty in Rich Countries 2005 - UNICEF-Vergleichsstudie

2. Kinderarmut in der DG - Versuch einer Quantifizierung

Die Erhebungen, die im Rahmen der nationalen Untersuchungen zur Armut und sozialen Ausgrenzung in der DG durchgeführt werden, ergeben keine statistisch relevante Größe, so dass diese keine spezifischen Daten für die DG liefern können.

2.1 Eingliederungseinkommen

Die Höhe des Eingliederungseinkommens liegt in Belgien unter der Armutsgrenze.

Armutsgrenze für alleinstehende Person: 685€

Höhe des Eingliederungseinkommens für alleinstehende Personen: 657€.

Die Anzahl Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die mit einem Erwachsenen leben, der Eingliederungseinkommen bezieht, kann uns daher ein erstes Indiz für die Anzahl in relativer Armut aufwachsender Kinder in der DG liefern.

Anzahl Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre), die vom Eingliederungseinkommen leben
(Stand 31.12.05³¹)

DG gesamt	Amel	Büllingen	Bütgenbach	Burg Reuland	St. Vith	Eupen	Kelmis	Lontzen	Raeren
288	13	3	0	10	19	139	51	14	39

Anteil im Verhältnis zur Gesamtzahl Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre)

DG gesamt	Amel	Büllingen	Bütgenbach	Burg Reuland	St. Vith	Eupen	Kelmis	Lontzen	Raeren
1,82%	1,03%	0,24%	0,00%	1,10%	0,95%	3,83%	2,45%	1,18%	1,82%

Bemerkung: Kinder und Jugendliche aus Familien, die die sogenannte Ausländerbeihilfe erhalten, sind hier nicht aufgeführt.

Auf den ersten Blick erscheint dies relativ wenig. Wenn man jedoch bedenkt, dass rund 1,8% der Kinder und Jugendlichen von Eingliederungseinkommen leben, aber „nur“ 0,9%³² der Über-17-Jährigen, bekommen diese Zahlen eine andere Dimension.

Hinzu kommen die Kinder und Jugendlichen, die in Familien leben, die eine sogenannte Ausländerbeihilfe erhalten, sprich das Pendant des Eingliederungseinkommens für ausländische Mitbürger.

Anzahl Kinder und Jugendliche, die in einem Haushalt leben, der eine Ausländerbeihilfe bezieht
(Stand 01.01.05)

DG gesamt	Amel	Büllingen	Bütgenbach	Burg Reuland	St. Vith	Eupen	Kelmis	Lontzen	Raeren
119	0	7	3	8	22	37	32	3	7

Addiert man die beiden Zahlen, kommen wir auf einen Prozentsatz von 2,5% aller Kinder und Jugendlichen, die vom Eingliederungseinkommen oder einer vergleichbaren Hilfe leben (sprich 407 Kinder und Jugendliche).

Allerdings sind hier nicht alle Kinder und Jugendlichen, die in der DG von einer Ausländerbeihilfe leben, erfasst, da hier auch Familien leben, die von einem ÖSHZ außerhalb der DG Ausländerbeihilfe erhalten.

Sehr markant ist ebenfalls die geographische Verteilung. 66% der Kinder und Jugendlichen in der DG, deren Eltern das Eingliederungseinkommen beziehen, und 57% der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern Ausländerbeihilfe erhalten, leben in Eupen und Kelmis.

³¹ Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Angaben der ÖSHZ der DG

³² 531 Empfänger des Eingliederungseinkommens am 31.12.2005 / 57 317 Personen älter als 18 Jahre in der DG am 1.1.2006, Quelle: Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Allerdings lässt sich nichts sagen über die Entwicklung, da diese Zahlen bisher nicht strukturell erfasst werden.

Neuere Erhebungen bei 7 der 9 ÖSHZ (Kelmis und Eupen haben leider keine Daten hierzu geliefert) vom 31.12.2006 zeigen eine steigende Tendenz der Anzahl betroffener Kinder (+33%).

Interessant ist hierbei die Tatsache, dass nach dem Alter der Kinder unterschieden worden ist. Dabei ist festzustellen, dass mehr Unter-12-Jährige vom Eingliederungseinkommen oder von der Ausländerbeihilfe leben als Über-11-Jährige.

2.2 Kinder, deren Familien ohne legalen Aufenthaltsstatus in der DG verweilen

Den 9 Öffentlichen Sozialhilfezentren sind 77 Kinder und Jugendliche bekannt, die in solchen Familien leben. Mit großer Wahrscheinlichkeit liegt ihre Zahl aber höher.

Diese Familien haben weder Recht auf finanzielle oder materielle Unterstützung, noch dürfen die Eltern arbeiten. Die ÖSHZ sind nur befugt, die Kosten für dringende medizinische Hilfen zu erstatten. Allerdings können diese Kinder die belgischen Schulen besuchen.

Man muss nicht viel Fantasie besitzen, um eine Vorstellung vom Leben dieser Familien zu haben, wenn man weiß, dass sie keinerlei strukturelle Unterstützung erhalten, ihre Zukunft absolut ungewiss ist, die Ausweisung jederzeit droht.

2.3 Arbeitslosigkeit der Eltern

Prozentsatz der Kinder (0-17J), die in einem Haushalt ohne Einkommen aus bezahlter Arbeit leben (Angaben von 2004):

Region Brüssel	31,9%
Region Flandern	10,7%
Wallonische Region	23,1%
Belgien	17,0%
Deutschsprachige Gemeinschaft	16,4% (2218 Kinder zwischen 0-17 Jahren)
Gemeinden	
63001 AMEL	14,1%
63012 BULLINGEN	8,8%
63013 BUTGENBACH	7,8%
63023 EUPEN	14,8%
63040 KELMIS	27,3%
63048 LONTZEN	15,0%
63061 RAEREN	25,9%
63067 SANKT-VITH	14,2%
63087 BURG-REULAND	23,9%

Quelle: Kruispuntbank Sociale Zekerheid, Datawarehouse arbeidsmarkt 2004

Diese Zahlen betreffen nicht nur entschädigte Arbeitslose sondern auch andere Ersatzleistungen (Integrationsseinkommen, Invalidität,...)

Die Zentralanstalt für Familienbeihilfen für Arbeitnehmer (ZFA-ONAFTS) kann ebenfalls wichtige Zahlen liefern, da die Höhe des Kindergeldes vom Erwerbsstatut abhängig ist.

Während der ersten sechs Monate der Arbeitslosigkeit bleibt die Höhe des Kindergeldes unverändert. Danach besteht die Möglichkeit, einen Zuschlag (erhöhtes Kindergeld) zu erhalten:

1. wenn der/die Arbeitslose alleine mit den Kindern lebt und das Sozialeinkommen 1.740,15 €* brutto nicht überschreitet;
2. wenn der Partner kein Einkommen bezieht, darf das Sozialeinkommen 2.008,39 €* brutto nicht überschreiten;
3. wenn der Partner arbeitet oder ebenfalls ein Sozialeinkommen bezieht, darf das gemeinsame Einkommen 2.008,39 € brutto* nicht überschreiten;

4. wenn der Partner selbständig ist darf das gemeinsame Einkommen 2.008,39* € brutto nicht überschreiten.

* Die Beträge beziehen sich auf den Indexstand Oktober 2003.

Allerdings erfolgt diese Erhöhung nicht immer automatisch. Am häufigsten eröffnet der Vater das Anrecht auf Kindergeld. Wenn also die Mutter arbeitslos ist und der Vater ein berufliches Einkommen hat, muss – damit das erhöhte Kindergeld gezahlt werden kann – erst ein Antrag bei der Kindergeldkasse eingereicht werden, was nicht immer geschieht. Die Zahl der Kinder, die in einem Haushalt mit mindestens einem arbeitslosen Elternteil leben, liegt also mit großer Wahrscheinlichkeit höher als die hier aufgeführten Zahlen.³³

Am 31.12.2002 erhielten in der DG **416 Kinder**³⁴ und Jugendliche ein erhöhtes Kindergeld. Am 31.12.2003 belief sich diese Zahl auf **526 Kinder**³⁵.

Betrachtet man alle Kategorien Arbeitslose, also auch diejenigen, die weniger als ein halbes Jahr arbeitslos sind, sowie Teilzeitarbeitslose, sind am 31.12.2002 **578 Kinder und Jugendliche** betroffen (bei einer Arbeitslosenrate von 6,2% im Dezember 2002) und am 31.12.2003 **1110 Kinder und Jugendliche** (bei einer Arbeitslosenrate von 6,5%). Diese Zahl hat sich beinahe verdoppelt! Leider verfüge ich nicht über aktuellere Zahlen. Angesichts der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (6,5% im Dezember 2003; 7,9% im Dezember 2006 und 7,8% im Juni 2007) kann man jedoch vermuten, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in einem Haushalt mit mindestens einem arbeitslosen Elternteil leben, sich ebenfalls erhöht hat. Würde man den belgischen Proporz übernehmen, hieße das, dass rund ein Viertel dieser Kinder als arm betrachtet werden kann.

Fazit

- **18,6%** armutsgefährdete Kinder und Jugendliche auf Landesebene bei 60%-Grenze des medianen Einkommens (Tendenz steigend).
- **7%** in Armut lebende Kinder und Jugendliche auf Landesebene bei 50%-Grenze des medianen Einkommens (Tendenz steigend).
- Belgien ist eines der „entwickelten“ Länder, in denen Kinderarmut am stärksten zugenommen hat.
- **2,5%** der Kinder und Jugendlichen in der DG leben vom Eingliederungseinkommen bzw. von der Ausländerbeihilfe, die Hälfte dieser Kinder ist in Eupen und Kelmis wohnhaft (Tendenz leicht steigend).
- **3,3%** der Kinder und Jugendlichen in der DG haben mindestens einen Elternteil, der länger als 6 Monate arbeitslos ist (Zahl vom 31.12.2003, Tendenz steigend).
- **16,4%** der Kinder und Jugendlichen lebten in 2004 in einem Haushalt, der über kein Einkommen aus Arbeit verfügte
- Mindestens **77** Kinder und Jugendliche leben in der DG, deren Familien keinen legalen Aufenthaltsstatus haben und somit von Erwerbsarbeit und jeglicher sozialer Sicherung (mit Ausnahme der dringenden medizinischen Hilfe) ausgeschlossen sind.
- **311** Kinder und Jugendliche leben in überschuldeten Haushalten.

³³ Focus-2007-3 Evolution des chômeurs dans le régime d’allocations familiales, p.22

³⁴ ONAFTS „Recensement géographique des familles allocataires et des enfants bénéficiaires du régime des allocations familiales pour travailleurs salariés – année 2002; www.rkw.fgov.be

³⁵ ONAFTS „Recensement géographique des familles allocataires et des enfants bénéficiaires du régime des allocations familiales pour travailleurs salariés – année 2003; www.rkw.fgov.be

- Proportional leben doppelt so viele Kinder und Jugendliche vom Eingliederungseinkommen wie Erwachsene.

Vergessen werden dürfen hier nicht die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern zwar berufstätig sind, die jedoch ebenfalls am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Sie tauchen in keiner für die DG zur Verfügung stehenden Statistik auf.

Aufgrund der Tatsache,

- dass die Anzahl der Arbeitslosen höher ist als im flämischen Landesteil
- dass die Anzahl der Empfänger/innen des Eingliederungseinkommens höher ist als im flämischen Landesteil
- dass fast jede 5. Familie mit Kindern eine Einelternfamilie ist
- dass diese Bevölkerungsgruppen ein hohes Armutsrisiko aufweisen und deren Anteil nicht niedriger ist als auf nationaler Ebene
- und dass generell weniger verdient wird als in den anderen Landesteilen

kann davon ausgegangen werden, dass die Kinderarmutsrisikorate in der DG mindestens genau so hoch ist wie im flämischen Landesteil, wo sie 12% beträgt.

Es würde sich demnach nicht mehr um ein Randphänomen handeln: Jedes 8. Kind in der DG wäre von Armut betroffen!

Wie manifestiert sich Armut in der DG ?

Bilder von Kinder- und Jugendarmut – Ergebnisse eines Workshops mit Sozialarbeiterinnen der 9 ÖSHZ

Ende 2005 haben zwei Treffen mit Mitarbeiterinnen der 9 ÖSHZ stattgefunden, zu denen Herr Dr. Stangherlin und ich eingeladen hatten. Es wurde dabei nach der „Gruppenanalysenmethode“ gearbeitet. Dabei wurde jede Teilnehmerin gebeten, eine in ihrem Berufsumfeld erlebte Situation oder Begebenheit, die ihr im Bereich der sozialen Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen repräsentativ erscheint, zu schildern:

- *Familie mit finanziellen Problemen (Überschuldung) kann **Schulflug** für Tochter nicht bezahlen. Mutter fürchtet, dass die Tochter auf Grund dieser Tatsache ausgegrenzt wird.*
- *Mutter, alleinerziehend mit 4 Kindern, 3 aus erster Ehe, das letzte Kind von ihrem jetzigen Freund, mit dem sie jedoch nicht zusammen lebt. Kinder werden durch **Mosaik, DKF, Jugendhilfe betreut**. Mutter bezieht Eingliederungseinkommen, ist seit kurzem in der psychiatrischen Klinik, nachdem sie den Druck nicht mehr ausgehalten hat. Die Mutter hatte das Gefühl, der Sache nie gerecht zu werden (Auflagen der Dienste, Nachbarn, eigene Mutter). Kinder sind zum Teil bei der Großmutter und beim Vater untergebracht.*
- *Mutter alleinerziehend, 2 Kinder, aus **Scham und Angst vor Ausgrenzung** und negativen Auswirkungen für ihre Kinder verzichtet die Mutter auf die **Lebensmittelpakete**, die nun selbst abgeholt werden müssen (diese wurden früher gebracht).*
- *Mutter, 33 Jahre alt, 3 Kinder, 3 verschiedene Väter, bezieht seit 14 Jahren Sozialhilfe, war bereits in der Psychiatrie, im Frauenfluchthaus. Ältester Sohn ist bereits ausgezogen, zweitältester Sohn besucht die Förderschule (ADS). Mutter hat **kein soziales Umfeld** (Freunde, Verwandte), bemüht sich jedoch, den Anforderungen gerecht zu werden, Familie wird von **Jugendhilfe und Mosaik** betreut.*

- *Familie mit 4 Kindern (2 gemeinsame Kinder), finanzielle Probleme, **kollektive Schuldentilgung** läuft nicht. Geld genügt nicht, um Kindern menschenwürdiges Leben zu bieten.*
- *Familie, 2 Kinder, **Vater psychisch krank, Mutter ausländischer Herkunft**, finanzielle, gesundheitliche und psychische Situation problematisch. Kinder weisen Essstörungen auf. Die Familie hat **kaum Ressourcen**, um die Probleme anzugehen.*
- *Mutter, alleinerziehend, 3 Kinder, arbeitslos (mit kurzen Unterbrechungen), psychische Probleme, wird jedoch unterstützt durch die Großeltern. Die beiden **ältesten Kinder sind jetzt ebenfalls vom ÖSHZ abhängig**, haben Drogenprobleme.*
- *Familie, spricht nur Französisch, 2 Kinder, Mutter depressiv, Alkoholproblem, **schlechte Wohnverhältnisse**.*
- *Familie, 5 Kinder, Vater arbeitet halbtags, ÖSHZ zahlt Rest, Kinder werden betreut durch **Mosaik, DKF und Jugendhilfe. Eltern der Mutter lebten bereits von Sozialhilfe.***
- *Familie, verschuldet, Vater LKW-Fahrer und oft abwesend. **Mutter depressiv**, älteste Tochter schwänzt die Schule, haut ab. Zweite Tochter beginnt, gleiches Verhalten zu zeigen. Vater entscheidet sich, zu Hause zu bleiben, dies führte zu erhöhtem **finanziellen Druck**, was wiederum die **Beziehung der Eltern zum Scheitern** brachte.*

Diese Erfahrungsberichte zeigen anschaulich, wie unterschiedlich die Facetten von Armut sind. Finanzieller Druck kann Beziehungen zerstören, grenzt vom gesellschaftlichem Leben aus, ruft Scham hervor, kann die Inanspruchnahme von möglichen Hilfen verhindern oder zwingt dazu, in zu engen Wohnverhältnissen zu leben. Auch wird deutlich, dass mit der finanziellen und materiellen Armut oft andere Probleme z.B. gesundheitlicher Art verbunden sind (körperlicher und/oder psychischer Natur), die die Möglichkeiten, die Armutssituation zu kompensieren oder aus ihr herauszukommen, erheblich einschränken.

Die Beispiele zeigen auch, dass die familiäre Situation nicht ohne Folgen für die Kinder bleibt: Die Belastungen, mit denen diese Familien leben, sind für einige Familien so groß, dass sie ihren Kindern nicht mehr den notwendigen finanziellen und emotionellen Rahmen bieten können, um sich zu entfalten. Die Folge sind Auffälligkeiten bei den Kindern, die sie ihrerseits ausgrenzen und ihre Zukunftsperspektiven einschränken.

Ergänzend eine Zusammenfassung aus den anschließenden Gesprächen mit den Sozialassistentinnen der ÖSHZ

Alleinerziehende

Alleinerziehende, die das Eingliederungseinkommen erhalten, beziehen erhöhtes Kindergeld. Arbeitnehmerinnen erhalten dieses nicht, auch wenn sie de facto nicht viel mehr verdienen als der Sozialhilfesatz. Ebenso fallen weitere Vergünstigungen weg, die an das Statut als Bezieher des Eingliederungseinkommens gebunden sind.

Für viele Alleinerziehende ist vor allen Dingen die Doppelbelastung schwierig: Wegfall eines Einkommens, unregelmäßige bis gar keine Alimentezahlungen, Berufstätigkeit, Meistern des Alltags mit den Kindern,...

Durch den Wegfall eines Einkommens bei verhältnismäßig geringen Minderausgaben (durch die Tatsache, dass eine Person weniger zum Haushalt gehört), müssen viele Alleinerziehende sich an das ÖSHZ wenden. Diesen Weg gehen zu müssen, bedeutet bereits Armut.

Oft schlittern sie daher von einer Abhängigkeit in die nächste: erst Abhängigkeit vom Mann, dann Abhängigkeit vom ÖSHZ. Oft haben die betroffenen Frauen auch „Startschwierigkeiten“, da das Gefühl des Aufgehobenseins plötzlich wegfällt.

Situation der ausländischen Kinder

Die Integration von jungen Kindern läuft recht gut. Diese erlernen die Sprache schnell und sind anpassungsfähig. Hier liegt das Problem eher darin, dass diese Kinder irgendwann in Konflikt geraten mit dem eigenen Elternhaus, da die Werte der Gesellschaft, in die sie sich integriert haben, nicht immer übereinstimmen mit denen ihrer Eltern. Auch kann die Dolmetscherfunktion, die diese Kinder oft übernehmen (z.B. beim Besuch eines ÖSHZ) sehr belastend wirken.

Problematischer ist die Situation für Jugendliche bzw. ältere Kinder. Sie haben größere Schwierigkeiten, die Sprache zu erlernen, und dementsprechende Probleme in der Schule, die diese nicht in genügendem Maße auffangen kann.

Generell achten ausländische Eltern sehr auf die Bildung ihrer Kinder. Sie möchten, dass etwas aus ihren Kindern wird. Viele ausländische Familien (vor allen Dingen im Norden der DG) leben in engen Wohnverhältnissen, was beispielsweise das Erledigen der Hausaufgaben für diese Kinder erschwert. Auch die Schulkosten bereiten Probleme (Ausflüge, Schwimmen, Schulmaterial, Transport,...).

Leider ist auch festzustellen, dass die meisten ausländischen Kinder unter sich bleiben, besonders die Jugendlichen.

Allgemein

Auch ist festzustellen, dass der gesellschaftliche Druck immer größer wird. Heute beschweren sich Nachbarn beispielsweise häufiger über Personen, die nicht den allgemein geltenden Normen entsprechen, als dies früher der Fall war. Auch werden Handlungen von Kindern aus „sozialschwachen“ Milieus anders bewertet als von Kindern aus „normalen“ Verhältnissen.

Rolle der ÖSHZ aus Sicht der Sozialassistentinnen

Hinsichtlich der Betreuung der Familie als Ganzes sind die Meinungen und Möglichkeiten unterschiedlich.

Für Eupen gilt, dass sich größtenteils nur auf die finanzielle Situation konzentriert werden kann, das ÖSHZ versteht sich dort als sozialer Notdienst.

Im Süden scheinen die ÖSHZ einen breiteren Ansatz zu haben bzw. sich diesen noch zeitlich leisten zu können. Die Zusammenarbeit mit den Jugendhilfediensten wird im Allgemeinen als gut bewertet, wenn auch im Süden noch Verbesserungen im Bereich Kommunikation wünschenswert wären.

Was kann konkret getan werden?

Generell beklagen die Sozialassistentinnen, dass durch den immer größer werdenden Verwaltungsaufwand immer weniger Zeit für Sozialarbeit bleibt. Hier gäbe es einen ersten Ansatzpunkt.

Im Süden der Gemeinschaft wird konkret bemängelt, dass kaum angepasste Unterbringungs-Möglichkeiten für Jugendliche zur Verfügung stehen (z.B. betreute Wohngemeinschaften).

Generell sehen sich die Sozialassistentinnen der ÖSHZ jedoch nicht als geeignete Ansprechpartnerinnen, wenn es um die Einschätzung der Situation der Kinder und Jugendlichen geht bzw. wenn überlegt werden sollte, wo angesetzt werden kann, um den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Jedoch gilt für die meisten Sozialassistentinnen, dass wenn Kinder involviert sind, auch das Wohl dieser in der Arbeit der ÖSHZ berücksichtigt werden muss. Dies wird im Alltag manchmal vergessen.

Schulen sind, was Präventionsmaßnahmen anbelangt, wahrscheinlich geeignetere Ansprechpartner. Dies gilt auch für die PMS-Zentren, deren Aufgaben nicht für alle Sozialassistentinnen klar sind.

VI Auswirkungen von Armut in der DG

1. Materielle Lage

Wie viele Kinder hungrig zur Schule kommen, kein Pausenbrot haben, im Winter kalte Füße haben, weil sie keine warmen Schuhe besitzen, über keinen Raum verfügen, in den sie sich zurückziehen können, nicht an Schulausflügen teilnehmen können, weil ihre Eltern den Beitrag nicht zahlen können, lässt sich statistisch leider kaum erfassen.

Fakt ist, dass Fachkräfte, die mit Familien arbeiten, auf das zunehmende Problem der beengten und gesundheitsschädlichen Wohnverhältnisse hinweisen, und dass diese Tatsache ebenfalls ihre sozialarbeiterische Tätigkeit behindert.

Auszug aus einer Stellungnahme des Zentrums „Mosaik“ hierzu:

„Zahlreiche Familien, die wir ambulant betreuen, und Familien, deren Kinder zeitweise bei uns stationär untergebracht sind, leben unter sehr prekären Wohnbedingungen. Zu den größten Problemen gehören:

- Mangel an Schlafzimmern (Kinder verschiedenen Alters teilen einen Schlafrum, Eltern übernachten im Wohnzimmer,...)
- gesundheitliche Gefahren durch Schimmelpilz
- unzureichende Heizvorrichtungen (Zimmer wie Bad, Küche, Kinderzimmer ohne festen Heizkörper).

Allein die Tatsache, dass Kinder in diesen Wohnungen keinen Ruhepunkt zum Spielen oder zum Lernen finden können, vermindert ihre Chancen einer harmonischen Entwicklung. Frustrierende Wohnsituationen mit ständigem Streit zwischen Familien und Vermietern wirkt sich negativ auf das Familienleben aus und dadurch auch auf die Kinder. Wir können in diesen Situationen nicht intervenieren, es sei denn, eine Anfrage auf eine Sozialwohnung durch ein Schreiben unsererseits unterstützen. Viele dieser Familien erleben bei ihrer Wohnungssuche ständig Absagen, und die Wohnungsbaugesellschaften trösten mit Wartelisten, die kein Ende zu haben scheinen.“

Ein Direktor einer Grundschule in Eupen bestätigte, dass die Zahl der Kinder, die ohne Pausenbrot in die Schule kommen, steigt. Ob dies nun durch die Tatsache bedingt ist, dass die Eltern nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, oder ob es sich um Vernachlässigung handelt, ist nicht eindeutig feststellbar.

Diese Situation kann jedoch nicht verallgemeinert werden. Auf meine Nachfrage hin hat ein weiterer Direktor bei seinem Lehrerkollegium nachgefragt, das diesbezüglich keine nennenswerten Probleme festgestellt hat.

Die Tatsache, dass immer mehr Familien mit Kindern, und hier vor allen Dingen Einelternfamilien, die Lebensmittelbanken in Anspruch nehmen, lässt jedoch darauf schließen, dass es auch im Bereich Ernährung Mängel gibt.

Auch „Mosaik“ macht in seiner Stellungnahme darauf aufmerksam, dass Fehlernährung nicht nur kulturell bedingt ist, sondern auch auf fehlende finanzielle Mittel zurückzuführen ist. Nudeln und Reis sind nun mal billiger als Gemüse und Obst... Eine Untersuchung in den Niederlanden ergab, dass bei von Armut betroffenen Familien die Ernährung am Monatsanfang ausgewogener ist als am Monatsende.³⁶

Laut den Mitarbeiterinnen des Asylbüros ist die materielle Lage von Familien ohne Aufenthaltsgenehmigung in manchen Situationen mehr als prekär : Wohnen auf Campingplätzen, bei Freunden oder Verwandten, in viel zu kleinen Wohnungen (oft über Jahre hinweg), kein Geld für Freizeitaktivitäten, kein Geld für zwar notwendige, aber nicht über die dringende medizinische Hilfe finanzierte Behandlungen, Schwarzarbeit...

Es ist ein Leben mit vielen Ungewissheiten, das sowohl für die Eltern als auch für die Kinder sehr belastend ist und für die betroffenen Kinder auch in materieller Hinsicht viele Benachteiligungen mit sich bringt.

³⁶ Ria Van Nistelrooij – „Met de neus in de wind“

Zwar können Familien mit Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus auch in Aufnahmezentren aufgenommen werden, jedoch möchten die wenigsten Familien davon Gebrauch machen. Sie fürchten, aus einem Auffangzentrum schneller abgeschoben zu werden, und dies, bevor der Antrag auf Regularisierung überhaupt bearbeitet worden ist. Die Bearbeitung dieser Anträge, die quasi die letzte Chance für viele Familien darstellt, ihren Aufenthalt in Belgien doch noch zu „legalisieren“, dauert oft Jahre – Jahre zwischen Hoffen und Bangen und ohne irgendeine Unterstützung.

Erlebnisbericht einer alleinerziehenden Mutter:

Ich wollte für meine Tochter zur Einschulung eine neue Schultasche kaufen. Wir sind in die Stadt gefahren, und ich wollte Geld abheben. Es war während der letzten Monatswoche. Zu meinem Entsetzen musste ich feststellen, dass nur noch 50€ auf meinem Konto waren. Ich musste wählen: neue Schultasche und kein Geld für den Rest des Monats oder keine Schultasche. Ich habe geweint. Hier ist mir zum ersten Mal bewusst geworden, dass wir jetzt arm sind.

(Bemerkung: Die Mutter arbeitet halbtags und ist erst seit kurzem geschieden.)

Auch die hohen Mobilitätskosten stellen Familien vor finanzielle Probleme. Meist ist ein Auto unerschwinglich, und die öffentlichen Verkehrsmittel bieten keine kostengünstige Alternative. Jahresabonnements, die zwar die kostengünstigste Art der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel sind, sind für viele „arme“ Eltern nicht erschwinglich, da der Betrag in einem Mal entrichtet werden muss. Somit bleiben den „Armen“ Möglichkeiten, um Kosten zu reduzieren, unzugänglich, die für die „Reicheren“ zugänglich sind. Mobilität ist jedoch eine Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

2. Kulturelle Lage

Bildung gilt als wichtiges Hebelinstrument, um neue Generationen aus der Armut zu befreien.

Zum einen kann sie die unmittelbaren Auswirkungen von einem Aufwachsen in Armut abmildern, indem sie einen Rahmen schafft, der die oft mangelnden Ressourcen im familiären Bereich zu kompensieren hilft (tragende Strukturen, feste Bezugspersonen, zu denen ein stabiles und vertrauensvolles Verhältnis aufgebaut werden kann, Erweiterung des Erlebnisraums,...).

Zum anderen kann sie eine Verfestigung der Armut verhindern, indem sie Kinder und Jugendliche darin unterstützt, eine berufliche Qualifizierung zu erreichen, um so bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Geringe Bildung oder Qualifikation wird immer mehr auch Synonym sein für prekäre Berufslaufbahnen und damit Armut.

2.1 Allgemeines

Rund 14 000 Schülerinnen und Schüler besuchen jährlich die Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dabei können sie 3 Kindergartenjahre besuchen (im Alter von 3 bis 6 Jahren), 6 bis maximal 7 Primarschuljahre (in der Regel im Alter von 6 bis 12 Jahren) und mindestens 6 Sekundarschuljahre (in der Regel von 12 bis 18 Jahren).

In Belgien besteht Unterrichtspflicht für alle Kinder zwischen 6 und 18 Jahren. Allerdings muss der Unterricht dabei nicht in einer Schule erfolgen. Eltern können ihre Kinder auch beispielsweise zu Hause unterrichten (lassen). Ab dem Alter von 15 Jahren und nach Beendigung des zweiten Sekundarschuljahres besteht Teilzeitunterrichtspflicht.

Bis zum 6. Schuljahr ist der Unterricht für alle Kinder gleich (Ausnahme Förderschule).

Die 1. Stufe des Sekundarunterrichts (die Beobachtungsstufe) ist eine gemeinsame Stufe. Konkret bedeutet dies, dass für alle Kinder an gleich welcher Sekundarschule ein identisches Angebot in der 1. Stufe besteht; lediglich in den Ergänzungsfächern und in den musischen Fächern bestehen Unterschiede, die dem jeweiligen Schulprojekt entsprechen.

Am Robert-Schuman-Institut (RSI), am Technischen Institut St.Vith (TI) und am Maria-Goretti-Institut (MG) bestehen in der ersten Stufe differenzierte Klassen (sogenannte berufliche Klassen) für Schüler, die nicht über das Grundschulabschlusszeugnis verfügen oder große Lernschwierigkeiten aufweisen. Ziel dieser Klassen ist es, den Schülern die Möglichkeit zu geben, nach dem 1. oder gegebenenfalls nach dem 2. Jahr das Grundschulabschlusszeugnis zu erwerben.

Nach der Beobachtungsstufe wählt die/der Schüler/in eine Studienrichtung: allgemeinbildender Unterricht, technischer Befähigungsunterricht, technischer Übergangsunterricht oder berufsbildender Unterricht. Daher heißt die 2. Stufe im Sekundarunterricht Orientierungsstufe.

Die dritte Stufe (5. und 6. und im beruflichen Unterricht auch das 7. Jahr) heißt Bestimmungsstufe.

Rund 90% der Schüler/innen besuchen im ersten Sekundarschuljahr den allgemeinbildenden Unterricht. Im 3. Jahr sind es rund 55%.

Vergleicht man die Entwicklung der letzten Jahre, so kann man einen leichten Rückgang im allgemeinbildenden Unterricht und eine Zunahme im beruflichen und technischen Unterricht feststellen.

Aufteilung der Schüler/innen nach Schultyp (Sekundarbereich)³⁷

Schultyp	Schuljahr 2001-2002	2002-2003	2004-2005
1. Jahr AU	94,3%	91%	90,3%
1. Jahr BU	5,7%	9%	9,7%
3. Jahr AU	56,7%	55,4%	57%
3. Jahr BU	17,61%	17,9%	17,4%
3. Jahr TB	21,3%	21,4%	21,9%
3. Jahr TÜ	4,3%	5,1%	3,4%
6. Jahr AU	61,6%	64,2%	56%
6. Jahr BU	10,2%	8,6%	10,4%
6. Jahr TB	24,09%	21,8%	25,6%
6. Jahr TÜ	3,9%	5,1%	6,8%
Alle AU	70%	69,4%	68,8%
Alle BU	12,6%	13,5%	14,1%
Alle TB	13,9%	13,8%	13,9%
Alle TÜ	2,7%	3,1%	3%

(AU = allgemeinbildender Unterricht, BU = beruflicher Unterricht, TB = technischer Befähigungsunterricht, TÜ = technischer Übergangsunterricht)

2.2 Schulrückstand in der DG

Von Schulrückstand spricht man dann, wenn ein/e Schüler/in eine niedrigere Klassenstufe besucht, als es aufgrund ihres/seines Alters möglich wäre. Dies kann zwei Hauptursachen haben:

- spätere Einschulung
- Wiederholung des Schuljahres

Bereits 1993 ist eine sehr interessante Studie³⁸ zum Schulversagen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht worden, in der der hohe Schulrückstand thematisiert wurde. Die Situation hat sich seitdem nicht verändert, obwohl einige der Empfehlungen, die in dieser Studie gemacht worden sind, wie beispielsweise die Anwendung der Stufenpädagogik, umgesetzt worden sind.

Genannte Gründe des Unterrichtsministeriums³⁹ für den Anstieg des Schulrückstands:

- Anstieg der Anzahl Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen (seit 1999 zunehmend mehr Asylbewerberkinder)
- Anstieg der sozialen Probleme, vor allen Dingen Trennung der Eltern
- zunehmender Medienkonsum
- spätere Einschulung der Kinder (vor allen Dingen im Norden der DG).

Auffallend ist insbesondere, dass der Schulrückstand bereits in der 6. Primarschulklasse bei etwa 20% liegt und schon im Kindergarten einsetzt. Dabei ist der Rückstand in der 1. Stufe der Primarschule im Norden der Gemeinschaft erheblich höher als im Süden. Auch sind hier weitaus mehr Jungen als Mädchen betroffen.

³⁷ Unterrichtsverwaltung der DG, eigene Berechnungen

³⁸ Schulversagen - Versuch einer Bestandsaufnahme - Plädoyer für eine Pädagogik des Anschlusses, April 93 - CAB

³⁹ Gespräch mit einem Mitarbeiter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Abteilung Unterricht

Schüler/innen mit Schulrückstand nach Schultyp⁴⁰

Schultyp und Stufe	Schuljahr 2001-2002	Schuljahr 2002-2003	Schuljahr 2004-2005
1. Kindergartenjahr	4,4%	1,5%	1,1%
3. Kindergartenjahr	6,8%	8,7%	9,36%
6. Primarschulklasse	17,8%	18,2%	21,27%
1. Jahr AU	22%	20%	22%
1. Jahr BU	61%	70%	72%
3. Jahr AU	21%	19%	21%
3. Jahr BU	68%	71%	68%
3. Jahr TB	56%	53%	49%
3. Jahr TÛ	26%	25%	29%
6. Jahr AU	21,5%	15,8%	21%
6. Jahr BU	70%	64,4%	75%
6. Jahr TB	44%	57%	61%
6. Jahr TÛ	28%	33%	33%

Schulrückstand von 15-Jährigen in der DG im Vergleich zu anderen Regionen:

Flämische Gemeinschaft: 27%

Französische Gemeinschaft: 42%

Deutschsprachige Gemeinschaft: **46%**

Finnland: 0 % (zwar existiert auch in Finnland noch das „Sitzen-Bleiben“, jedoch nur in absoluten Ausnahmefällen, die Zahl ist dabei so verschwindend gering, dass sie statistisch gesehen kein Gewicht hat).

Die DG, die Französische Gemeinschaft, Deutschland, Frankreich sowie Luxemburg gehören zu den Regionen bzw. Ländern mit dem höchsten Schulrückstand weltweit.⁴¹

Schüler/innen mit Schulrückstand im **Sekundarbereich** insgesamt:

Schuljahr	1. Jahr	3. Jahr	6. Jahr
01-02	23%	37,6%	32,4%
02-03	25%	36%	30%
04-05	27%	37%	38%

2.3 Förderschule und sonderpädagogischer Förderbedarf

Laut Eurydice⁴² Angaben wiesen im Jahr 2000 2,7 % der Schüler der DG einen sonderpädagogischen Förderbedarf auf. 2,3% dieser Schüler waren in getrennten Strukturen untergebracht (Förderschulen). Einige dieser Schulen kooperieren eng mit den angeschlossenen Grundschulen und versuchen so, die beiden Strukturen durchlässiger zu gestalten.

Im gleichen Zeitraum wiesen 17,8 % der finnischen Schüler einen sonderpädagogischen Förderbedarf auf, wovon 3,7% in getrennten Strukturen untergebracht wurden.

Vielleicht mag es auf den ersten Blick erfreulich wirken, dass nur scheinbar ca. 3% der Kinder in der DG einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, andererseits muss man jedoch bedenken, dass

⁴⁰ Abteilung Unterrichtswesen, statistische Jahrbücher

⁴¹ Pisa 2003 - Pädagogische Dienststelle des Ministeriums der DG

⁴² Eurydice-Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa

die Kriterien zur Festlegung des Bedarfs in den Ländern unterschiedlich sind und dass es wahrscheinlicher ist, dass die Kriterien in Finnland deutlich strenger sind bzw. die Kinder dort schneller sonderpädagogisch unterstützt werden.

2007 besuchten 1,7% der Primarschüler/innen eine Förderschule, davon 0,3% im Kindergarten.

Leider verfüge ich nicht über Daten zur sozioökonomischen Situation der Kinder, die die Förderschule besuchen. Aus Untersuchungen auf Landesebene geht jedoch hervor, dass Kinder aus armen Familien deutlich häufiger die Förderschule besuchen als ihre nichtarmen Altersgenossen.

2.4 Teilzeitunterricht

Der Teilzeitunterricht ist 1996 offiziell per Dekret in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeführt worden. Bis dahin hatte es aber schon fast 10 Jahre lang inoffizielle Projekte gegeben.

Er richtet sich an :

- Jugendliche, denen es schwer fällt, dem Vollzeitunterricht zu folgen
- Jugendliche, die keinen Zugang zur mittelständischen Lehre haben
- Jugendliche, die sich für das duale System entschieden haben und im Rahmen einer Industrielehre oder eines Arbeitsvertrages § 497 den TZU besuchen
- schulisch schwache Schüler, die einer beruflichen und sozialen Reintegration bedürfen.

Die Schüler erhalten am Ende des Schuljahres eine Schulbescheinigung und/oder ein Zertifikat über die erworbenen Fähigkeiten.

Sie können im Teilzeitunterricht also keinen anerkannten Abschluss erwerben.

Ein Lehrplan existiert nicht.

Der Großteil der 44 im Schuljahr 2006-2007⁴³ eingeschriebenen Schüler/innen des TZU ist männlich (ca. 80%) und zwischen 16 und 17 Jahre alt.

Seit Schaffung des TZU steigen die Schülerzahlen kontinuierlich an, vor allen Dingen die Zahl der Schüler/innen, die eine Lehre abgebrochen haben⁴⁴.

Die meisten Schüler des TZU haben, bevor sie eine Lehre begonnen haben oder direkt zum Teilzeitunterricht gekommen sind, die beruflichen Abteilungen des Unterrichtswesens besucht.

Laut Aussage einer Mitarbeiterin des TZU stammen viele Jugendliche aus „schwierigen Verhältnissen“ (Trennung, Gewalt, Vernachlässigung, Armut). Es erfüllt sie teilweise mit Wut zu sehen, dass das Leben dieser Jugendlichen hätte anders verlaufen können, wenn sie ein sie förderndes Umfeld gehabt hätten.

Der Teilzeitunterricht kann denn auch mehr als Eingliederungsmaßnahme gewertet werden denn als Bildungsort. Dies ist keine wertende Feststellung. Im Vordergrund steht klar das Erlernen sozialer Kompetenzen.

Wie empfinden die Jugendlichen selbst den Teilzeitunterricht? Welche Zukunftswünsche haben sie? Welche Erlebnisse liegen hinter ihnen? Womit beschäftigen sie sich? Auskunft darüber geben Interviews mit 8 Schüler/innen des Teilzeitunterrichts.

⁴³ Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Unterrichtsverwaltung

⁴⁴ Teilzeitunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Studienabschlussarbeit zur Erlangung des Graduates in Arbeits- und Sozialwissenschaften, Ingrid Schleck-Pauels

Um diese Interviews durchführen zu können, bedurfte es mehrerer Anläufe. Zunächst sollten Einzelinterviews (nach telefonischer Absprache) außerhalb der Schule stattfinden. Nach dem 5. geplatzten Termin (trotz Ankündigung einer finanziellen Aufwandsentschädigung) wurden die Termine vor Ort in der Klasse vereinbart und während der Mittagspause durchgeführt.

5 Mädchen und 3 Jungen waren zu einem Interview bereit. So haben 4 Einzelinterviews und 1 Gruppeninterview mit 4 Schülern stattgefunden.

Bei den Einzelinterviews bin ich eher auf die persönliche Lebenssituation eingegangen, beim Gruppeninterview auf die Zukunftswünsche und Perspektiven, auf die schulische Situation und das Freizeitverhalten.

Alle Schüler sind zwischen 16 und 17 Jahre alt. Zwei der Schüler haben eine Lehre abgebrochen, die anderen sind von der Schule verwiesen worden. So fühlen sich auch manche einfach „abgeschoben“ und empfinden den Rausschmiss als ungerechtfertigte Maßnahme. Vor allen Dingen der Kleiderzwang bzw. die Streitigkeiten mit Lehrern und Direktion kamen immer wieder zur Sprache, wenn nach dem Grund für den Rausschmiss gefragt wurde.

Mehrmals fiel das Wort „Respekt“, wenn vom Lehrer-Schüler-Verhältnis die Rede war, etwas, was den meisten in der Vergangenheit laut eigenen Aussagen fehlte.

„Hier (Anm. im TZU) baut man keine Scheiße, die Lehrer sind genau so viel Wert wie wir, sie respektieren uns.“

„In meiner vorherigen Schule hat die Lehrerin vor der ganzen Klasse zu mir gesagt, ich sei dumm. Da bin ich ausgerastet.“

Fast alle betrachten den Teilzeitunterricht als letzte Chance, die sie bewusst wahrnehmen wollen. Zwar finden manche den Unterricht langweilig, doch schätzen sie das Engagement der Lehrerschaft.

5 der 8 leben mit nur einem Elternteil zusammen, das Verhältnis zu diesem Elternteil bezeichnen die meisten als „okay“. Nur eine Schülerin gab an, ein „gutes Verhältnis“ zu ihrer Mutter zu haben. Zwei der Schüler/innen haben Gewalterfahrungen in ihrer Kindheit gemacht (Väter Alkoholiker). N. hat ihren Bruder „wegen Drogengeschichten“ verloren und erzählt offen, dass ihre Familie einen schlechten Ruf hat und sie aufgrund dessen schon öfter beschimpft worden sei, auch von Lehrern. Die meisten Eltern sind berufstätig.

Gemeinsam ist fast allen das Fehlen jeglicher familiärer Rituale. Die wenigsten essen z.B. regelmäßig gemeinsam als Familie oder machen gemeinsame Unternehmungen.

So sind auch nicht die Eltern in erster Instanz Vertrauenspersonen, sondern eher Freunde und Geschwister. Generell ist die Rolle der Geschwister erstaunlich groß. So gaben 2 Jugendliche an, eher von ihren Geschwistern als von ihren Eltern erzogen worden zu sein.

Für S., der selbst zur Jugendhilfe gegangen ist, weil er zu Hause nicht mehr klar kam, und demnächst in einer Jugendwohngruppe untergebracht wird, sind die Verantwortlichen von OIKOS Vertrauenspersonen und erste Ansprechpartner, wenn er Probleme hat.

Das Klassenklima ist eher angespannt. Ich wurde Zeugin einer offenen „Anmache“ einer Clique von Schülerinnen gegenüber einer Mitschülerin. Laut Aussagen der Schüler/innen ist dies kein Einzelfall, hält sich jedoch in Grenzen, sicherlich auch aufgrund der intensiven Betreuung durch die Lehrerschaft.

Das Freizeitverhalten ist geprägt von Ausgehen und Freunde-Treffen. Nur zwei der Befragten sind Mitglied in einem Verein. Alle anderen geben an, kein Hobby zu haben. Einige bemängelten hierbei, dass Freizeitaktivitäten zu teuer sind (Tanzkurse,...), auch in den Jugendtreffs, oder dass das Angebot nicht vielseitig genug sei. Vor allen Dingen müsse man spontan entscheiden können. Wenn man in Kelmis lebt, sei das aber nicht möglich, da interessante Angebote meist in Aachen oder Eupen stattfinden und man da Fahrgelegenheiten organisieren müsse. So wurde z.B. angeregt, eine Karthalle in Kelmis zu bauen.

5 der 8 Befragten hatten bereits Kontakt mit der Justiz, größtenteils wegen Drogen. Für die meisten blieb dieser Kontakt jedoch ohne größere Konsequenzen, nur eine Schülerin gab an, Sozialstunden abgeleistet zu haben. Ein Schüler gab offen zu, auch weiterhin fast täglich Drogen zu konsumieren, 2 andere erklärten, nichts mehr zu konsumieren.

Erstaunlich war dabei die Aussage eines Jugendlichen, dass die Polizei viel präsenter auf Partys sein und die Altersbeschränkung besser kontrollieren müsste. Auch sollten die harten Drogen viel strenger geahndet und Cannabis legalisiert werden.

Zudem sollte mehr schulische Unterstützung angeboten werden (Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe).

Zu ihrer beruflichen Perspektive befragt, konnte die Mehrheit keine konkreten Angaben machen; nur 3 von allen Interviewten haben genauere Berufsziele.

Erstaunlich ist dabei, wie weit diese Berufswünsche auseinander gehen. D. will beispielsweise mit 18 zur Fremdenlegion nach Frankreich gehen, um dort eine Ausbildung zum Einzelkämpfer zu machen. Auf meine Frage, wie es denn mit seinen Französischkenntnissen aussähe, gab er an, dass er sich darum noch kümmern und sich wohl mehr anstrengen müsse.

S. und N. hingegen wollen etwas mit Kindern machen. S. möchte Kindergärtner werden, N. eher mit behinderten Kindern arbeiten. Ihnen ist bewusst, dass sie dazu das Abitur erlangen müssen.

Den anderen war die Wichtigkeit einer Ausbildung theoretisch sicherlich bewusst. Später einen Job zu haben, rangiert an erster Stelle, wenn es um Zukunftswünsche geht. Dennoch war dieses Gesprächsthema schnell erschöpft, denn irgendwie schien es nicht Teil ihrer jetzigen Prioritäten zu sein.

Zwei von den 4 im Gruppeninterview Befragten hatten denn auch eine unbestimmte Angst vor der Zukunft. Sie fühlten sich nicht gut vorbereitet auf das Erwachsenenleben, obwohl die Mehrheit meinte, einigermaßen gut über berufliche Möglichkeiten im Rahmen der Schule informiert zu werden.

Die meisten waren auch zufrieden mit den Praktikummöglichkeiten.

N. und S. waren jedoch enttäuscht, weil sie ein Praktikum abbrechen mussten, das ihnen persönlich sehr viel brachte und das sie gerne weitergeführt hätten. Diesen Schülern war vor allen Dingen nicht klar, warum das Praktikumverhältnis gekündigt wurde, da sie im Vorfeld nur Lob erhalten hatten und ihnen der Grund für die plötzliche Kündigung nicht genannt worden war.

Sie fühlten sich diskriminiert und hatten das Gefühl, einzig und allein aufgrund der Tatsache, dass sie Teilzeitschüler sind, abgeschoben worden zu sein. Ein Leserbrief, den die beiden geschrieben hatten, ist auf Bitten des Direktors hin nicht veröffentlicht worden. Vor allen Dingen für N. war dieses Erlebnis einschneidend und schien sie immer noch sehr zu beschäftigen. Als sie mir den Leserbrief zeigte, war sie den Tränen nah.

Die ersten Erfahrungen mit den Teilzeitschülern bestätigte die Aussage einer Mitarbeiterin des TZU, wonach es für einige dieser Schüler/innen schwierig ist, sich an Zeiten und Abmachungen zu halten. Regelmäßig müssen die Jugendlichen zu Hause abgeholt oder gesucht werden, weil sie im Unterricht nicht auftauchen.

Die Vergangenheit der meisten von ihnen ist denn auch von Unstetigkeit gekennzeichnet: Umzüge, Trennung der Eltern, Unterbringung in Einrichtungen, kaum familiäre Rituale,... Es kann daher nicht verwundern, dass es ihnen selbst auch an Struktur fehlt.

Schuldzuweisungen an die Adresse der Eltern ist sicherlich fehl am Platze, denn wahrscheinlich sind sie mit ihrer jeweiligen Situation schlicht und einfach überfordert und können ihren Kindern den Rahmen, den sie brauchen, um sich zu entfalten, oft nicht bieten.

Auffallend ist, wie wichtig Respekt für die Jugendlichen ist und wie wenig sie ihn, laut ihren eigenen Aussagen, in der Vergangenheit erfahren haben. Die Frage ist berechtigt, ob sie tatsächlich so respektlos behandelt worden sind oder ob sie sich mit einer etwas überspitzten Darstellung in Szene setzen bzw. von ihrer eigenen Verantwortung ablenken möchten. Fakt ist, dass sie sich oft in Frage gestellt und nicht akzeptiert gefühlt haben. Dies hat sie bestärkt in dem Gefühl, Opfer zu sein. Für diese Darstellung und dieses Selbstbild muss es Gründe geben. Das Beispiel des gekündigten Praktikumsverhältnisses bei N. und S. sei hier noch einmal erwähnt.

Zu denken geben sollte auch die Aussage, dass sich die Jugendlichen schlecht auf ihr „Erwachsenenleben“ vorbereitet fühlen. Sie zeugt von ihrer Befürchtung, von den Anforderungen des Erwachsenenlebens überfordert zu werden und von der Angst, Verantwortung zu übernehmen. Dies

verwundert nicht, da ihr bisheriger Werdegang kaum dazu beigetragen hat, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Vielleicht kann dies verstärkt im Unterricht aufgegriffen werden.

Während der Interviews ist das Thema Armut nicht bewusst angesprochen worden. Die meisten gaben an, genügend Taschengeld zu erhalten. Aus Untersuchungen ist jedoch hinlänglich bekannt, dass Kinder und Jugendliche häufig behaupten, Taschengeld zu erhalten, auch wenn dies gar nicht der Fall ist. Die meisten versuchen so, ihre Familie zu schützen. Die Berufe der Eltern und die Anzahl Einelternfamilien lassen jedoch darauf schließen, dass hier einige Schüler/innen ein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen. Dies bestätigt auch eine Mitarbeiterin des Teilzeitunterrichts. Auch die Tatsache, dass „eine Arbeit haben“ als Zukunftswunsch an erster Stelle steht, lässt darauf schließen, dass sie zumindest zeitweilig Erfahrungen damit gemacht haben, wie es ist, ohne Arbeit zu sein bzw. von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe zu leben, und dass es ihnen wichtig ist, später auf eigenen Füßen stehen zu können und finanziell unabhängig zu sein.

Die meisten wissen zwar, wie wichtig eine Berufsausbildung ist, und 3 der 8 Jugendlichen haben genaue Vorstellungen davon, welcher Ausbildung sie folgen wollen, jedoch scheinen diese wenig realistisch und eigentlich von vorne herein zum Scheitern verurteilt bzw. weitere Enttäuschungen zur Folge zu haben. Die anderen trauen sich anscheinend erst gar nicht, irgendwelche Wünsche zu entwickeln, und verdrängen diese Frage.

Dennoch sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht so schlecht, wie man annehmen dürfte. Frau Schleck-Pauels hat im Rahmen ihrer Studie einige ehemalige Teilzeitschüler zu ihrem beruflichen Werdegang befragt. „Nur“ 3 der 11 Personen, die den Fragebogen zurückgeschickt haben, sind arbeitslos. Die meisten haben eine Arbeit gefunden, eine Person macht eine Lehre und 2 besuchen die Schule. Allerdings hat nur einer der Befragten eine abgeschlossene Ausbildung.

Aus den Rückantworten geht hervor, dass die meisten sich einen früheren Einstieg ins Berufsleben gewünscht hätten und sie die Zeit im Teilzeitunterricht rückblickend als Zeitverschwendung empfinden.

Die allgemeine Schulpflicht bis 18 Jahre scheint denn auch ihr Ziel zu verfehlen.

In Finnland beispielsweise, wo nur Schulpflicht bis 16 Jahre besteht, haben 12,4% der 24- bis 34-Jährigen keinen höheren Sekundarabschluss, in Belgien sind es 23,9%, also fast doppelt so viele.

Auch ist die allgemeine Unterrichtspflicht wenig sinnvoll, wenn ihre Einhaltung nicht systematisch kontrolliert wird und bereits junge Kinder jahrelang nicht unterrichtet werden, ohne dass dies ein Dienst oder eine Inspektion bemerkt. Sicher handelt es sich hier um Einzelfälle (mir persönlich ist ein Fall bekannt, von 2 weiteren wurde mir berichtet), doch zeigt dies, dass es Lücken im Kontrollsystem gibt und ein genaueres Hinsehen notwendig wäre.

Bis vor einigen Jahren mussten Eltern, um Kindergeld zu erhalten, eine Schul- bzw. Unterrichtsbescheinigung einreichen. Obwohl Kindergeld jedem Kind zustehen sollte, ohne an Bedingungen geknüpft zu sein, ist damit eine wichtige Kontrollinstanz verloren gegangen.

2.5 Situation ausländischer Kinder

Bemerkung: Im Folgenden verwende ich den Begriff ausländische Schüler/innen für Schüler/innen, die weder die belgische noch die deutsche oder luxemburgische Staatsangehörigkeit haben.

Das Thema ausländische Kinder ist für das Unterrichtswesen der DG relativ neu. Nachdem der Gesetzgeber 1999 beschlossen hatte, dass jede belgische Gemeinde verpflichtet ist, eine bestimmte Anzahl Asylbewerber aufzunehmen, zogen Asylbewerber und ihre Kinder erstmals in die DG.

Mit dieser neuen Situation konfrontiert, verabschiedete der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Dekret für die sogenannten „Neuankommenden Schüler/innen“:

*Für die Betreuung von sogenannten „Neuankommenden Schülern“, die frühestens seit dem 1. Februar des vorhergehenden Schuljahres in einer Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben sind und zwischen 3 und 18 Jahre alt sind, **der Unterrichtssprache nicht mächtig sind** und ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in einer der neun Gemeinden des deutschen*

Sprachgebietes haben oder die Schule bzw. Studienrichtung, in die sie sich einschreiben möchten, ist die nächstgelegene Unterrichtseinrichtung, erhalten Schulen eine spezifische Unterstützung. Einerseits kann eine Übergangsklasse eingerichtet werden (für Primarschulen, dort wo ein Aufnahmezentrum für Asylsuchende eingerichtet worden ist, für Sekundarschulen eine im Norden und eine im Süden der Gemeinschaft), andererseits kann das Stundenkapital erhöht werden, je nach Anzahl Neuankommender Schüler.

Seither wächst die Zahl der ausländischen Schüler/innen von Jahr zu Jahr.

Im Schuljahr 2001-2002 besuchten 93 ausländische Kinder die Primarschulen der DG.

Im Schuljahr 2004-2005 sind es bereits 333 (5,56% aller Schüler/innen).

Im gleichen Schuljahr besuchten 219 ausländische Schüler/innen die Sekundarschulen der DG (4,4% aller Schüler/innen). Im Schuljahr 2001-2002 waren es 189 Schüler/innen.

94 von diesen 219 Schüler/innen im Sekundarunterricht besuchten dabei Schulen mit ausschließlich beruflicher oder technischer Qualifikationsrichtung, sprich 42% (belgische Schüler/innen: 31%). 50% dieser Schüler/innen weisen einen Schulrückstand auf. Auch in der Primarschule weisen 50% der ausländischen Kinder (nicht-EU) einen Schulrückstand auf gegenüber rund 13% der belgischen Schüler⁴⁵.

Trotz des Dekretes und der damit verbundenen besonderen Unterstützung, die die sogenannten Neuankommenden Schüler/innen erhalten, gibt es einige Kritikpunkte und gestaltet sich die Integration als schwierig.

Kritisiert wird beispielsweise, dass die Höhe der zusätzlichen Mittel für die Umsetzung der im Dekret festgelegten Hilfen nach Anzahl Schüler an einem bestimmten Stichtatum festgelegt wird. Die Kinder und Jugendlichen kommen aber während des gesamten Jahres hier an, können jedoch erst im darauffolgenden Jahr berücksichtigt werden.

Kritisiert wird ebenfalls, dass nur zusätzliche Mittel für Neuankommende Schüler vorgesehen werden, obwohl viele ausländische Kinder, die hier geboren werden, ebenfalls über keine oder nur geringe deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Auch ist die Dauer für die besondere Unterstützung auf ein Jahr begrenzt, was für manche Schüler/innen zu wenig ist.

Aussage einer Fachkraft, die im Jugendbereich tätig ist:

„Problematisch ist die Integration vor allen Dingen im Sekundarbereich. Zwar existieren Integrationsklassen, jedoch werden die Größe und der Bedarf an einem bestimmten Stichtatum festgestellt. Diese Kinder kommen jedoch laufend hier an, so dass die Zahl von Monat zu Monat variiert. Kinder werden dann dem Alter entsprechend in den regulären Unterricht eingestuft, scheitern dann häufig bzw. werden an die Förderschule verwiesen. Sinnvoll wäre, jedem ankommenden Kind die Möglichkeit zu bieten, erst einmal einem intensiven Sprachkurs zu folgen, unabhängig vom Zeitpunkt der Ankunft.

Wichtig wäre es auch, die Hausaufgabenschulen und Nachhilfeangebote dort anzusiedeln, wo die Kinder und Jugendlichen sich aufhalten. Die Schwelle, solche Hilfen zu nutzen, wäre dann niedriger.

Auch ist die Situation von „illegalen“ Jugendlichen nicht befriedigend. Sobald sie 18 sind, weist man sie von der Schule, auch wenn sie noch keinen Abschluss erreicht haben.

Als problematisch stellt sich auch der Kontakt zu den Eltern dar. Die Eltern beherrschen die deutsche Sprache oft nicht oder nur unzureichend, müssen sich jedoch mit dem Schulprojekt einverstanden erklären, das sie de facto aber gar nicht verstehen. Auch müssen viele Kinder eine Dolmetscherfunktion übernehmen, was sie in manchen Situationen überfordert, was sie in anderen auch ausnutzen. Viele Schulen versuchen dies zu vermeiden, indem sie „Dolmetscher“ aus ihrem Bekanntenkreis hinzuziehen.

Selten sind die Eltern auch in den Elternräten vertreten, dies aufgrund von sprachlichen Barrieren, aber auch aufgrund von kulturellen Unterschieden.

⁴⁵ Statistische Jahrbücher, Unterrichtswesen der DG

So beschrieb ein „interkultureller Animator“, dass es beispielsweise wichtig sei, zu verstehen, wie das Verhältnis Schule-Eltern im Herkunftsland sei. Z.B. sei es in vielen afrikanischen Ländern so, dass nicht die Eltern allein in erster Instanz verantwortlich sind für die Erziehung des Kindes, sondern die gesamte Gemeinschaft. Demzufolge kann die Tendenz von einigen Familien, die Verantwortung an die Schule abzugeben, nicht als schlechter Wille oder Faulheit interpretiert werden, sondern ist eben kulturell bedingt.

Dieses Beispiel zeigt die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Eltern und Schule und sicherlich mit denjenigen Eltern, die ihn am wenigsten suchen.

Andererseits kann wissenschaftlich keine eindeutige Verbindung hergestellt werden zwischen Herkunft aus einem bestimmten Land und Bildungspotential. Als Fakt kann hingegen festgehalten werden, dass Integration für alle Kinder, ob sie aus der Türkei, aus Russland oder aus Afrika kommen, schwierig ist.

Außerschulische Unterstützungsangebote

Zur Zeit bieten in Eupen das Animationszentrum Ephata, die CAJ (unterstützt u.a. durch das Asylbüro), die KAP (während der Sommermonate) und in St.Vith die Caritasgruppe Hausaufgabenbetreuung und teilweise Nachhilfe an.

Daneben gibt es eine Vielzahl an Anbietern „privater“ individueller Nachhilfe, die allerdings kostenpflichtig ist und somit nicht für jeden zugänglich.

Das Angebot von Ephata und der CAJ wird vor allen Dingen von ausländischen Kindern genutzt.

Bei Ephata bestehen allerdings lange Wartelisten.

Sprache

Ein Stolperstein für ausländische Kinder und generell für schwächere Schüler ist der Mangel an deutschsprachigen Fachlehrern in den Sekundarschulen.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre, wenn zumindest die Unterlagen für die Schüler in fehlerfreier deutscher Sprache vorliegen würden (was nicht immer der Fall ist). In vielen Fällen bemühen sich die Schulen zwar darum, dies zu gewährleisten, jedoch leider nicht immer.

Das Sprachdekret von 2004 sieht vor, dass ein Teil des Fachunterrichts in der Sekundarstufe in der ersten Fremdsprache unterrichtet werden darf. Dies ist sicherlich interessant, um die französische Sprache besser zu erlernen, macht die Situation für ausländische Schüler jedoch nicht einfacher. Allerdings hat das Sprachdekret auch genau festgelegt, während wie vieler Unterrichtsstunden und in welchen Fächern die französische Sprache genutzt werden kann. Dies war vorher nicht festgelegt.

Auch ist die in der DG geltende Regel, dass Kinder erst ab dem 3. Geburtstag den Kindergarten besuchen dürfen, gerade für ausländische Kinder eher nachteilig. Es fehlt ihnen im Vergleich zu ihren Altersgenossen in den beiden anderen Landesteilen ein halbes Jahr im Kindergarten. Zeit, die wichtig wäre, um die deutsche Sprache besser erlernen zu können.

Allerdings ist Kindergarten nicht für jedes Kind geeignet, das jünger als drei Jahre ist. Vielmehr müssten andere Gruppenangebote für Kinder (Tagesmutter, Krippe, Kinderhort, usw.) weiter geöffnet und Betreuungsstrukturen nicht nur als Mittel betrachtet werden, um Familie und Beruf zu vereinbaren, sondern auch um Benachteiligungsfaktoren bei jungen Kindern zu bekämpfen. Dies würde jedoch eine engere Zusammenarbeit zwischen Betreuungs-, Bildungs- und sozialen Einrichtungen und flexiblere Übergänge zwischen Betreuungsstrukturen und Kindergarten notwendig machen.

Sicherlich wäre jedoch der erste wichtige Schritt, zu untersuchen, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund heute tatsächlich den Kindergarten besuchen, und falls nötig hier Maßnahmen zu ergreifen.

Die 2006 veröffentlichte Pisa-Studie⁴⁶, die speziell die schulischen Erfolgchancen von Kindern mit Migrationshintergrund untersuchte, belegt, dass es in Belgien einen dringenden Handlungsbedarf gibt. Migrantenkinder schneiden durchschnittlich wesentlich schlechter ab als ihre belgischen Altersgenossen. Erschreckend ist dabei vor allem die Tatsache, dass Migrantenkinder der zweiten

⁴⁶ Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgchancen - Eine vergleichende Analyse von Leistungen und Engagement in Pisa 2003, OECD 2006

Generation, die also hier geboren sind, nur geringfügig bessere Resultate erzielen als Migrantenkinder der ersten Generation.

In Deutschland ist die Situation ähnlich. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat eine Untersuchung diesbezüglich durchgeführt und kommt zu Schlussfolgerungen, die auch für die DG von Interesse sein können, auch wenn sich diese eher auf ältere Jugendliche bezieht. Hier einige Auszüge aus einem Presstext des DJI⁴⁷ zu dieser Untersuchung:

„Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören zu den Verlierern in unserer Gesellschaft. Einige reagieren darauf mit einer kulturellen Abgrenzung, einer Betonung kultureller Unterschiede zwischen ihrer Gruppe und der Mehrheit. Ein Projekt des Deutschen Jugendinstituts stellt nun fest, dass diese kulturelle Distinktion nicht automatisch ein Zeichen von Integrationsunwilligkeit oder Desintegration sein muss. Entscheidend für eine gelingende Integration ist vielmehr der möglichst zeitnahe und reibungslose Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf. Und dafür braucht es in erster Linie gute strukturelle Rahmenbedingungen.

Jedes dritte Kind unter sechs Jahren stammt bereits heute aus einer Zuwandererfamilie, in einigen Großstädten sind es schon zwei Drittel. Im Jahr 2010 wird in den großen deutschen Städten jeder zweite Einwohner unter vierzig Jahren einen Migrationshintergrund haben.

Viele dieser Migrantinnen und Migranten sind gut in unsere Gesellschaft integriert, **aber gerade innerhalb der zweiten und dritten Generation bestehen zum Teil erhebliche Integrationsdefizite.** Zahlreiche Jugendliche mit Migrationshintergrund (insbesondere der zweiten und dritten Generation) sprechen schlecht Deutsch, auch wenn sie hier geboren wurden. Ebenso beherrschen sie oftmals nur noch Abwandlungen ihrer Herkunftssprachen. Überdurchschnittlich viele junge Migrantinnen und Migranten haben keinen Schulabschluss, **rund 40 Prozent keinen Berufsabschluss. 47 Prozent aller jungen erwachsenen Ausländer sind arbeitslos.**

Bei manchen der Jugendlichen wird nun eine verstärkte kulturelle Distinktion - eine sogenannte (Re)Ethnisierung festgestellt. Teile der Öffentlichkeit sehen darin eine Gefahr, weil sie den Weg in eine mögliche Radikalisierung ebne.

Wie ein von der Jacobs-Foundation unterstütztes DJI-Projekt, dessen Ergebnisse wir in "Auf einen Blick" zusammenfassen, belegt, sind die Tendenzen einer Re(Ethnisierung) jedoch erst einmal kein Resultat einer Integrationsunwilligkeit, wie manchmal vorschnell behauptet wird. Vielmehr sind sie umgekehrt eine Reaktion auf enttäuschte Integrationshoffnungen. Deswegen ist ein erfolgreicher Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf kurz nach Verlassen der Schule gerade für diese Gruppe immens wichtig. Je weniger erfolgreich diese Phase der Einmündung verläuft, desto eher fühlen sich betroffene Jugendliche individuell benachteiligt und desto eher reagieren sie mit einer (Re)Ethnisierung.

Und außerdem bedeutet diese Distinktion, wie Projektleiter Dr. Jan Skrobánek (DJI) im Interview erklärt, nicht unbedingt eine Desintegration. Seine Forschungsergebnisse zeigen: selbst wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund von sich aus kulturelle Unterscheidungen gegenüber Einheimischen betonen, hat dies nicht notwendigerweise einen negativen Effekt auf ihre weitere ausbildungsbezogene oder berufliche Integration in die Zielgesellschaft. Ihre Hinwendung zur Herkunftsgruppe, wo sie sich angenommen und gut aufgehoben fühlen, ist einfach eine Strategie der Verarbeitung, die Jugendliche nutzen, wenn sie sich diskriminiert fühlen. Kulturelle Distinktion wird so zu einer Ressource, mit negativen Anerkennungsbilanzen produktiv umzugehen.“

2.6 Armut und sozioökonomischer Einfluss auf Bildungschancen

Wie bereits erwähnt, wird der sozioökonomische Hintergrund von Kindern und Jugendlichen in den Institutionen und Diensten kaum dokumentiert; die Schulwelt bildet hier eine Ausnahme.

Denn es gibt eine Quelle, auf die wir zurückgreifen können, die ein ungefähres Bild der Situation in der DG und auf belgischer Ebene zeichnet: die Pisa-Studien.

⁴⁷ DJI-Thema 2007/10 Integration – diskriminiert oder selbst ausgegrenzt? <http://www.dji.de/thema/0710>

Neben Kenntnissen in Mathematik, Wissenschaften und Leseverständnis wurden hier auch Informationen zum Umfeld der Schüler abgefragt wie beispielsweise Beruf der Eltern, Bildungsniveau der Eltern, Zugang zu Bildungsressourcen (Computer, Internet, Wörterbücher,...), Besitz von klassischen Kulturgütern im Elternhaus, Migrationshintergrund, zu Hause gesprochene Sprache, Familienstruktur...

Bisher sind 3 Pisa-Erhebungen durchgeführt worden. Seit Dezember 2007 liegen auch die Ergebnisse der letzten Pisa-Studie (Basierend auf Daten von 2006) vor. Zwar war vorgesehen, dass der vorliegende Bericht im November 2007 abgeschlossen werden sollte, doch weisen die Ergebnisse der letzten Pisa-Studie doch große Veränderungen auf im Vergleich zu den beiden vorangehenden, gerade was den Einfluss von sozioökonomischem Hintergrund und damit auch von Armut auf Bildungschancen anbelangt, so dass es notwendig und sinnvoll erschien, diese neuen Ergebnisse noch mit aufzunehmen.

Generell ist Belgien eines der Länder, in denen der sozioökonomische Hintergrund die Schülerleistung am meisten beeinflusst. Spitzenreiter ist dabei die Französische Gemeinschaft. Bei der letzten Pisa-Studie (Daten 2003) war es die Flämische Gemeinschaft. Auch in der DG war bisher die Korrelation zwischen sozioökonomischem Hintergrund und Schülerleistung überdurchschnittlich hoch:

Laut Ministerium der DG⁴⁸ war die „Chance“ eines Kindes, dessen Eltern dem unteren Quartil (geringe Bildung, niedriges Einkommen, kaum Kulturgüter,...) angehörten, 2,3 mal höher als bei anderen Kindern, im unteren Leistungsniveau im Bereich Mathematik zu landen.

Der OECD-Durchschnitt lag bei 2,2.

Auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmte also der familiäre Kontext bisher in erheblichem Maße die schulische Laufbahn des Kindes. Dass dies kein Naturgesetz war, mit dem man sich abfinden musste, zeigten Länder wie Finnland, Hongkong, Kanada oder Australien, da es dort durchaus möglich ist, gute allgemeine Leistungen zu erzielen bei gleichzeitig geringer Korrelation zwischen sozioökonomischem Hintergrund und Leistung.

Die Ergebnisse der Pisa-Erhebung 2006⁴⁹ weisen jedoch auf eine deutliche Veränderung in diesem Bereich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Laut den jüngsten Ergebnissen ist die DG nach Finnland die Region, wo der sozioökonomische Einfluss auf die Schülerleistungen am geringsten ist. Dabei liegen auch die allgemeinen Resultate der Schüler/innen meist über dem OECD-Durchschnitt.

Über die Gründe für diese Veränderung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur spekulieren. Fakt ist jedoch, dass nach den Pisa-Ergebnissen von 2000 und 2003 das Thema Chancengerechtigkeit im Unterrichtswesen verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt ist, Maßnahmen ergriffen wurden und weitere in Vorbereitung sind.

Wie gesagt, liegen die Ergebnisse dieser letzten Pisa-Studie erst seit kurzem vor. Die folgenden Bemerkungen tragen diesen Ergebnissen noch nicht Rechnung. Ich möchte sie dennoch hier anführen, da sie mir wichtig erscheinen im Hinblick auf weitere mögliche Maßnahmen.

Schaut man sich beispielsweise die unterschiedlichen Faktoren an, die die Schülerleistungen bisher beeinflussten⁵⁰ (auf belgischer Ebene), so fällt auf:

⁴⁸ Pisa 2003, Pädagogische Dienststelle des Ministeriums der DG

⁴⁹ Pisa 2006, Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

⁵⁰ Laut „Lernen für die Schule von Morgen - erste Ergebnisse von Pisa 2003“ und „School Factors related to Quality and Equity- results from Pisa 2000“ der OECD

- dass Jugendliche, deren Eltern zwar ein hohes **Bildungsniveau** haben, jedoch keine entsprechende **berufliche Stellung** (entweder arbeitslos sind oder einer niedrigqualifizierten Arbeit nachgehen), weniger gut abschneiden als Kinder mit weniger gebildeten Eltern, aber einer höheren beruflichen Stellung;
- dass der **sozioökonomische Hintergrund der Mitschüler** eine signifikante Rolle spielt. Ein Kind, dessen Eltern dem unteren Quartil angehören und das eine Schule besucht, in der die Mehrheit der Schüler nicht aus Familien stammt, die diesem Quartil angehören, hat mehr Chancen auf ein schulisches Gelingen als wenn es eine Schule besucht, in der die Mehrheit der Schüler ebenfalls dem unteren Quartil angehört;
- dass auch die **Familienkonstellation** ein wichtiger Faktor in Belgien ist: Jugendliche aus Einelternfamilien schneiden in Belgien durchschnittlich schlechter ab als in anderen Ländern.

Auch die Interviews mit den Teilzeitschüler/innen zeigen, dass der sozioökonomische Hintergrund eine große Rolle spielt. Denn auch hier finden sich meist Schüler/innen aus Familien, die eher dem unteren Quartil angehören.

2.7 Gründe für den Einfluss von Armut auf Schülerleistungen

Zwar besteht kein direkter kausaler Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Armut, denn es gelingt durchaus auch in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen, gute schulische Leistungen zu erzielen, aber eben nicht allen und eben nicht in dem Umfang, wie es ihren nichtarmen Altersgenossen gelingt.

Die Gründe, warum es einigen Kindern trotz Armutserfahrung gelingt, gute schulische Leistungen zu erzielen und anderen nicht, sind dabei vielfältig:

1° Dauer der Armutslage

Je länger ein Kind/Jugendlicher in finanziell ungesicherten Verhältnissen lebt, desto größer sind die Auswirkungen im Bildungsbereich (vgl. Marita Kampshoff⁵¹).

2° Persönliche Ressourcen

Kognitive Kompetenz, emotionale Stabilität und ein stabiles Temperament spielen ebenfalls eine wichtige Rolle.

3° Familiäre Ressourcen

Hier spielt die Verlässlichkeit und Stabilität der Beziehungen eine Rolle, das elterliche Humankapital (also kognitive und soziale Kompetenzen), die Bildungsaspiration der Eltern und damit verbunden deren aktive Anteilnahme am schulischen Geschehen.

4° Außerfamiliäre Ressourcen

Hier wirkt sich das Vorhandensein von stützenden Gleichaltrigenbeziehungen, die Möglichkeit zu vertrauensvollen Beziehungen zu anderen Erwachsenen wie etwa Trainer/innen, Erzieher/innen oder Lehrer/innen positiv auf das schulische Gelingen der Kinder aus.

Aber auch auf schulischer Ebene gibt es Einflussfaktoren.

Im Allgemeinen Bericht über Armut wird im Kapitel „Bildung“ auf die negativen Auswirkungen der Kluft hingewiesen, die zwischen der Unterrichtswelt und der Welt der Familien, die in Armut leben, besteht. Es geht dabei einerseits um eine finanzielle Kluft und andererseits um eine soziokulturelle Kluft.

a. *Finanzielle Kluft*

Laut Artikel 24 §3 des Grundgesetzes muss der Zugang zum Unterricht im Rahmen der Schulpflicht kostenlos sein. Leider ist dies jedoch nicht der Fall.

Hefte und Schulbücher werden von der Schule kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Essen in der Schulkantine, der Eintritt zum Schwimmbad, die Kosten für Schul- oder Klassenausflüge, Ordner, Stifte, Zirkel, Taschenrechner usw. müssen allerdings von den Eltern bezahlt werden. Manchmal wird ein Teil der Kosten für Klassenfahrten von den Elternvereinigungen oder den Freundeskreisen der Schulen getragen.

⁵¹ Kinderarmut – Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis; Margherita Zander, 2005

Wenn die Kosten für den Schülertransport zur nächstgelegenen Schule der freien Wahl einen gewissen Betrag übersteigt, wird der Zusatzbetrag vom Ministerium zurückerstattet. Ab dem dritten Kind einer Familie ist die Schülerbeförderung zu der o.e. Schule kostenlos.

Im Sekundarbereich sieht es ähnlich aus, allerdings verlangen Schulen hier oft eine Beteiligung an den Kosten für Photokopien, Schulbücher usw. Auch werden die Schulhefte nicht mehr zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen Bücher für die Klassenlektüre.

Allerdings haben Familien mit einem geringen Haushaltseinkommen (unter Berücksichtigung der Anzahl Personen zu Lasten) pro Familienmitglied, das eine Sekundarschule besucht, Anrecht auf eine jährliche Studienbeihilfe: je nach Haushaltseinkommen zwischen 52€ und 124€ in der Unterstufe und zwischen 96€ und 226€ in der Oberstufe.

Falls die Kinder in einem Internat untergebracht sind, belaufen sich diese Sätze auf 155€ bis 371€ für die Unterstufe und auf 286€ bis 687€ für die Oberstufe.

(Stand Februar 2007, wobei sich diese Beträge seit mindestens 4 Jahren nicht mehr verändert haben, die Einkommensgrenzen, die für die Gewährung einer Studienbeihilfe angewandt werden, wurden hingegen jährlich angepasst.)

Zum Vergleich: In der Französischen Gemeinschaft beträgt der Maximalbetrag für externe Sekundarschüler: 379,53€. Für Internatsschüler beträgt der Maximalbetrag in der Unterstufe 982,23€⁵²...

Eine Studienbörse für die Primarschule existiert nicht.

Besonders die Schulausflüge und Klassenfahrten setzen die Eltern unter Druck.

Manche Schulen bemühen sich, die Kosten so gering und überschaubar zu halten wie möglich, und laden alle Eltern dazu ein, in monatlichen Raten zu zahlen. So braucht niemand eine Sonderregelung anzufragen. Andere Schulen handhaben dies jedoch auch anders:

Mir wurde Mitte September mitgeteilt, dass ich bis Ende September eine Anzahlung von 100€ zu leisten hätte für eine Fahrt, die insgesamt 220€ kostet. Diese 100€ kamen also noch zusätzlich zu den Kosten hinzu, die ohnehin zum Schulanfang im September anfallen, was bei 3 Kindern nicht wenig ist. Natürlich konnte eine Ratenzahlung angefragt werden und natürlich konnte mein Sohn die Gesamtkosten reduzieren, indem er an verschiedenen Verkaufsaktionen teilnimmt (Losverkauf, Lasagneverkauf,...).

Dennoch sollte bedacht werden, dass es immer schwer fällt, anderen gegenüber einzugestehen, dass man nicht genügend Geld hat, und dass nicht jedes Kind das soziale Umfeld oder das Selbstbewusstsein besitzt, bei den Verkaufsaktionen nennenswerte Beträge zu erzielen. Ich wollte zunächst absagen, fühlte mich jedoch unter Druck gesetzt, da die Lehrerin immer wieder darauf hinwies, wie wichtig die Teilnahme sei. Trotz der verständnisvollen Art der Organisatorin dieses Ausflugs ist bei mir ein bitterer Nachgeschmack geblieben...

Erlebnisbericht einer Mutter aus der DG

Laut einer Untersuchung⁵³ der „Ligue des Familles“ im französischsprachigen Landesteil beliefen sich die Schulkosten, die von den Eltern getragen werden mussten, im Schuljahr 2004-2005 pro Kind:

- in der Primarschule auf durchschnittlich 314€ jährlich
- in der Sekundarschule auf durchschnittlich 474€ jährlich

Eine andere Untersuchung weist auf, dass die Schulkosten in den vergangenen Jahren in Flandern kontinuierlich gestiegen sind: vom Schuljahr 1986-87 bis zum Schuljahr 1999-2000 um 55%!

Es ist begrüßenswert, dass einige ÖSHZ den erst kürzlich geschaffenen Soziokulturellen Fonds (finanzielle Mittel, die jedem ÖSHZ vom Föderalstaat zur Verfügung gestellt werden, um ihren Klienten die Teilnahme an kulturellen oder sportlichen Aktivitäten zu ermöglichen) für einige dieser Ausgaben nutzen.

⁵² <http://www.mutsoc.be/Mutsoc/MaSituation/MaSituationProfessionnelle/Etudiant/Bourses-secondaire/etudiant-secondaire-montant.htm>

⁵³ Le coût scolaire à charge des familles, enquête 2004-2005, Ligue des Familles

Jedoch werden nur wenige Eltern über diese Möglichkeit aufgeklärt und viele würden diesen Schritt sicherlich auch scheuen. Familien mit Kindern, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, können nicht auf diesen Fonds zurückgreifen. Auch gewährt nicht jedes ÖSHZ diese Hilfen.

Das Unterrichtsministerium hatte bereits im Anschluss an das Erscheinen des Folgeberichts über die Armut (2001), in dem dieses Thema ebenfalls angesprochen worden ist, angekündigt, eine Liste zu erstellen mit dem Schulmaterial, das zu Lasten der Eltern gehen darf, um die Kosten für die Eltern einzudämmen. Meines Wissens nach existiert diese Liste jedoch bis zum heutigen Tage nicht, obwohl die Schaffung dieser Liste per Dekret festgelegt worden ist (Artikel 32 des Grundlagendekretes über die Regelschulen §2): „Der Rat legt auf Vorschlag der Regierung eine Liste der Dienstleistungen und Lernmittel fest, für die die Schule von den Erziehungsberechtigten eine Entschädigung verlangen kann. Für diese Dienstleistungen und Lernmittel darf lediglich der Selbstkostenpreis verlangt werden.“

In Flandern hat es diesbezüglich bereits einige Gesetzesänderungen gegeben, allerdings betreffen diese nur die Grundschule und auch nur Kosten, die mit den zu erreichenden Schlüsselkompetenzen zusammenhängen (Kosten für Ausflüge, Schneeklassen usw. müssen weiterhin von den Eltern getragen werden).

Anmerken möchte ich hierzu noch, dass Prof. Ides Nicaise vom HIVA-Institut, der sich seit Jahren mit dem Thema Chancengerechtigkeit im Unterricht beschäftigt, zur Lösung des Problems Schulkosten eine zugänglichere und höhere Studienbeihilfe empfiehlt, und dies auch schon für den Primarschulbereich. Des Weiteren empfiehlt das HIVA, dass die Entwicklung der Schulkosten sowohl von den Schulen als auch von den politisch Verantwortlichen beobachtet werden muss, um eine weitere Steigerung zu verhindern und eine Reduzierung zu erreichen.

Die allgemeine Zielsetzung sollte jedoch die tatsächliche Kostenlosigkeit des Unterrichts sein.

b. Kluft zwischen Lebenswelt der in Armut lebenden Familien und Schulwelt

Genauso wie alle anderen Eltern wünschen auch arme Eltern das Beste für ihre Kinder und deren Zukunft. Auch wenn sie manchmal gleichgültig erscheinen, haben arme Eltern meist eine hohe Erwartung an die Schule. Ihre Alltagshaltung gegenüber der Schule ist dabei jedoch eher geprägt von Angst und Misstrauen. Im schlechtesten Fall entsteht eine negative Spirale von gegenseitigem Unverständnis und Misstrauen zwischen Schule und Eltern, die bei einigen Eltern zum vollständigen Verlust von jeglicher Hoffnung und Erwartung in Bezug auf Schule führt.

Die eigenen negativen Erfahrungen sind meist der Grund für die ambivalente Haltung armer Eltern gegenüber Schule. Dieses Misstrauen wird verstärkt, wenn die Eltern merken, dass auch ihre Kinder Schwierigkeiten in der Schule haben.

Dies bildet keine gute Basis für das Bekunden von positiver Betroffenheit am Schulleben des Kindes. Für die Kinder ist es jedoch wichtig, dass sie zu Hause erfahren, dass das, was sie in der Schule erleben und erfahren, wichtig ist für die Eltern. Es ist daher von großer Bedeutung, wie mit den Eltern kommuniziert wird. Positive Botschaften über das Kind spielen dabei eine sehr wichtige Rolle.

Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Schule und (armem) Elternhaus sollte als ein Mittel betrachtet werden, die Kompetenzen der Eltern im Unterstützen der Kinder zu fördern. Dazu ist es wichtig, dass Lehrer/innen und Direktion eine Sicht darauf erhalten, wie Kinder zu Hause Wertschätzung und Aufmerksamkeit erhalten für das, was sie von der Schule mit nach Hause bringen, sowohl auf materieller Ebene (z.B. Bastelarbeiten) als auch auf immaterieller Ebene (wenn z.B. über Werte und Gefühle gesprochen wird, müssen Lehrer/innen sich fragen, wie damit zu Hause umgegangen wird).

Lehrer/innen selbst leben jedoch ökonomisch und sozialräumlich meist armutsfern. Daher verwundert es nicht, wenn durch Armut geprägte Lebenslagen ihrer Schüler/innen für sie nicht nachvollziehbar sind. Befragungen in Deutschland haben gezeigt, dass unter Lehrenden teilweise eine Abwehrhaltung gegen die Existenz von Armut besteht oder sie den Kindern und Eltern sogar unterstellen, ihnen ginge es gar nicht so schlecht.

Bei Lehrenden sollte deshalb laut Marita Kampshoff⁵⁴ neben der Bereitstellung von Informations- und pädagogischem Material auch Empathie und Einfühlungsvermögen für die Situation Unterprivilegierter

⁵⁴ Dr. Marita Kampshoff studierte Philosophie und Pädagogik und lehrt seit 2005 an der Justus Liebig Universität Gießen. Armutsprävention im Bildungsbereich gehört zu ihren Arbeitsschwerpunkten

eingefordert und erfahrbar gemacht werden. Bezogen auf die Kinder, die in prekären sozioökonomischen Verhältnissen leben gilt es „im Sinne emanzipatorischer Pädagogik Selbstbewusstsein zu stärken, über die jedermann zustehenden Rechte zu informieren, Kontakte zu Hilfseinrichtungen zu vermitteln, Selbsthilfepotentiale zu fördern und gemeinsam geeignete Formen zu finden, um öffentlich und politisch – im Sinne demokratischer Teilhabe – auf die Situation aufmerksam zu machen“.

c. Homogene Lernumwelten

Studien weisen immer wieder darauf hin, dass kompetenzheterogene Lernumwelten „kompetenzarmen“ Schüler/innen helfen und „kompetenzreichen“ kaum schaden.

Ein Schüler des Teilzeitunterrichts formulierte es so: „Es ist nicht gerade hilfreich, nur mit Leuten zusammen zu sein, denen Schule egal ist und die auch keine Lust haben.“

Eine gemeinsame längere Unterrichtung **aller** Kinder würde dies ermöglichen, so wie es beispielsweise in Finnland der Fall ist. Auch würde dies eine bessere Heterogenität in Bezug auf den sozioökonomischen Hintergrund der Schüler/innen ermöglichen, der ja besonders für in Armut lebende Kinder und Jugendliche hilfreich wäre. Wie bereits erwähnt, hat der sozioökonomische Hintergrund der Mitschüler einen Einfluss auf das schulische Gelingen des einzelnen.

Nicht alle Wissenschaftler teilen jedoch diese Einschätzung. Viele unter ihnen befürchten, dass eine spätere Orientierung der Schüler/innen eher nachteilig ist, gerade für die schwächeren Schüler, weil so eine auf verschiedene Schülerkompetenzen zugeschnittene Pädagogik nicht möglich sei. (Chancengleichheit bedeutet nicht gleiche Behandlung).

Vielleicht liegt der Weg wie so oft in der goldenen Mitte, indem zwar weiterhin eine Differenzierung in verschiedene Schulformen angeboten wird, diese unterschiedlichen Schulformen jedoch nicht räumlich voneinander getrennt werden und gemeinsame Unterrichte oder zumindest gemeinsame Schulaktivitäten vorgesehen werden.

Die Möglichkeit der frühen Orientierung hin zu anderen Schulformen birgt auch die Gefahr, dass nicht alle pädagogischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, weil die Schüler, die die erforderlichen Kompetenzen nicht erreichen, zu einer anderen Schulform orientiert werden können.

d. Gezielte individuelle Förderung

In Finnland, dem „Pisa-Wunderland“, in dem eine verschwindend geringe Anzahl Schüler/innen doppelt und die Korrelation zwischen sozioökonomischem Hintergrund weitaus geringer ist als in Belgien, existiert ein spezielles Fördersystem, von dem 16 bis 17% aller Schüler profitieren, wobei die finnischen Schulen beklagen, dass die finanziellen Ressourcen diesen Prozentsatz begrenzen. In der DG erhalten rund 3% der Schüler eine besondere pädagogische Förderung. Dabei zeigt die Pisa-Studie (Schuljahr 2002-2003), dass auch hier rund 17% der 15jährigen Schüler/innen eine niedrige Kompetenzstufe erreichen, damit zur Risikogruppe gehören und somit theoretisch weitere 14% der Schüler/innen einen erhöhten Förderbedarf hätten.

Allerdings sind seit Veröffentlichung dieser Pisa-Resultate 4 Jahre vergangen und einige Maßnahmen im Unterrichtswesen ergriffen worden.

Die von der Regierung angekündigte und in die Wege geleitete Schaffung eines Förderdekretes und mittelfristige bessere Ausstattung der Regelschulen durch Investitionen in eine bessere Frühdiagnose und Förderung aller Kinder im Grundschulwesen zielt in diese Richtung. Dabei sollen die Grundschulen mittelfristig die Möglichkeit erhalten, spezialisierte Kräfte einzustellen und sollten Grundschul- und Sekundarschullehrer durch ein gezieltes Weiterbildungsangebot darauf vorbereitet werden, Kinder mit erhöhtem Lernbedarf systematisch zu fördern und Lernschwierigkeiten frühzeitig zu erkennen.

Die Autonome Hochschule der DG bietet seit zwei Jahren Förderunterricht als Grundkurs und als Wahlfach in der Erstausbildung der Primarschullehrer/innen an.

Eine gezielte Förderung wird sicherlich nicht nur Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien zugute kommen, sondern auch die hohe Schulrückstandsquote und damit Kosten reduzieren.

e. Kooperationen mit Jugendhilfe- und anderen sozialen Einrichtungen – „Offene Schule“

Zwar sind die erstgenannten Einflussfaktoren von Armut auf Schülerleistungen durch nicht-schulische Elemente bedingt, dennoch kann und muss auch die Schule hier eine Rolle übernehmen.

Hierbei gilt es vor allen Dingen, soziale Kompetenzen zu fördern und den Kindern einen Rahmen zu bieten, in dem sie sich wohl fühlen, wo sie stabile Bezugs- und Vertrauenspersonen finden und positive Erfahrungen machen können.

Maßnahmen und Projekte, die helfen, die Lebenssituation zu stabilisieren, die Lebens- und Erfahrungswelt der Kinder zu vergrößern, das Schul- und Klassenklima zu verbessern, sind dabei wichtige Elemente.

Dazu brauchen Lehrer/innen jedoch einen angepassten Rahmen und genügend Ressourcen.

Hierbei könnten Jugendhilfe-, Sozial- und Freizeiteinrichtungen und die Schule verstärkt miteinander kooperieren und so die Schule auch entlasten (siehe beispielsweise verschiedene Trainings zur Stärkung der sozialen Kompetenzen in den Niederlanden⁵⁵, die in Schulen oder in Zusammenarbeit von Schule und Sozialeinrichtungen angeboten werden).

Die Schule könnte dabei von den Potentialen im sozialpädagogischen Bereich profitieren. Soziokulturelle Einrichtungen würden in der Lebenswelt Schule Kinder, Jugendliche und Eltern erreichen, die sonst kaum zu erreichen sind, für die diese Angebote jedoch gerade am wichtigsten wären.

Das in den Niederlanden angewandte Konzept der „offenen Schule“ (brede scholen) bietet hierbei sicherlich ein interessantes Modell.

Schule wird hier als Lebensraum von Kindern und Jugendlichen verstanden, der seinen festen Platz im Viertel hat und mit diesem interagiert. (Generell ist der sozialräumliche Ansatz sehr viel weiter verbreitet in unseren Nachbarregionen als bei uns.) Die Zusammenarbeit von Organisationen aus verschiedenen Bereichen ist das Kennzeichen der offenen Schule. Neben Kindergarten, Grund- und/oder Sekundarschule und Kinderbetreuung arbeiten hier auch oftmals Bibliotheken, medizinische und soziale Dienste, Sportvereine, Musikschulen und andere kulturelle Einrichtungen zusammen. Gemeinsam organisiert die offene Schule das Angebot im Viertel für Schüler, Eltern und manchmal auch die gesamte Nachbarschaft.

Sicherlich finden sich in einigen der hiesigen Schulen bereits Ansätze für eine solche Vorgehensweise.

Auch in Deutschland versucht man jetzt über die Entwicklung von Kindertagesstätten hin zu Familienzentren diesen breiteren und sozialräumlichen Ansatz zu realisieren. Familienzentren sollen dabei Knotenpunkte in einem neuen Netzwerk werden, das Kinder individuell fördert und Familien umfassend berät und unterstützt. Ziel ist die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertagesstätten mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familien. Die Förderung von Kindern und Unterstützung der Familien sollen so Hand in Hand gestaltet werden.

Der erste und wichtigste Schritt scheint uns jedoch, dass Schule, Jugend- und Sozialbereich in einen engeren Dialog miteinander treten, um die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen der anderen Partner kennen zu lernen, aber auch Ansatzpunkte für eine engere Kooperation zu entwickeln.

f. Übergänge gestalten

Die Übergänge zwischen Kindergarten, Primar- und Sekundarschule sowie ins Berufsleben sind entscheidende Momente für Kinder und Jugendliche. Damit diese positiv verlaufen, ist eine gute Beratung und Unterstützung notwendig, besonders für in Armut lebende Kinder und Jugendliche.

Diese Übergänge sind meist mit ambivalenten Gefühlen verbunden: auf der einen Seite Angst, auf der anderen Seite jedoch auch die Hoffnung auf einen Neustart und die positive Spannung einer neuen Herausforderung. Das Thema Übergang Primarschule-Sekundarschule ist in den letzten Jahren in der DG verstärkt in den Blick genommen worden. Außerdem hat sich jüngst eine Arbeitsgruppe gebildet, um den Übergang von der Sekundarschule ins Berufsleben noch besser zu gestalten.

⁵⁵ <http://www.schoolveiligheid.nl> und <http://www.ggzkinderenjeugd.nl>

Interessant scheint mir in diesem Zusammenhang auch das Projekt „Plezier op School“, ein Zweitages-Intensivtraining für Kinder, die Opfer von Hänseleien sind, das beim Übergang von der Primar- zur Sekundarschule in den Niederlanden mit wachsendem Erfolg angeboten wird.

Fazit

Laut den Ergebnissen der letzten Pisa-Studie (Basierend auf Daten von 2006) haben sozioökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche in der DG größere Chancen, gute schulische Leistungen zu erzielen als in den meisten anderen Ländern und Regionen.

Die Daten der Erhebung, die im Jahr 2003 durchgeführt wurde, zeichneten diesbezüglich noch ein ganz anderes Bild. Damals war die Chance eines Kindes, dessen Eltern dem unteren sozioökonomischen Quartil angehörten (geringe Bildung, Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen, wenig Kulturgüter,...) 2,3 mal höher, im unteren Leistungsbereich zu landen als für Kinder, deren Eltern dem oberen Quartil angehörten.

Die positive Entwicklung ist sicherlich der Tatsache zu verdanken, dass Chancengerechtigkeit im Unterrichtswesen seit Veröffentlichung der Pisastudien verstärkt in den Fokus der in der DG für das Bildungswesen Verantwortlichen und in diesem Bereich Tätigen gerückt ist. Maßnahmen sind ergriffen worden, weitere in Vorbereitung.

Problematisch für in Armut lebende Familien (und damit Kinder) bleiben jedoch weiterhin die Schulkosten und hier insbesondere die hohen Aufwendungen für Ausflüge.

Auffällig bleibt auch wie wenig strukturelle Dialogmöglichkeiten zwischen Schulbereich einerseits und Jugend- und Sozialbereich andererseits bestehen.

Ebenfalls problematisch bleibt die Integration von ausländischen Schülerinnen und Schülern. Hier wäre eine Erweiterung des schulischen Hilfespektrums sinnvoll und erstrebenswert. Intensive Sprachkurse für alle Schüler/innen, egal zu welchem Zeitpunkt sie eingeschult werden, Überdenken der Kriterien für eine besondere Förderung, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Lehrer/innen und Direktion, sind dabei nur einige Beispiele.

Auch gehört die Schulrückstandsquote in der DG weiterhin zu den höchsten weltweit.

3. Soziale Lage

Eine weitere wichtige Lebenslagendimension ist die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen, die Dimension des familiären Netzwerks, Kontakte zu Gleichaltrigen, sprich die Qualität und Häufigkeit ihrer sozialen Kontakte, und ihre Fähigkeiten im Bereich der sozialen Kompetenzen.

Hierzu einige Zahlen aus dem Bereich der Jugendhilfe und Jugendkriminalität, wo am deutlichsten Varianzen im Bereich der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen zum Vorschein kommen:

3.1 Jugendhilfe

Entwicklung der Anfragen beim Jugendhilfedienst

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Neuanfragen	177	189	160	135	169	189	182	175	200	233
Wiederanfragen	18	30	29	35	50	26	45	25	15	26
Aus den Vorjahren	106	129	160	129	131	158	156	183	195	214
Warteliste						33	11	6	13	17
Gesamt	301	348	349	299	350	406	394	389	423	490

Quelle: Jahresberichte Jugendhilfedienst

Die Tabelle zeigt eine deutliche Zunahme der betreuten Familien – in 10 Jahren um 62%. Dies trotz Geburtenrückgangs.

Art der Probleme

Bei den zu bearbeitenden Hilfsanfragen handelt es sich meist um eine Kombination von Problemen. Ein wichtiger Arbeitsbereich in der Jugendhilfe betrifft die seelische und die körperliche Vernachlässigung, die oft von Erziehungsschwierigkeiten oder Familienkonflikten begleitet wird.

Die meisten vom Jugendhilfedienst betreuten Kinder kommen aus Scheidungs- und Trennungssituationen. Nur 29% der betreuten Kinder und Jugendlichen leben mit beiden Elternteilen zusammen.

Die Arbeit des Jugendhilfedienstes wird dadurch häufig durch Verhandlungen mit getrennt lebenden Eltern erschwert. Die Konflikte der Eltern lassen manchmal das Interesse des Kindes in den Hintergrund geraten.

Mehr als die Hälfte der Anträge auf Intervention werden von Staatsanwaltschaft, Sozialdiensten und Schulen gestellt. Nur 1/3 der Interventionsanfragen wird direkt von betroffenen Familien gestellt.

In beinahe 50% der Anfragen liegt eine akute Gefährdung des Kindes bzw. des Jugendlichen vor.

Untersuchung zur sozioökonomischen Situation

Als Grundlage für diese Untersuchung diente der „Kansarmoedeatlas“, der regelmäßig von „Kind en Gezin“ (das flämische Pendant zum DKF) herausgegeben wird.

Der Atlas beschreibt das Ausmaß von Chancenarmut bei Kindern für ganz Flandern.

Chancenarmut wird hierbei wie folgt definiert:

Chancenarmut ist ein Zustand, in dem Menschen in ihren Chancen eingeschränkt werden, in genügendem Maße teilzuhaben an gesellschaftlich relevanten Gütern wie beispielsweise Bildung, Arbeit und Wohnen. Es geht hierbei nicht um eine einmalige Situation, sondern um einen dauerhaften Zustand, der sich in den unterschiedlichsten Bereichen niederschlägt, sowohl materiell als auch immateriell.

Als chancenarm gilt ein Kind laut „Kind en Gezin“ dann, wenn mindestens 3 der folgenden Kriterien erfüllt sind:

1. Einkommen der Familie

- Arbeitslosenhilfe
- Integrationseinkommen
- Einkommen, das unter der Armutsrisikogrenze liegt
- unregelmäßiges Einkommen, das jedoch durchschnittlich ebenfalls unter der Armutsrisikogrenze liegt

2. Bildungsniveau der Eltern (bzw. eines der Elternteile)

- Primarschulabschluss
- Nicht beendete 1. Sekundarstufe
- Beruflicher Unterricht
- Sonderschulunterricht
- Analphabet(en)

3. Entwicklung der Kinder in der Familie

- niedriges Stimulationsniveau
- Schwierigkeiten, die Kinder zu versorgen
- kein oder unregelmäßiger Besuch des Kindergartens (bzw. der Schule)

4. Arbeitssituation der Eltern

- Arbeitslosigkeit bei beiden Elternteilen oder des alleinerziehenden Elternteils
- prekäre Arbeitssituation beider Elternteile oder des alleinerziehenden Elternteils
- häufiger Wechsel des Arbeitsplatzes unterbrochen von Perioden der Arbeitslosigkeit
- Arbeit in Beschützenden Werkstätten

5. Wohnverhältnisse

- unsaubere, unhygienische, unsichere Wohnung
- keine primäre Wohnausstattung
- zu kleine Wohnung im Verhältnis zur Familiengröße

6. Gesundheit

- schwache Gesundheit von einem oder mehreren Familienmitgliedern
- chronische Krankheiten oder Behinderungen
- mangelndes Wissen über und Teilnahme an Gesundheitsvorsorge

Der Jugendhilfedienst erklärte sich bereit, eine punktuelle Erhebung seiner Klientel zu machen, wobei 5 der 6 oben erwähnten Indikatoren angewandt wurden.

Nicht berücksichtigt wurde die Einkommenssituation. Auch „Kind en Gezin“ stellt nicht die Frage nach dem Einkommen, sondern die Mitarbeiter, die die Familien besuchen, machen Schätzungen aufgrund ihrer Beobachtungen und der Gespräche, die sie mit den Eltern führen.

Da dies eine relativ ungenaue Größe ergibt, wurde dieses Kriterium bei der vorliegenden Analyse fallen gelassen.

Die Erhebung des Jugendhilfedienstes brachte folgende Ergebnisse:

Von 152 Familien erfüllten 22 Familien mindestens 3 der 5 Kriterien, sprich 14,4%.

7 der 22 Familien erfüllten 4 der genannten Kriterien, 3 Familien alle 5.

Gewichtung der Indikatoren in diesen Familien

- **Bildung:** In 19 Familien wiesen die Eltern eine niedrige Schulbildung auf.
- **Arbeit:** In 16 Familien waren die Eltern entweder arbeitslos, befanden sich in prekären Arbeitssituationen oder arbeiteten in einer Beschützenden Werkstatt.
- **Wohnen:** In 14 Familien waren die Wohnverhältnisse prekär.
- **Gesundheit:** In 11 Familien hatte mindestens ein Familienmitglied gesundheitliche Probleme, eine Behinderung oder mangelndes Wissen über die Gesundheitsvorsorge.
- **Stimulierung:** In 19 Familien fehlte es den Kindern an angepasster Entwicklungsstimulierung.

Auch wenn diese Untersuchung mit einiger Vorsicht zu betrachten ist, weil nicht alle Items objektivierbar sind und ein wichtiger Aspekt hier nicht in Betracht gezogen worden ist, nämlich der Armutaspekt, so scheint mir diese Untersuchung doch aufschlussreich. Die Items Bildung und mangelnde Stimulierung rangieren hier an höchster Stelle.

Ich möchte jedoch davor warnen, hier den voreiligen Schluss zu ziehen, dass Eltern mit einer geringen Bildung generell nicht in der Lage seien, ihre Kinder genügend zu stimulieren. Dem widersprechen im Kapitel Bildung genannte Untersuchungen.

Vielmehr zeigt uns diese Untersuchung, dass mangelnde Entwicklungsstimulierung ein Problem darstellt und hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Einige allgemeine Anmerkungen

Anführen möchte ich hier noch einige Punkte, die im Laufe von Gesprächen mit Akteuren der Jugendhilfe genannt worden sind:

Bemängelt wird einerseits das fehlende Angebot für Kinder und Jugendliche mit intensivem Betreuungsbedarf und andererseits die Tatsache, dass kaum Zeit für präventive Arbeit besteht.

Das Netzwerk „Jugend Süd“ bemängelt das Fehlen einer begleiteten Wohnstruktur für Jugendliche in den Eifelgemeinden. Diese Form der Begleitung gibt es im Norden der DG (SIA und OIKOS), im Süden der Gemeinschaft jedoch nicht. Generell ist auffallend, dass fast alle Dienste und Organisationen, die im Jugendhilfebereich aktiv sind, im Norden der Gemeinschaft ansässig sind.

Auch fehlt es an „Notaufnahmestrukturen“ für Jugendliche. In plötzlichen Krisensituationen wissen Jugendarbeiter beispielsweise oft nicht, wohin mit den Jugendlichen.

Immer wieder wird bemängelt, dass ein Informationsdefizit über die bestehenden Angebote im Kinder- und Jugendbereich besteht. Weder die Sozialdienste noch die Familien selbst sind ausreichend über das bestehende Angebot informiert. Vor allen Dingen Organisationen aus dem karitativen Bereich bemängeln dieses Informationsdefizit.

Ein weiteres Problemfeld stellt die Familienbildung dar. Hier wird bemängelt, dass die Bildungsangebote nicht immer die Familien erreichen, die sie am dringendsten bräuchten. Zwar bemühen sich die meisten Organisationen, die Familienbildung anbieten, allen Eltern die Teilnahme zu ermöglichen (die finanzielle Situation dürfte kein Hinderungsgrund sein), doch wird bei den Werbungen kaum darauf hingewiesen, dass eine Teilnahme auch zu reduziertem Preis (oder manchmal sogar gratis) möglich ist.

Eine alleinerziehende Mutter bestätigte mir, dass sie gerne an einem Erziehungskurs teilnehmen würde, weil sie sich manches Mal überfordert fühlt und unsicher ist, da niemand mehr da ist, mit dem sie in alltäglichen Situationen über Fragen und Probleme austauschen kann. Sie könne sich diesen Kurs jedoch finanziell nicht leisten.

Im Rahmen der Jugendhilfe wird Eltern häufig auferlegt, mit ihren Kindern Dienste wie die Frühhilfe zu nutzen. Bei zwei Kindern und je zwei Terminen pro Woche kann es dazu kommen, dass die Eltern bis zu vier Mal pro Woche dafür unterwegs sind. Wenn diese Fahrt z.B. mit dem Bus von Kelmis nach Eupen organisiert werden muss, entstehen nicht nur Kosten, sondern ist jedes Mal auch ein halber Tag dafür nötig. Diese Umstände blockieren die Offenheit der Eltern und sind, wenn man sich in deren Lage versetzt, eine Zumutung.

3.2 Jugendkriminalität

Entwicklung⁵⁶

Jahr	Anzahl Jugendschutz-Akten generell	davon Diebstähle	davon Beschädigungen	davon Drogenkonsum	Verfahrens-Einstellungen
2003	441	137	66	52	139
2004	398	139	5	54	176
2005	442	113	106	45	181

Bemerkung: Diese Zahlen werden erst seit 2003 statistisch erfasst.

Eine eindeutige Tendenz bei der Entwicklung der Jugendkriminalität ist nicht festzustellen. Die Anzahl Jugendschutzakten ist wieder auf dem gleichen Stand wie 2003. Die Anzahl Diebstähle ist zurückgegangen, dafür ist die Anzahl Beschädigungen sehr stark gestiegen. Lediglich bei der Anzahl eingestellter Verfahren gibt es eine Kontinuität. Zu bemerken ist dabei, dass zu den eingestellten Verfahren auch diejenigen Verfahren gehören, die beispielsweise über die Ableistung von Sozialstunden oder andere alternative Maßnahmen geregelt wurden.

Hierzu einige Anmerkungen einer Mitarbeiterin des Gerichts:

- in den Sommerferien gibt es ein erhöhtes Kriminalitätsproblem
- ausländische Jugendliche sind nicht überdurchschnittlich häufiger betroffen als belgische
- Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Familien sind weitaus mehr betroffen als Kinder aus besser gestellten Familien.

Eine euregionale Studie zum Risikoverhalten von Jugendlichen⁵⁷ zeigt :

- dass 15,6% der 14- bis 16-Jährigen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Provinz Belgisch Limburg ein bis zweimal monatlich oder öfter jemanden in der Schule schikaniert belästigt haben (NL: 10,8%; D: 24,2%);
- dass 16% sich in den letzten 12 Monaten mindestens einmal beim Ausgehen geprügelt haben (NL: 10,8%, D: 18,6%);
- dass 19,2% etwas aus einem Geschäft mitgenommen haben, ohne zu bezahlen (NL: 11,5%; D: 16,9%).

Bedenklich ist ebenfalls, dass sich laut dieser Studie rund 20% der Jugendlichen in ihrem Wohnumfeld bedroht fühlen (D: 22,3%, NL: 37,5%). Leider geht aus dieser Studie nicht hervor, wodurch dieses Gefühl hervorgerufen wird.

3.3 Streetwork/Jugendarbeit

In Kelmis und in Eupen sind seit einigen Jahren Streetworker/innen aktiv.

Die Jugendlichen, die von den Streetworker/innen betreut werden, kommen häufig aus sozialbenachteiligten, zerrütteten Familienverhältnissen mit zum Teil sehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten.

Oft fehlt es den Kindern und Jugendlichen an intellektueller Förderung und Kontrolle. Sie werden meist sich selbst überlassen, was auch zu verstärktem Schulschwänzen führt.

Situation ausländischer Jugendlicher

Ein Problem besteht vor allen Dingen bei den Über-18-Jährigen, die keine Aufenthaltserlaubnis haben. Wohin mit ihnen? Sobald sie 18 werden, weist man sie von der Schule.

In Eupen herrscht viel Frust bei den ausländischen Jugendlichen bis hin zu Aggressionen. In Kelmis scheinen die ausländischen Jugendlichen besser integriert als in Eupen.

⁵⁶ Gericht erster Instanz

⁵⁷ Euregionale Befragung zum Risikoverhalten Jugendlicher 2001

Genannte Problemfelder aus Sicht der Streetworkerinnen:

- Jugendarbeit hat immer mehr auch sozialarbeiterische Aufgaben zu erfüllen. Dies erfordert mehr Zeit, Projekte müssen anders konzipiert werden. Es fehlt bisher eine globale Sicht in Bezug auf Jugend- und Sozialpolitik
- Polizei hat kaum Handhabemöglichkeiten, zu hoher Verwaltungsaufwand, keine Plätze in Jugendstrafanstalten
- Handlungsmöglichkeiten der Jugendrichter ist zu eingeschränkt
- allgemeine Perspektivlosigkeit bei den Jugendlichen
- mangelnde Kommunikation zwischen Eltern und Kindern (Eltern müssten ermutigt werden, etwas mit ihren Kindern zu unternehmen, Kindergarten und Grundschulen könnten hier Ansätze liefern)
- Mangel an Sprachunterrichten für ausländische Kinder, vor allem im Sekundarbereich
- kaum Schulbücher, stattdessen nur Kopien, die teilweise ungeordnet, wenn überhaupt, in den Ordnern aufbewahrt werden (gerade für Kinder aus sozial benachteiligtem Milieu schwierig)
- RSI und Teilzeitunterricht werden als „Auffanglager“ empfunden.

Genannte Problemfelder aus Sicht der Jugendarbeiter/innen:

- Jugendarbeit muss früher ansetzen und sich auf ein jüngeres Publikum einstellen: Die Kinder und Jugendlichen machen immer früher Erfahrungen in Bereichen wie Drogen, Sexualität usw.; auch das Publikum in den Jugendtreffs wird immer jünger
- Man kann Kinder und Jugendliche kaum noch langfristig für ein Projekt begeistern; die Bereitschaft ist jedoch groß, wenn es sich um Aktionen, Projekte handelt, die zeitlich überschaubar sind
- Dieses Problem ist bei den Jugendlichen, die von den Streetworkerinnen betreut werden, noch größer, Termine lassen sich nur schwer vereinbaren, gemeinsame Aktivitäten sind schwer zu planen
- Immer mehr ist auch sozialarbeiterische Funktion im Bereich der Jugendarbeit notwendig
- Es herrscht eine Übersättigung bei Kindern und Jugendlichen in Bezug auf Angebote (Ausflüge in den nächstgelegenen Wald locken niemanden mehr, man muss schon etwas bieten, um die Jugendlichen zu motivieren)
- Relativ hohe Anzahl Einelternfamilien, in denen die Väter kaum präsent sind; es fehlt vor allen Dingen den Jungen dadurch an männlichen Rollenvorbildern (dies ist vor allem in Kelmis ein Problem und bei den Kindern und Jugendlichen, die von den Streetworkerinnen betreut werden)
- Es ist schwierig eine „soziale Mischung“ zu erreichen (die „Pöbler“-Clique verdrängt im Jugendtreff die „nette“ Clique und umgekehrt)
- Mangelndes Beratungsangebot für Eltern oder es ist nicht bekannt genug; Hemmnis, sich an bestimmte Dienste zu wenden; oft rufen Eltern, die Schwierigkeiten mit ihren Kindern haben, im Jugendbüro an, um sich Rat zu holen
- Eltern setzen viel zu wenig Grenzen in der Erziehung
- Pädagogische Ausbildung der Lehrer/innen müsste verstärkt werden; viele Probleme in der Schule sind bedingt durch familiäre Probleme
- Schule wird als geschlossene Welt wahrgenommen mit wenig Interaktion mit der Außenwelt.

3.4 Drogenkonsum

Bei der bereits erwähnten euregionalen Untersuchung zum Risikoverhalten von Jugendlichen gaben die ostbelgischen Jugendlichen ab 13-14 Jahren an, regelmäßig jede Woche Alkohol zu konsumieren. Rund 16,6% der Jungen und 5,2% der Mädchen erklärten, 20 Gläser und mehr pro Woche getrunken zu haben.

Rund 8,7% der Befragten 14-Jährigen gaben an, in den letzten vier Wochen Cannabis konsumiert zu haben (Niederlande: 6,7%, Deutschland: 13,8%). Bei den 16-Jährigen lag der Prozentsatz bei 18%. Harte Drogen (Kokain, LSD, Heroin) werden in Belgien eher von 14-Jährigen konsumiert als von 16-Jährigen (etwa 3% aller Jugendlichen, Deutschland: 2%, Niederlande: 1%).

Die Ergebnisse (bzw. Verlässlichkeit) solcher Befragungen werden manchmal angezweifelt, da es fraglich ist, ob die Jugendlichen wahrheitsgetreu antworten. Wenn dem nicht so ist (d.h. die Antworten nicht ganz wahrheitsgetreu sind), dann scheinen die 14-Jährigen in der DG sich eher profilieren zu wollen über solche Aussagen als ihre Altersgenossen in Deutschland und den Niederlanden. Auch das wäre bedenklich.

Fakt ist, dass viele Sozialarbeiter auf ein steigendes Drogenproblem hinweisen, auch die Streetworkerinnen.

Allerdings spiegelt dies das subjektive Gefühl der Sozialarbeiter wieder, die wahrscheinlich mehr mit Jugendlichen konfrontiert sind, die Drogen konsumieren, als mit solchen, die keine Drogen konsumieren. Befragt man Jugendliche selbst, die nicht konsumieren, so ist die Einschätzung eine vollkommen andere. Sie glauben, dass der Konsum eher rückläufig ist, weil Drogenkonsum bei ihnen und in ihrem Umfeld als „uncool“ gilt.

Generell gibt es in diesem Bereich sehr unterschiedliche Einschätzungen. Ein flämisches Wochenmagazin⁵⁸ titelte vor kurzem mit der Aussage, immer mehr Jugendliche und hier vor allen Dingen junge Mädchen, würden sich immer häufiger bis zum Exzess betrinken, so dass immer mehr Jugendliche mit Alkoholvergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert würden.

Aus einer Untersuchung des VAD⁵⁹ in Flandern für 2005 und 2006 geht jedoch hervor, dass der Alkoholkonsum bei Jugendlichen eher zurückgeht und auch andere Drogen weniger konsumiert werden als noch vor 6 Jahren. Zudem gehen Jugendliche der Untersuchung zufolge generell verantwortungsbewusster mit Drogen um, wenn sie konsumieren (nicht Autofahren, viel Wasser trinken...).

Tatsache ist, dass weiterhin Drogen und Alkohol konsumiert werden und dass Aufklärung und Sensibilisierung weiterhin notwendig sind.

Die Aktion „0 Promille unter 16“, die von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Ministerium, Polizei, der Arbeitsgemeinschaft für Suchtvorbeugung und Lebensbewältigung und dem Rat der deutschsprachigen Jugend ins Leben gerufen wurde mit dem Ziel, den Alkoholkonsum bei Jugendlichen zu senken und das Einstiegsalter zu erhöhen, ist hier sicher eine interessante Maßnahme. Es wäre begrüßenswert, wenn noch mehr Wirte, Diskothekenbesitzer und Partyveranstalter sich ihrer Verantwortung diesbezüglich bewusst wären und auch die Automatenbetreiber Alkohol aus dem Sortiment verbannen würden.

3.5 Freizeitverhalten

52% der belgischen 14- bis 16-Jährigen gaben in der bereits erwähnten euregionalen Studie an, Mitglied in einem Sportverein zu sein (D: 52,4%; NL: 63%).

5,4% gaben an, eine Musikschule zu besuchen oder Mitglied eines Musikvereins zu sein (D: 16,1%, NL: 17,3%). 17,6% waren Mitglied bei den Pfadfindern oder ähnlichen Jugend-Organisationen (NL 5,9%, D 2,5%).

Leider gibt es für die DG keinerlei Informationen über die Teilnahme an Freizeitangeboten von Kindern und Jugendlichen, die in armen Familien aufwachsen.

Untersuchungen in Deutschland und den Niederlanden zeigen, dass die Inanspruchnahme von Freizeitangeboten bei Kindern und Jugendlichen aus armen Familien weitaus geringer ausfällt als bei nichtarmen. Dies ist zum Teil kulturell bedingt, jedoch auch finanziell. Für arme Familien steht erst einmal die Existenzsicherung im Vordergrund und damit Ausgaben für Nahrung, Wohnen, Kleidung.

Auch wenn der Vereinsbeitrag eventuell vom ÖSHZ übernommen wird, so bleibt die Frage nach der praktischen Organisation. Bei zwei Trainingseinheiten pro Woche und eventuell noch Auswärtsspielen am Wochenende gibt es beispielsweise häufig Mobilitätsprobleme, vor allem, wenn jüngere Kinder einem Verein beitreten wollen. Ohne Auto kann dies manchmal zu einem unlösbaren Problem werden.

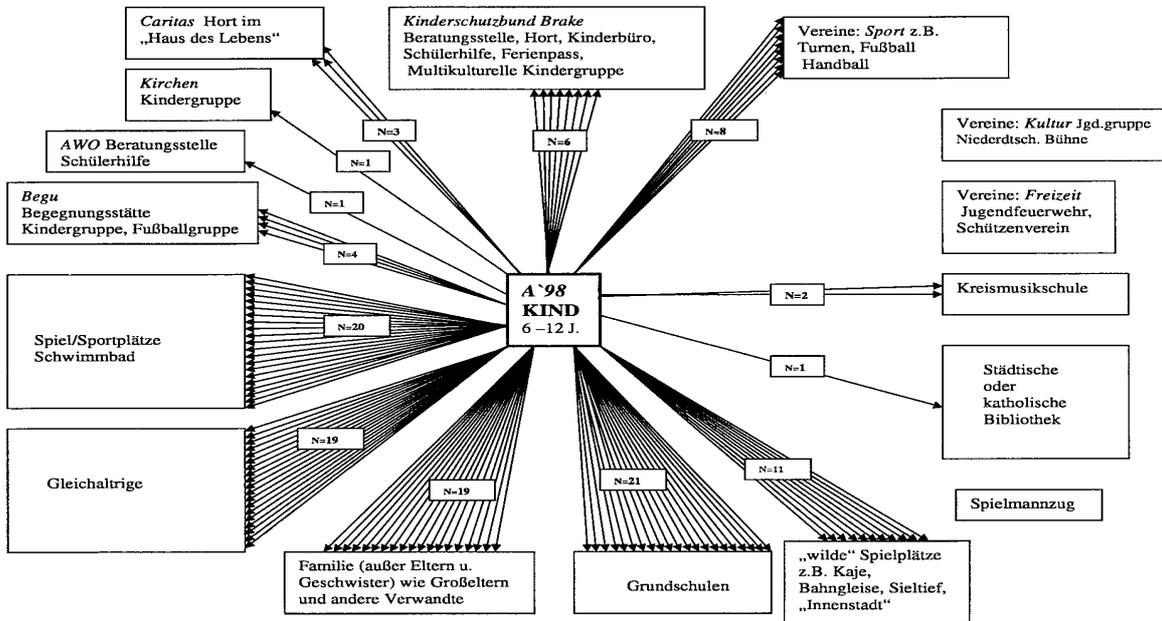
⁵⁸ Humo - 2007

⁵⁹ Aus „Partywise - Onderzoek naar trends in het druggebruik in het uitgaansleven“ erstellt im Auftrag der VAD

Das Schema⁶⁰ über die Nutzung von Freizeitangeboten von nichtarmen und armen Kindern stellt die Ergebnisse einer Untersuchung dar, die in Deutschland durchgeführt wurde und zeigt, dass arme Kinder weitaus weniger Angebote im musischen, kulturellen und sportlichen Bereich nutzen als nichtarme. Dafür frequentieren sie häufiger wilde Spielplätze und Angebote von karitativen Einrichtungen oder dem Kinderschutzbund.

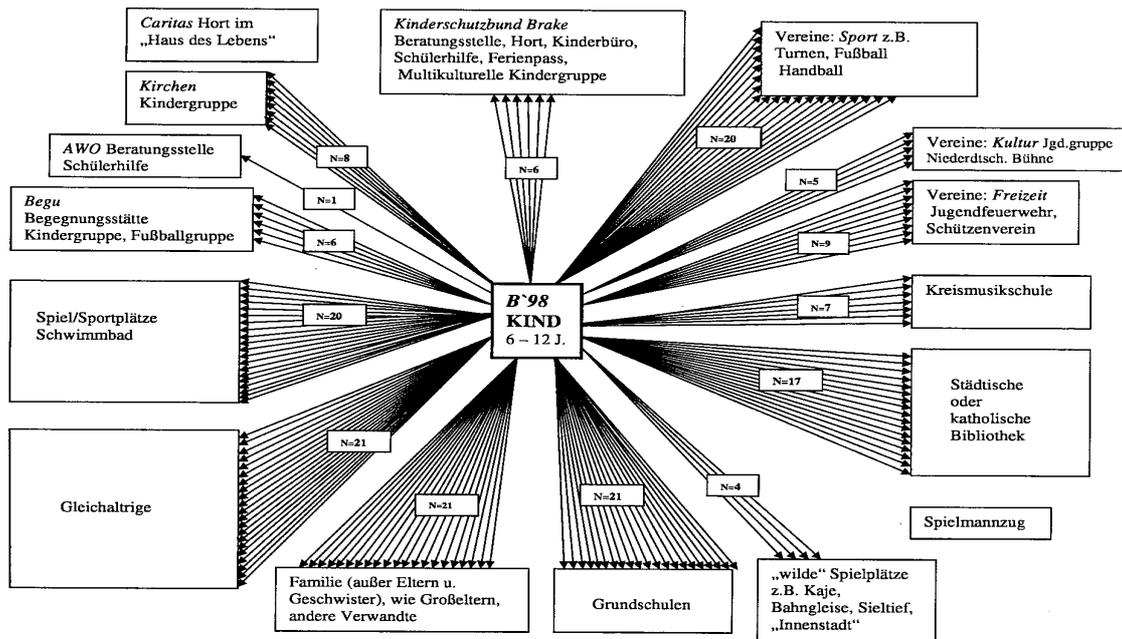
Soziale Ressourcen A`98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen in Unterversorgungslagen

N = 21



Soziale Ressourcen B`98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen der Kontrollgruppe

N = 21



⁶⁰ Aus : Antje Richter : Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?, 2000

Auch in der DG scheint der Zugang zu solchen Angeboten eingeschränkt. Dazu ein Auszug aus einer Stellungnahme des Zentrums „Mosaik“:

„Wir fördern in unserer Arbeit die Teilnahme von Eltern und Kindern in Vereinen aus zahlreichen sozial-pädagogischen Gründen. Eintritte, Ausstattungen und Fahrtkosten sind für die meisten Familien unerschwinglich. Der bestehende Fonds für soziokulturelle Aktivitäten ist eine tolle Initiative der ÖSHZ, aber leider nicht genug bekannt.“

Gerade im Hinblick auf die mangelnde Entwicklungsstimulierung wäre eine größere Teilhabemöglichkeit von in Armut lebenden Kindern an solchen Aktivitäten jedoch erstrebenswert. Auch würde diese Teilhabe ihre sozialen Kompetenzen und ihre Lebenswelt generell erweitern, weil sie hier mit ganz anderen Sozialkontexten in Berührung kämen als dies in der Schule oder innerhalb ihrer Familie der Fall ist. Zudem würden sie vielleicht Erfolgserfahrungen machen, die ihnen sonst verwehrt blieben.

Eine alleinerziehende Mutter von 3 Kindern aus Kelmis bemerkte hierzu: „Hätte ich meinen Nachbarn nicht, der die Kinder zum Training bringt und wieder abholt, dann könnten sie gar nicht mitmachen im Verein. Mit dem Bus dauert das viel zu lange und ist auch viel teurer.“

3.6 Anmerkungen zum Verhältnis Hilfeleistender und in Armut lebender Familien

Dazu einige Anmerkungen aus dem Kursus „Met de neus in de wind“ von Ria van Nistelrooij, erstellt für Sozialarbeiter im Hinblick auf eine bessere Kommunikation zwischen Hilfseinrichtungen und in Armut lebenden Familien. Ria Van Nistelrooij ist Soziologin, Schwerpunkt ihrer Arbeit sind Kinderarmut und ihre Folgen.

Laut Van Nistelrooij hat das häufig schwierige Verhältnis zwischen Hilfseinrichtungen und armen Familien vor allem 2 Gründe:

Die Grenzen der Hilfseinrichtungen

Soziale Einrichtungen klagen über hohen Arbeitsdruck, den Zwang, Ergebnisse liefern zu müssen, den Zeitdruck, den die administrative Arbeit mit sich bringt. Auch gibt es in vielen Einrichtungen lange Wartelisten, die den Druck auf die Einrichtungen ebenfalls erhöhen.

Die Einrichtungen sind abhängig von politischen Entscheidungen, auch in Bezug auf das zur Verfügung stehende Budget und damit verbunden die Anzahl Stunden, die in die direkte Sozialarbeit investiert werden können. Sie werden beurteilt nach der Anzahl der Klienten, denen geholfen werden konnte. Dies schränkt den Handlungsspielraum des einzelnen Hilfeleistenden innerhalb der Einrichtungen ein. Ziele werden formuliert im Hinblick auf Effizienz, sprich es muss so viel Hilfe wie möglich mit so wenig Mitteln wie möglich geleistet werden.

Die größere Mündigkeit der Klienten, die immer komplexer werdende Gesetzgebung und die höhere Anzahl einbezogener Einrichtungen machen es notwendig, dass alle Schritte und damit verbundene Verantwortlichkeiten genau festgelegt werden. Dies bedeutet auch, dass das Chaos, das Nichtvorhersehbare, das man vor allen Dingen in Multiproblemfamilien antrifft, in standardisierten Termini beschrieben werden muss, um die Hilfe zielgerichtet einsetzen zu können.

Diese Entwicklungen setzen den einzelnen Sozialarbeiter unter Druck. Um seine Ziele zu erreichen, ist einem Sozialarbeiter mit einem „mitarbeitenden“ Klienten geholfen, sprich einem Klienten, der sich an Abmachungen hält, pünktlich zu den vereinbarten Terminen erscheint, mit dem Sozialarbeiter kommuniziert, der Energie hat und das hohe Tempo der Einrichtung halten kann. Es wird dabei davon ausgegangen, dass Menschen, die dieses Tempo, das nach den Regeln der Einrichtung vorherrscht, nicht halten können, sich nicht helfen lassen wollen.

Auch spielt die eigene Erfahrung und Lebenswelt des Sozialarbeiters eine Rolle. Für manche, die bisher nie in Kontakt gekommen sind mit der Lebenswelt der in Armut lebenden Menschen, erscheint diese Welt rau. Andere wiederum, die selbst Erfahrungen haben mit Armut, haben diese vielleicht noch nicht verarbeitet.

Des Weiteren haben Hilfseinrichtungen nicht immer die finanzielle Situation im Blick. Es wird von Problemfamilien, unstrukturierten Familien gesprochen, wobei häufig der sozioökonomische Aspekt außer Acht gelassen wird. Meist geschieht dies, weil man implizit davon ausgeht, dass ein

Geldproblem besteht, man dafür jedoch ohnehin keine Lösung hat. Indem man die Geldprobleme auf die Tagesordnung setzt, kann die Hilfsanfrage verdeutlicht werden und kann identifiziert werden, welche Probleme einzig und alleine nur dem Geldmangel zuzuschreiben sind. Dies ist auch gegenüber den Klienten wichtig und hilfreich: Er oder sie würde es besser machen, wenn sie nur mehr Geld zur Verfügung hätten, und man nimmt ihnen so einen Teil der Last.

Armutsmechanismen

Im Buch „Regels die mensen blokkeren“⁶¹ wird anhand der Konzepte „Überleben“ und „Armutsmechanismen“ deutlich gemacht, warum Einrichtungen nur schwer Zugang finden zu Familien, die bereits länger von finanzieller Not und Ausgrenzung betroffen sind. Die drei Armutsmechanismen „Ursache von Armut“, „Zustand der Armut“ und „Soziale Ausgrenzung“ führen dazu, dass Familien sich in einem Teufelskreis der Armut wiederfinden, der sich selbst unterhält. Im täglichen Leben dreht sich alles schon jahrelang um das Überleben auf finanziellem, emotionellem und sozialem Gebiet. Dies bedeutet, dass Prioritäten manchmal anderes festgelegt werden und dass in den Augen von anderen nicht nachvollziehbare Entscheidungen getroffen und nicht nachvollziehbares Benehmen gezeigt werden. Überlebensmuster manifestieren sich beispielsweise im Umgang mit Geld, mit Problemen, mit der Umgebung und Einrichtungen. Beispiele für Letzteres können sein: Nicht-Gebrauch-Machen von Einrichtungen, Vermeiden von Institutionen, überselbstbewusstes Reagieren, Feindesdenken oder auch „Shoppen“ d.h. viele verschiedene Einrichtungen aufsuchen.

Diese Verhaltensmuster hängen zusammen mit der Angst vor dem Verlust der Autonomie, vorherigen Enttäuschungen und Erfahrungen.

Dieses unvorhersehbare Agieren ist eine Form des Überlebens und auch eine Art, die Hilfseinrichtungen auf Abstand zu halten und die Familie zu schützen. Chaos und Verwirrung schaffen, sei es bewusst oder unbewusst, sind Waffen der in Armut lebenden Familien, um sich einem zu großen Einfluss der Hilfseinrichtungen zu entziehen.

Wenn man Erfahrungsexperten befragt, was sich in den verschiedenen Hilfseinrichtungen im Umgang mit in Armut lebenden Menschen verändern muss, wird häufig vorgeschlagen, dass Sozialarbeiter einmal einige Tage mit der Familie zusammenleben müssten, um zu erfahren, wie es ist, mit so wenig (zu wenig) Geld auskommen zu müssen. Hilfsanbieter müssen zuhören, sich einfühlen und verstehen. Vor allen Dingen müssen sie auch erkennen, wie Menschen trotz aller Probleme doch einiges schaffen. Sie müssen ein Auge haben für die finanziellen Probleme, mit denen die Familien tagtäglich konfrontiert sind, für den tagtäglichen Kampf, den Eltern führen, um Essen auf den Tisch zu bringen, die Kinder so zu kleiden, dass sie nicht ausgeschlossen werden, aber auch ein Auge dafür haben, dass Eltern Angst haben, als Erzieher zu scheitern, und dass ihre Kinder nicht „dazugehören“...

Die Hilfeempfänger wollen nicht nur Anerkennung für ihre Situation, sondern vor allen Dingen für die Lösungen, die sie finden, um zu überleben.

Zusammenfassend

Hilfesuchender:	Ich will nicht, ich habe Angst (angetastet zu werden in meinem Wert und meinen Qualitäten) Ich muss mich beweisen Ich muss überleben
Hilfeleistender:	Ich weiß, was gut für dich ist Pass dich an und erwarte nicht zu viel von mir
Hilfesuchender:	Begreife meine Situation und nimm dir Zeit dafür Steh an meiner Seite und zu mir
Hilfeleistender:	Nein, nicht zu nahe kommen Nicht über finanzielle Probleme sprechen, die ich nicht lösen kann.

⁶¹ Nistelrooij, Regels die mensen blokkeren, armoedemechanismen, overlevingsgedrag en het falen van regels- Stichting Sjakuus, Utrecht, März 2003

Lösungsansätze nach Van Nistelrooij

Hilfe am Rande

Hilfe am Rand leisten bedeutet, Familien zu helfen, die sozial ausgegrenzt sind oder es zu werden drohen aufgrund von finanzieller Armut. Es geht meist um schwer zu erreichende Familien, die am Rande der Gesellschaft leben und für die Einrichtungen nicht einfach zugänglich sind. Diese Familien kennzeichnen sich häufig durch ein bestimmtes Maß an Krisen, wodurch jederzeit ein finanzielles oder materielles Problem auftauchen kann.

Hilfseinrichtungen, die mit solchen Familien arbeiten, müssen sich ihrer eigenen Grenzen sehr bewusst sein, um den Familien eine angepasste Hilfe bieten zu können. Hilfe am Rande bedeutet jedoch auch, den Mut zu haben, über den eigenen Tellerrand zu schauen, sich der eigenen Verwundbarkeit zu stellen, zu experimentieren, nicht-orthodoxe Methoden auszuprobieren und zusammenzuarbeiten mit bis dato unbekanntem Partnern. Es bedeutet auch, mit dem Chaos und der Unvorhersehbarkeit umgehen sowie mit den Herausforderungen und der Kreativität einer armen Familie.

Die Art der finanziellen Probleme

In all diesen Familien treffen wir auf finanzielle Probleme, die mehr oder minder akut sind. Die Armut kann lang anhaltend sein mit wenig Perspektiven, die Familie ist von Ausgrenzung betroffen und Überlebensmuster sind sichtbar. Es kann auch eine zeitlich begrenzte finanziell schlechte Lage vorliegen mit Aussicht auf Arbeit. Auch kann das Einkommen unter der Minimumgrenze liegen und so Entbehrungen auf verschiedenen Gebieten mit sich bringen sowie Stress und wenig „Hilfsquellen“ (beispielsweise eine arme soziale Umgebung beinhalten). Oder das Einkommen liegt geringfügig über der Minimumgrenze, wobei es durch eine disziplinierte Art, mit dem Geld umzugehen, durch Kreativität und Hilfe von Außen (soziales Netzwerk) gelingt, ein doch zufriedenstellendes Maß an Partizipation zu erreichen, so dass weniger von Ausgrenzung gesprochen werden kann.

Die Art und Weise, wie man als Hilfeleistender eine solche Familie unterstützt, hängt daher in starkem Maße von der Art der Problematik ab: vom Ausmaß des finanziellen Problems, den eventuellen „Hilfsquellen“, der Dauer der Armut und vorhandenen Überlebensmustern.

Diese Ausgangssituationen („Stand der Armut“) bestimmen die Prioritäten, die gestellt werden sollten angesichts der anzupackenden Probleme, der Erreichbarkeit der Zielsetzungen, der Wahl der Methoden und der Rolle der verschiedenen Einrichtungen. Dieser Stand der Armut sollte während der Hilfsmaßnahme als Leitfaden fungieren.

Dabei ist das Spannungsfeld zwischen „Stärkung und akuter Not“ und zwischen „Nähe und Überlebensmuster“ zu berücksichtigen.

Stärkung versus akute Not

Stärkung („Empowerment“) sollte zentral sein bei der Unterstützung der in Armut lebenden Familien.

Materielle oder finanzielle Unterstützung haben nur geringe positive Auswirkungen, wenn nicht gleichzeitig auch mehr Kompetenzen, mehr Informationen, mehr Perspektiven und mehr Möglichkeiten zur Erweiterung des sozialen Netzwerkes angeboten werden.

Die Stärkung der Familie wird jedoch behindert durch den akuten Charakter von finanzieller Not. Jetzt muss die Miete bezahlt werden, jetzt müssen die Schulden zurückbezahlt werden, jetzt müssen Bücher gekauft werden für die Schule... Umgang mit akuten materiellen Problemen bedeutet für die Familie oft Chaos und Panik und damit falsche Entscheidungen. Materielle Not stärkt die Familie nicht, im Gegenteil. Der Stress, der durch solche Notsituationen hervorgerufen wird, kann die Eltern krank oder depressiv machen.

Nähe versus Überlebensmuster

Auch die **Nähe zwischen Hilfeleistenden und Hilfeempfängern** ist ein wichtiges Element bei Familien, die jahrelang von Ausgrenzung betroffen sind. Vertrauen gewinnen, sich Zeit nehmen zum Zuhören, regelmäßige, auch informelle Kontakte sind wichtige Elemente in der Arbeit mit diesen Familien.

Lange mit einem sehr geringen Einkommen auskommen zu müssen, führt dazu, dass bestimmte Überlebensmuster entstehen. Sie sind eine Antwort auf die Notwendigkeit, finanziell, emotionell und sozial zu überleben. Sie sind „nicht angepasst“, d.h. : Sie passen nicht zu den Normen der Einrichtungen, da sie auf Abstand halten. Sie sind häufig wenig effizient und haben mit dem Bestreben zu tun, sein eigener Herr zu bleiben, seine Autonomie zu wahren, entspringen übertriebenem (falschem) Selbstbewusstsein und bedingen Selbstausgrenzung. Man hat eigene Wege

gefunden, um Stand zu halten. Nähe von Fremden lässt sich nur schwer damit kombinieren und stellt eher eine Bedrohung dar. Immer wieder muss die Beziehung zwischen dem Hilfeleistenden und dem Hilfeempfänger bestätigt werden, einen Impuls erhalten. Dies beinhaltet, dass der Hilfeleistende bewusst Kontaktmöglichkeiten sucht. Eine finanzielle Krise kann dabei eine Eingangstür darstellen.

Die Antwort hierauf lautet :

- Suchen nach innovativen Methoden und Formen der Hilfe
- Langfristigkeit, Nähe und Kontinuität gewährleisten
- Sich-Einlassen auf die Überlebensmuster
- Bereit sein, die Familie während eines Teils ihres Weges zu begleiten
- Diese Elemente zu kombinieren mit Krisenmanagement, Weitervermittlungen und lösungsorientierten Arten von Hilfen, ausgerichtet auf konkrete Antworten und mit materieller Unterstützung.

	Ziel	Arbeitsweise	Beziehung Hilfeempfänger und Hilfeleistender	Methoden	Rolle Hilfeleistender	Zusammenarbeit	Stellungnahmen
Finanzielle Krise	Lösen von (finanziellen) Problemen	Schnell und zielgerichtet	Hilfeleistender gegenüber Hilfeempfänger	Kurzzeitige lösungsorientierte Intervention	Krisen-Manager	Weiterleiten Aufgaben-gerichtet Einrichtungs-gerichtet	Pragmatisch
Ausgrenzung	Langfristige Stärkung	Langfristig Offener Zeitplan	Gleichwertige Partner	Alternativ Experimentell Informell	Kamerad, Freund	Familie im Zentrum	Helfen auch unter Protest Kernaufgaben der Einrichtung

Am wichtigsten ist jedoch laut Ria van Nistelrooij zu erkennen, dass **alle** Familien, die von sozialer Ausgrenzung aufgrund einer finanziellen Mangelsituation betroffen sind, der Hilfe bedürfen. Die Risiken, die in solchen Familien für die Kinder bestehen (gesundheitliche Risiken und Risiken, ausgeschlossen zu werden und dadurch weniger Zukunftschancen zu haben) sind einfach zu groß.

Dabei sollten die Hilfen

- die akute finanzielle Not lindern
- bei Interventionen in anderen Bereichen Rechnung tragen mit finanzieller Armut als möglicher Ursache der Probleme und auch damit, dass diese Armut behindernd wirkt bei der Bewältigung dieser Probleme
- die soziale Ausgrenzung und die damit verbundenen Überlebensmechanismen (als Folge von jahrelangem Leben in Armut) der Familien berücksichtigen.

Auch Gerda Holz weist auf die Wichtigkeit hin, zwischen Problemen, die durch das Verhalten einerseits und Problemen, die durch die Verhältnisse andererseits entstehen, zu unterscheiden. Das eine bedingt das andere und kann nicht losgelöst voneinander behandelt werden.

Fazit

Innerhalb der letzten 20 Jahre haben sich die Anfragen an den Jugendhilfedienst, trotz Geburtenrückgangs, mehr als verfünffacht.

Auch hier ist eine starke Konzentration der zu betreuenden Familien in Kelmis und Eupen festzustellen: 166 der 312 betreuten Familien leben in den beiden größten Ortschaften der DG.

Vor allen Dingen die steigende Zahl der erforderlichen Langzeitbetreuungen und die Tatsache, dass nur ein Drittel der Anfragen von den Kindern und Jugendlichen bzw. Familien selbst ausgeht, ist bedenklich. Hier stellt sich die Frage, wie die Jugendhilfe von den Familien wahrgenommen wird bzw. warum Familien sich kaum selbst an den Jugendhilfedienst wenden.

Das scheinbar fehlende Wissen über und die eingeschränkte Zugänglichkeit zu Diensten und Beratungsstellen (Wartelisten, Misstrauen) führt dazu, dass meist erst interveniert wird, wenn das Kind schon teilweise „in den Brunnen gefallen“ ist und eine langfristige Betreuung und in extremen Fällen auch Unterbringung außerhalb der Familie notwendig wird.

Diese Entwicklung führt zu neuen Herausforderungen sowohl in der Jugendhilfe als auch in Bereichen wie Jugendarbeit und Schule. Die Schaffung eines strukturellen Dialogs zwischen den verschiedenen Institutionen, Diensten und Einrichtungen, die mit Kindern und Familien arbeiten, wäre sicherlich gewinnbringend für alle Beteiligten. Vor allem jedoch für die Familien selbst.

Ein engerer Dialog zwischen Jugendhilfe, Jugendarbeit, Schule, Sozialarbeit und karitativen Einrichtungen könnte die rechtzeitige Orientierung hin zu Hilfseinrichtungen und -angeboten erleichtern und andererseits interessante Synergien und Kooperationen ermöglichen.

Generell ist der Bereich der Sozialarbeit noch wenig sozialräumlich ausgerichtet in der DG.

Viertelhäuser, Öffnung der Schulen und von Betreuungseinrichtungen, aber auch Angebote in Kooperation mit karitativen Einrichtungen bergen hier sicherlich noch ein großes Potential, das es auszuschöpfen gilt.

Fakt ist, dass immer mehr Familien mit Problemen in der Erziehung ihrer Kinder konfrontiert sind, die sie alleine nicht mehr lösen können, und dass in vielen Fällen erst interveniert wird, wenn die Situation zu eskalieren droht oder eskaliert ist.

Obwohl die sozioökonomische Situation von den verschiedenen Diensten der DG (wie bereits mehrfach erwähnt) nicht systematisch untersucht wird, können wir davon ausgehen, dass arme Kinder und Jugendliche häufiger als nichtarme Kinder und Jugendliche Auffälligkeiten in ihrem sozialen Verhalten aufweisen.

Sie werden laut Aussagen der Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen im Vergleich zu ihren nichtarmen Altersgenossen häufiger von Jugendhilfeeinrichtungen begleitet, sind häufiger in kriminelle Handlungen verwickelt und gehören häufiger zum Zielpublikum der Streetworker.

Obwohl dies subjektiv wahrgenommen wird von den Sozialarbeitern, findet diese Wahrnehmung bisher kaum einen Niederschlag in konzeptionellen Überlegungen. In keinem Jugendhilfebericht wird Kinderarmut als eigenständige Problemlage genannt und behandelt. Hier herrscht dringender Nachholbedarf.

Mangelndes Wissen über die Lebenslage Armut und deren Folgen kann dazu führen, dass die ausgearbeiteten Hilfepläne am Ziel vorbei gehen und die Familien wie auch die Hilfeleistenden Enttäuschungen erleben, die eine weitere Zusammenarbeit erschweren.

Gerade auch im Hinblick auf die steigende Anzahl Multiproblemfamilien, bei denen Armut häufig eine der Problemlagen darstellt, ist es wichtig, diese Dimension mit einzubeziehen.

Bei familienunterstützenden Angeboten muss verstärkt darauf geachtet werden, ob diese für in Armut Lebende zugänglich sind.

Auch sollte die Tatsache mehr berücksichtigt werden, dass mangelnde Stimulierung der Kinder eines der häufig genannten Items bei der Untersuchung über chancenarme Familien ist. Folglich sollten Maßnahmen ergriffen werden, die hier ansetzen. Für die Unter-3-Jährigen ist der Dienst für Kind und Familie hierbei sicherlich ein wichtiger Ansprechpartner. Auch die verstärkte Teilhabe an kulturellen und sportlichen Aktivitäten sollte gefördert und deren Zugänglichkeit erhöht werden.

4. Gesundheitliche Lage

Die beste Quelle für die Einschätzung des Gesundheitszustandes der Kinder und Jugendlichen könnten theoretisch der Dienst für Kind und Familie (DKF) und die Gesundheitszentren bzw. die Schulgesundheit sein.

Der DKF bietet 14 kostenlose Vorsorge-Untersuchungen für Kinder zwischen 0-3 Jahren an und erreicht über diesen Weg die Mehrzahl der Kinder dieser Altersgruppe. Neben den Vorsorgeuntersuchungen bieten die DKF-Mitarbeiterinnen auch Hausbesuche (durchschnittlich 4 pro Familie und vorwiegend im ersten Lebensjahr des Kindes) an. Hierbei stehen Ernährungs- und Erziehungsfragen im Vordergrund. Daneben gibt es seit 2003 auch kostenlose Sehtests für Kinder ab 2 Jahren.

Es besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den DKF-Mitarbeiterinnen und anderen Institutionen, an die der DKF gegebenenfalls weiterleiten kann. Mit der Frühhilfe Ostbelgien kann nach Bedarf ein gemeinsamer Hausbesuch erfolgen, wenn die DKF-Mitarbeiterin einen Verdacht auf Entwicklungsverzögerung hat.

Dies setzt natürlich die Einwilligung der Eltern voraus. Der DKF erfreut sich jedoch einer hohen Akzeptanz bei den Eltern, so dass beinahe alle Familien mit Kleinkindern vom Dienst erreicht werden.

Bei der Schulgesundheit handelt es sich im Prinzip um die Weiterführung der präventiven Untersuchungen, wie sie vom DKF durchgeführt werden, allerdings erfolgen hier kaum noch systematischen Hausbesuche.

Die schulmedizinischen Untersuchungen finden im 2. Kindergartenjahr, in der 1. und 5. Klasse der Primarschule sowie in der 1., 3. und 5. Klasse der Sekundarschule statt.

Im differenzierten Unterricht finden sie jedes Jahr statt.

In diesem Rahmen werden auch kostenlose Impfungen angeboten.

In den Zwischenjahren können zusätzliche Teil-Untersuchungen vorgenommen werden (Sehtests, Hörtests,...).

Daneben finden für Kinder zwischen 5 und 10 Jahren alle zwei Jahre zahnärztliche Untersuchungen statt, in den dazwischen liegenden Jahren Animationen zum Thema Zahngesundheit.

Die Zahngesundheit hat sich denn auch in den vergangenen Jahren im allgemeinen verbessert.

Laut Aussagen des Gesundheitsministeriums gibt es keine für die DG spezifischen Daten, die aufzeigen könnten, ob eine Korrelation zwischen Gesundheit und Armut in der DG besteht.

Bei der Auswahl der Themen zur Durchführung von Präventionskampagnen basiert man sich unter anderem auf Erkenntnisse, die auf Landesebene ermittelt werden.

Bei diesen Kampagnen sind die Gesundheitszentren auf die Mitarbeit der Schulen angewiesen. Es gibt keine Verpflichtung für die Schulen, an solchen Kampagnen teilzunehmen.

4.1 Allgemeine Probleme auf Ebene der DG

Die Mitarbeiter der Schulgesundheitsdienste bemühen sich, die Situation der Kinder zu verfolgen und mit den Familien in Kontakt zu treten. Aufgrund der Fülle an Akten kann dies jedoch nicht immer gewährleistet werden.

Es fehlt vor allen Dingen an Möglichkeiten im Bereich der aufsuchenden Arbeit, die jedoch immer notwendiger wird (insbesondere für die Alterskategorie der 3-18-Jährigen, da der DKF bereits systematisch Hausbesuche bei den 0-3-Jährigen vornimmt).

Kinder, die vernachlässigt sind, kommen oft erst gar nicht zur Schuluntersuchung. Es fehlen eine Strategie, Mittel und Möglichkeiten, um auch diese Kinder und ihre Familien zu erreichen.

Die Struktur der Schulgesundheit (zwei Träger, zwei zuständige Ministerien) ist den aktuellen Anforderungen nicht angepasst. Treffen zwischen DKF-Mitarbeitern und den Mitarbeitern der Gesundheitszentren finden nicht systematisch statt, obwohl beide Dienste bemüht sind, enger zusammenzuarbeiten.

Zur Zeit besteht als große Herausforderung bei Kindern und Jugendlichen, laut Aussagen des Gesundheitsministeriums der DG, Übergewicht und Magersucht (Essstörungen) und mangelnde Bewegung.

Interessant ist hierbei vielleicht noch anzumerken, dass laut der bereits erwähnten Studie zum Risikoverhalten von Jugendlichen in der Euregio 6,7% der belgischen Jugendlichen (14- bis 16-Jährige) ihre eigene Gesundheit als mäßig bis schlecht bewerteten (deutsche Jugendliche: 3,1%).

Auszug aus einer Stellungnahme des Zentrums „Mosaik“ zum Thema gesunde Ernährung:
„Auch in diesem Bereich ist Not angesagt. Wenn man davon ausgeht, dass Familien im Rahmen einer Schuldentilgung mit 70€ in der Woche eine vierköpfige Familie ernähren müssen (wobei dieses Geld auch für andere Besorgungen ausgegeben wird: Windeln, Tabak, Benzin), erübrigt sich eine Frage des Wieso und Warum. Ausgeglichene Ernährung ist meist bereits ein „kulturelles“ Problem vieler Familien, aber viele Formen der Mangelernährung sind auch finanziell bedingt.“

Die „Frühhilfe Ostbelgien“ macht auf eine alarmierende Entwicklung im Bereich Entwicklungsverzögerung in Multiproblemfamilien aufmerksam.

Die „Frühhilfe Ostbelgien“ ist der ambulante Frühförderungsdienst der „Dienststelle für Personen mit Behinderung“ und wird von der V.o.G. „Begleitzentrum Griesdeck“ verwaltet. Das Angebot der Frühhilfe (Frühförderung und Beratung/Unterstützung der Eltern) richtet sich an entwicklungsverzögerte und/oder behinderte Kleinkinder (von 0 bis 6 Jahren) sowie an deren Familien. Im Jahre 2005 betreute der Dienst 1,44% der 0-6-Jährigen Kinder der DG.

Auszüge aus einer Stellungnahme des Dienstes hinsichtlich der letzten Entwicklungen in der Frühhilfe:

1. Bei den Kindern:

Die klassischen Behinderungen wie T21, Spina usw. treten immer seltener auf, einer der Gründe dafür kann sicherlich mit den heutigen medizinischen Möglichkeiten in Verbindung gebracht werden wie Schwangerschaftsfrüherkennung, Genforschung usw. Dafür ist jedoch eine Zunahme anderer Auffälligkeiten wie Unterstimulation, ADHS, Verhaltensprobleme usw. feststellbar.

2. Bei den Familien:

Immer mehr Familien, die sich an die Frühhilfe wenden, haben nicht nur ein Problem in Bezug auf die Entwicklung ihres Kindes.
Finanzielle Aspekte, Arbeitslosigkeit, Trennung, Gewalt usw.... gehören mehr und mehr zum Alltagsleben dieser Familien (Multiproblemfamilien).

Erschreckend sind dabei vor allen Dingen die Geschwindigkeit, mit der dieses Phänomen zunimmt, sowie die allgemeine Entwicklung der Anfragen:

Von den 2003 betreuten 50 Kindern stammten 9 aus Multiproblemfamilien (18%).
Von den 2004 betreuten 56 Kindern stammten 17 aus Multiproblemfamilien (30%).
Von den 2005 betreuten 61 Kindern stammten 16 aus Multiproblemfamilien (26%).

Mitte 2006 lag der Anteil der Multiproblemfamilien schon bei 32%.

Die Grundhaltung der Eltern im Bereich Erziehung hat sich dabei verändert.

Das Problem des Kindes steht in den meisten dieser Familien nicht mehr im Vordergrund. Daher ist die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Kooperation mit der Frühhilfe nicht die, die man bei anderen Familien vorfinden kann.

Diese Kooperationsarbeit ist aber die Grundvoraussetzung dafür, dass Frühhilfe wirksam werden kann!

Die Tatsache, dass in vielen dieser Familien bereits andere Dienste intervenieren, vereinfacht die Situation nicht.

Die Aufteilung der Rollen der verschiedenen Dienste ist für die Familien nicht immer klar und führt zu einem gewissen Misstrauen, das eher hinderlich für die konkrete Arbeit im Rahmen der Frühhilfe ist.

Die Zunahme an Multiproblemfamilien ist alarmierend und stellt den Dienst vor große Herausforderungen, die er wahrscheinlich alleine nicht lösen können. Auch im Bereich der Jugendhilfe wird auf die steigende Tendenz der Multiproblemfamilien hingewiesen.

Auch die „Nutznießer“ des Kindergelds für Kinder, die jünger als 21 Jahre sind und eine Beeinträchtigung aufweisen⁶² steigt in der DG. (Bénéficiaires des allocations familiales de moins de 21 ans atteints d'une affection)

Hierbei handelt es sich um einen Kindergeldzuschlag, der für Kinder gezahlt wird, die mindestens zu 66% beeinträchtigt sind (körperlich oder geistig). Nach dem neuen Punktesystem, das für Kinder gilt, die nach dem 1. Januar 1996 geboren sind, wird unterschieden zwischen körperlichen und geistigen Einschränkungen, Einschränkungen in der Aktivität und den Partizipationsmöglichkeiten des Kindes sowie den Konsequenzen für das familiäre Umfeld. Die Höhe des Zuschlags richtet sich dabei nach dem Ausmaß der Einschränkungen in den 3 genannten Bereichen.

In der DG erhielten im Jahr 2003 157 Kinder und Jugendliche diesen Zuschlag. Dies sind 1,88% aller Kinder, für die Kindergeld in der DG gezahlt wird. Dieser Proporz ist der höchste in ganz Belgien (zum Vergleich: Proporz für Belgien insgesamt: 1,34%, Proporz in der Provinz Luxemburg: 1,26%).

Leider geht nicht aus den Zahlen hervor, wie viele dieser Kinder darüber hinaus noch ein erhöhtes Kindergeld aufgrund der familiären Situation erhalten (z.B. Arbeitslosigkeit).

4.2 Auswirkung von Armut auf Gesundheit

Die Stellungnahme von „Mosaik“ deckt sich mit zwei unabhängig voneinander gemachten Untersuchungen in den Niederlanden und Deutschland, die zeigen :

- dass sich Ernährungsumfang und -Qualität in Haushalten, die Sozialhilfe empfangen, vor allem in der zweiten Monatshälfte verschlechtern, also dann, wenn das Geld knapp wird;
- dass Mütter aus Armutshaushalten meist versuchen, die armutsbedingten Belastungen soweit wie möglich von ihren Kindern fernzuhalten, indem sie selbst auf vieles (auch auf eigene Nahrung) verzichten, nur um ihre Kinder ausreichend versorgen zu können. Dieses Verhalten findet sich besonders bei alleinerziehenden Müttern.

Allgemein geht aus Untersuchungen hervor, dass Ernährung in Armutslagen oft mit einer erhöhten Zufuhr von Nährstoffen verbunden ist, denen bei hohem Konsum negative Wirkungen auf Herz und Kreislauf zugeschrieben werden und die verstärkt Diabetes und verschiedene Krebsarten fördern. Gleichzeitig fehlen Nährstoffe, die eine Schutzwirkung vor bestimmten Krankheiten bieten.

Hinreichend belegt (für Deutschland⁶³) ist, dass Kleinkinder aus armen Haushalten mehr Zucker und gesättigte Fettsäuren zu sich nehmen und weniger Ballaststoffe, Mineralien und Vitamine. Sie essen weniger Vollkornbrot, Obst und Gemüse, dafür mehr Chips und Fastfood-Produkte und trinken mehr zuckrige Limonaden. Konsequenzen sind erhöhte Fettleibigkeit und Karies, langsames Wachstum und generell schlechtere Gesundheit.

Folgendes Schema zeigt, wie sich Armut generell auf das körperliche und geistige Wohlbefinden auswirkt

⁶² Recensement géographique – 2003, ONAFTS

⁶³ Aus einem Aufsatz von Antje Richter zur Armutsprävention in der Gesundheitsförderung in „Kinderarmut - Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis“, M. Zander

Gesundheitszustand und Schichtzugehörigkeit

Soziale Schicht der Eltern	untere	mittlere	obere
schlechte Gesundheit allgemein	16	8	1
Kopfschmerzen	22	13	9
Rückenschmerzen	16	13	9
Nervosität	22	15	8
Schlechtes Einschlafen	26	18	16
Hilflosigkeit	14	6	3
Einsamkeit	19	9	9

Quelle: Klocke/Hurrelmann 1995 (Angaben in %)

Das Schema zeigt die Ergebnisse einer Befragung von 3 328 Schüler/innen zwischen 11 und 15 Jahren in Deutschland.

Armut betrifft somit viele gesundheitliche Bereiche:

So weisen Kinder aus armen Haushalten überdurchschnittlich häufig Entwicklungsverzögerungen im sprachlichen, psychomotorischen sowie intellektuellen Bereich auf. Auch der Befund Kinderpsychiatrische Störungen tritt bei Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem Sozialstatut häufiger auf.

Eine Untersuchung aus Niedersachsen zeigt, dass im Jahre 2004 nur bei 60,3% der eingeschulter Kinder mit niedrigem sozialen Status eine altersentsprechende Entwicklung vorlag (im Gegensatz zu 83,3% bei Kindern aus einer hohen Statusgruppe).

4.3 Zugang zu medizinischer Dienstleistung

In Belgien besteht ein breiter Zugang zur Krankenversicherung, beinahe 99% der Bevölkerung profitieren von diesem System, und doch lebten im Jahre 2004 10% der Bevölkerung in Haushalten, in denen mindestens ein Mitglied aus finanziellen Gründen eine notwendige medizinische Intervention verschieben oder fallen lassen musste.

Auch das „Observatoire du Crédit et de l' Endettement“ weist darauf hin, dass der Anteil der „Gesundheits- Schulden“ sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt hat. In diesem Zeitraum hat sich der schuldig gebliebene Betrag um 25% erhöht (von durchschnittlich 836,22€ auf 1045,39 €).

Auch flämische Hausärzte machen auf die steigende Anzahl Klienten aufmerksam, die Schwierigkeiten haben, ihre Rechnung zu bezahlen (ca. 10%). Zwar kann auf das System des „Drittzahlers“ zurückgegriffen werden (eine Errungenschaft des ersten allgemeinen Berichts über die Armut, die es Menschen mit geringem Einkommen ermöglicht, nur den Eigenanteil an den Arzt zu entrichten, der Arzt rechnet den Rest direkt mit der Krankenkasse ab), jedoch stellt selbst dieser relativ geringe Betrag für einige Familien ein Problem dar.

Zudem gibt es zahllose medizinische Interventionen, die kaum oder nur geringfügig rückerstattet werden von der Krankenkasse (Brillen, Zahnspangen,...).

Vor allen Dingen, wenn Krankenhausaufenthalte notwendig sind oder Spezialisten konsultiert werden müssen, können die Kosten leicht 60% des Einkommens erreichen. Auch hiesige ÖSHZ müssen immer öfter bei Gesundheitskosten intervenieren und verschulden sich Menschen immer häufiger, um ihre medizinischen Behandlungen zahlen zu k nnen⁶⁴.

Eine erst kürzlich erschienene Untersuchung von Perrine Humblet (Socio-economic status and health in young children in Belgium, ULB) zeigt, dass arme Kinder weniger oft einen festen Hausarzt haben und zweimal weniger einen Spezialisten konsultieren als ihre nichtarmen Altersgenossen.

Die Zweiklassen-Gesundheitsvorsorge ist nun also auch Realität in Belgien trotz der vielen Maßnahmen, die in diesem Bereich in den letzten Jahren ergriffen wurden.

Zwar hat die DG wenig Einfluss auf die Organisation der Rückerstattung der Gesundheitskosten, doch liegt einer der Gründe für diese alarmierende Entwicklung auch im mangelnden Wissen über die

⁶⁴ Laut Analyse des Ministeriums - Entschuldungsfonds

Möglichkeiten, die das jetzige System bietet. Hier könnte die DG sicherlich eine verstärkte Rolle spielen.

Kinder, deren Familien keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, sind noch deutlich benachteiligter. Auch hier mangelt es an Wissen über die Rechte in Bezug auf die „dringende medizinische Hilfe“. Zudem wird der Dringlichkeitscharakter verschiedenartig interpretiert, was zu Rechtsunsicherheit führt.

„Medimigrant“, eine Brüsseler Organisation, die sich für das Recht auf medizinische Versorgung für Papierlose einsetzt, hat vor zwei Jahren einen Vorschlag erarbeitet, der Kindern, deren Familien keinen legalen Aufenthaltsstatus haben und die Schule besuchen, ermöglicht, sich einer Krankenkasse anzuschließen. Zwar ist der Vorschlag von vielen Seiten als interessant erachtet worden, doch sind bis heute keine konkreten Maßnahmen unternommen worden. Auch „Kind en Gezin“ unterstützt diese Idee.

4.5 Allgemeine Bemerkungen

Zur Gesundheitsförderung gehören auch ein gesundes Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche genügend Bewegungsfreiraum und rekreative Möglichkeiten haben, vertrauensvolle und harmonische Beziehungen zu Mitmenschen, Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten, ein entwicklungsstimulierendes Umfeld, das Aneignen von Kompetenzen, Probleme zu lösen usw. (Diese Themen sind bereits teilweise in den vorangegangenen Kapiteln angesprochen worden.) Aber auch genügend finanzielle Mittel, sich beispielsweise gesund zu ernähren, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und gesund zu wohnen, sind Grundvoraussetzungen zur Förderung und zum Erhalt der Gesundheit.

Gerade an diesen Rahmenbedingungen fehlt es den meisten in Armut lebenden Menschen jedoch, und deshalb verwundert es nicht, dass die Lebenserwartung von Menschen, die dem unteren Viertel der Einkommensverteilung angehören, um 10 Jahre (bei Männern) bzw. 5 Jahre (bei Frauen) kürzer ist als im oberen Viertel der Einkommensverteilung⁶⁵.

Alle noch so gut gemeinten Sensibilisierungskampagnen und Projekte rund um gesundes Essen beispielsweise zeigen keine Wirkung, wenn nicht auch die notwendigen Mittel da sind, sich dieses Essen auch effektiv leisten zu können. Leben vom Eingliederungseinkommen heißt oft mit 5€/Tag/Person leben (nach Abzug der Festkosten). Davon müssen Ausgaben für Nahrungsmittel, Kleidung, Schulmaterial, Mobilität, Freizeit usw. bestritten werden. Dass dies nicht reicht, um jeden Tag frisches Obst und Gemüse, Vollkornbrot usw. auf den Tisch zu bringen und daneben auch noch aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, liegt auf der Hand.

Darüber hinaus geht es um die Sensibilisierung für **gesundheitsbewusstes Verhalten**. Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten werden schon früh eingeübt. DKF, Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen kommt hier eine wichtige Rolle zu.

Allgemein bietet der sogenannte „Settingansatz“⁶⁶ gute Erfolgschancen, um einen positiven Einfluss auf das Gesundheitsverhalten auszuüben.

Maßnahmen im Bereich gesundheitsförderndes Verhalten sollten dabei verstärkt die Eltern einbeziehen. Sie sind es, die einen entscheidenden Einfluss haben auf das Ernährungs- und Gesundheitsverhalten der Kinder.

Auch könnten interessante Synergien entstehen zwischen sozialen Einrichtungen und dem Gesundheitsdienst.

Projekte, wie sie die SIA beispielsweise zur Zeit durchführt (gesundes Essen gemeinsam zubereiten und zu moderaten Preisen verkaufen), sollten verstärkt gefördert werden. Auch das Modell einer Müttergruppe in einem Lütticher Viertel, die von der ONE betreut wird, ist sicherlich interessant:

⁶⁵ Antje Richter: Armutsprävention – Ein Auftrag an die Gesundheitsförderung

⁶⁶ Settingansatz: Dieser geht davon aus, dass ein Ort oder sozialer Kontext (Setting), in dem Menschen ihren Alltagsaktivitäten nachgehen, ein soziales System darstellt und dieses die Gesundheit und das Wohlbefinden beeinflusst. Darauf basierte Gesundheitsförderung richtet sich daher nicht an einzelne Menschen, sondern das ganze System/Umfeld (Schule, Kindergarten,...) wird in den Prozess der Gesundheitsförderung mit einbezogen.

Mütter von Kleinkindern treffen sich regelmäßig, kochen und essen gemeinsam. Dabei wird das Thema Ernährung auf niedrigschwellige Art angesprochen, werden wichtige Kenntnisse vermittelt. Die Lebensmittelbanken, Kindergärten, Schulen usw. bieten in diesem Rahmen sicherlich noch viele weitere Möglichkeiten.

Fazit

Es gibt kaum Angaben über die Korrelation zwischen Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen und Armut für die DG.

Aus Beobachtungen der Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums geht hervor, dass Essstörungen, Übergewicht und Bewegungsmangel in der DG zunehmen.

Im Gegensatz dazu ist jedoch eine Verbesserung der Zahngesundheit zu erkennen.

Die Mitarbeiter/innen bemängeln, dass sie über die Schuluntersuchungen nicht alle Kinder erreichen. Kinder, die ein erhöhtes Risiko aufweisen (Vernachlässigung, Misshandlung,...) werden über dieses Angebot manchmal nicht erreicht. Die Mitarbeiter/innen sehen daher einen erhöhten Bedarf an sogenannter aufsuchender Arbeit, vor allen Dingen bei den 3-18-Jährigen.

Gesundheitsprävention wird ab dem Alter von 3 Jahren zur Zeit vorwiegend in Schulen und Kindergärten praktiziert, bezieht die Eltern aber nicht systematisch mit ein. Dabei wird kaum der besonderen Lage von in Armut lebenden Kindern Rechnung getragen und gibt es keine Konzepte, die darauf ausgerichtet sind, in Armut lebende Familien prioritär zu erreichen. Angesichts der Tatsache, dass diese Kinder und Jugendlichen ein erhöhtes Gesundheitsrisiko aufweisen, besteht hier ein dringender Nachholbedarf.

Auch wäre eine verbesserte Information über Möglichkeiten, Gesundheitskosten zu reduzieren, notwendig, sowohl bei den Betroffenen selbst als auch bei begleitenden Diensten. Die allgemeine Entwicklung in Belgien zeigt, dass immer mehr Menschen sich verschulden im Bereich der Gesundheitskosten und dass arme Kinder weitaus weniger Spezialisten und Hausärzte konsultieren als nichtarme. Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus sind hier noch häufiger betroffen.

Besonders erschreckend ist die steigende Anzahl von Kindern aus Multiproblemfamilien, die eine Entwicklungsverzögerung aufweisen. Armut ist dabei häufig eins der kumulierten Probleme dieser Familien.

Diese Entwicklung stellt sowohl die Frühhilfe als auch andere Dienste, die ebenfalls mit der Betreuung und Begleitung dieser Familien beauftragt sind, vor (neue) Herausforderungen und Probleme, für die bis jetzt noch nicht in zufriedenstellendem Maße Lösungen gefunden worden sind (Zusammenarbeit der Dienste, Umgang mit Einstellung der Familien,...).

Die Bemerkungen, die im Kapitel Soziale Lage gemacht worden sind, gelten auch für diesen Bereich.

Besorgniserregend ist ebenfalls die Tatsache, dass in der DG proportional mehr Kinder ein erhöhtes Kindergeld erhalten aufgrund einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung als auf Landesebene.

VII Allgemeines Fazit und Handlungsempfehlungen

Im ersten Teil des Berichts wurde gezeigt, dass das Risiko der sozialen Ausgrenzung und der Armut in der DG in den letzten Jahren gewachsen ist.

Mehr Menschen sind arbeitslos oder leben vom Eingliederungseinkommen. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, eine erschwingliche Wohnung zu finden, sind verschuldet oder nutzen die Lebensmittelbanken.

Auf Landesebene zeigt sich, dass vor allem Kinder und Jugendliche von Armut betroffen sind und hier vor allen Dingen Kinder aus Einelternfamilien, Familien mit mehr als 3 Kindern und Familien mit Migrationshintergrund.

Auch in der DG ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die vom Eingliederungseinkommen leben, proportional doppelt so hoch wie der Anteil der Erwachsenen. Im Norden der DG (hier vor allen Dingen Eupen und Kelmis) sind Kinder häufiger von Armut betroffen als im Süden.

Gleichzeitig wachsen auch die Probleme im sozialen Bereich. Steigende Zahlen bei den Jugendhilfe- und sozialpädagogischen Einrichtungen verdeutlichen dies.

Wir haben ebenfalls gesehen, dass proportional mehr Kinder und Jugendliche aus „armen“ Haushalten vom Jugendhilfedienst betreut werden.

Auch nimmt die Anzahl der Kinder, die Entwicklungsverzögerungen aufweisen und aus „Multiproblemfamilien“ stammen (in denen Armut häufig eins der kumulierten Probleme darstellt), zu.

Generell ist die mangelnde Stimulierung von Kindern ein zentrales Problem, sowohl was das Ausmaß als auch was die Konsequenzen für diese Kinder betrifft.

Auffällig ist ebenfalls, wie wenig die einzelnen Dienste und Dienstleistungen bekannt sind, die Familien entlasten und unterstützen könnten. Wenn dies schon für die Mitarbeiter der Dienste gilt und für die Mitarbeiter und Ehrenamtlichen von karitativen Einrichtungen, gilt dies noch mehr für die betroffenen Familien selbst.

Obwohl Kinder- und Jugendarmut subjektiv wahrgenommen wird, fehlt bisher jede strukturelle Erfassung dieser Problemlage. In keinem Jugendhilfebericht, in keiner sonstigen Statistik, die sich auf die DG bezieht, wird Kinderarmut erwähnt und berücksichtigt.

So liegen auch zum Gesundheitszustand von in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen kaum Daten vor und kann nur auf Untersuchungen aus anderen Landesteilen und Ländern hingewiesen werden.

Angesichts der Tatsache, dass Armut und damit auch Kinderarmut – nach EU-Norm definiert – auch in der DG existent ist, dass ihre Auswirkungen im materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereich auch in der DG feststellbar und erkennbar sind, sind dringend Maßnahmen notwendig, um hier gegenzusteuern!

Bei allen Maßnahmen ist es dabei wichtig, auf zwei Ebenen gleichzeitig anzusetzen:

Strukturelle Ebene

Die Strukturen und Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass Kinder, die in Armut leben, nicht ausgeschlossen werden, und die Ursache von Armut bekämpft wird (Veränderung der Verhältnisse).

Individuelle Ebene

Es müssen verstärkt Konzepte entwickelt werden, die die persönlichen Ressourcen der Eltern und Kinder individuell fördern (auf eine Veränderung des Verhaltens hinzielen).

Es reicht also nicht, nur die Verhältnisse ändern zu wollen und die individuelle Ebene dabei außer Acht zu lassen. Ebenso wenig können Maßnahmen fruchten, die nur eine Veränderung des Verhaltens anvisieren. Armutsbekämpfung beinhaltet immer beides und sollte so früh wie möglich ansetzen.

Die Überlebensstrategien, die sich in Armut lebende Familien angeeignet haben, sind dabei ein wichtiges Element und damit eng verbunden die **Rolle von Scham**.

Scham ist häufiger Begleiter von Armut. Sie verhindert jedoch, die für viele Lösungsstrategien notwendige Mobilisierung sozialer Unterstützung⁶⁷. Auch Kinder und Jugendliche sprechen nicht über die finanzielle Armut ihrer Familie.

Einerseits sind in Armut lebende Menschen einem erhöhten Stressaufkommen ausgesetzt (dies gilt für die Eltern gleichermaßen wie für ihre Kinder), andererseits haben sie größere Schwierigkeiten, adäquate Hilfe in Anspruch zu nehmen, nicht zuletzt aus Furcht vor Bloßstellung und vor dem Verlust des Ansehens.

Dem gilt es entgegen zu wirken, auch durch Maßnahmen, die dazu beitragen, das Bild, das weite Teile der Gesellschaft von in Armut lebenden Menschen haben, zu verändern (der Missbrauchsdiskurs sollte endgültig zu den Akten gelegt werden!).

Daneben sind jedoch auch Maßnahmen wünschenswert, die in **Armut lebende Menschen als Experten ihrer eigenen Situation** zu Handelnden machen. Die sogenannten „Organisationen, in denen Arme das Wort ergreifen“, wie es sie in Flandern gibt, sind hierfür sehr interessante Vorbilder.

Hier treffen sich in Armut lebende Menschen, unterstützen sich gegenseitig in den unterschiedlichsten Fragen, führen Aktionen durch, um die nichtarmen Bevölkerungsschichten zu sensibilisieren, und formulieren Empfehlungen für die politisch Verantwortlichen. Sie sind eng bei der Erstellung des Flämischen Zweijahresplans zur Bekämpfung von Armut einbezogen. Dieser Plan beinhaltet einerseits eine Evaluation der Maßnahmen der vergangenen zwei Jahre sowie andererseits einen neuen Maßnahmenplan für die kommenden 2 Jahre. Die Organisationen werden dabei logistisch und finanziell unterstützt.

Im Rahmen meiner Koordinationsarbeit für RECES hatte ich Gelegenheit, einige dieser Organisationen kennen zu lernen. Das Engagement der Mitglieder dieser Organisationen hat mich dabei jedes Mal begeistert. Es war offensichtlich, dass ihre Organisation ihnen unendlich viel bedeutet und Halt gibt. Sie leisten dabei nicht nur wichtige „soziale“ Arbeit, sondern auch politische.

⁶⁷ Kurt Salentin, Armut, Scham und Stressbewältigung, 2002

Erste konkrete Ansatzpunkte für die DG

1. Kinder- und Jugendarmut und deren komplexe Folgen müssen wahrgenommen und die Problematik enttabuisiert werden, um Maßnahmen der sozialen Gegensteuerung einzuleiten.

In kaum einem Jahresbericht, in keiner Veröffentlichung der ABEO wird das Thema Kinder- und Jugendarmut angesprochen. Es lassen sich so gut wie keine Zahlen finden, die einen Hinweis geben auf das Ausmaß der Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen in der DG.

Es wäre wichtig, dieser Dimension zukünftig strukturell mehr Aufmerksamkeit zu widmen, handelt es sich doch um einen folgenschweren Ausgrenzungsfaktor.

- Strukturelle Erfassung von Daten, die Hinweise geben können auf die Entwicklung des Ausmaßes von Kinder- und Jugendarmut (eventuell in Zusammenarbeit mit ABEO)

Parameter auf DG-Ebene:

- Anzahl Kinder, die in einem HH ohne Einkommen aus Arbeit leben (Quelle: Datawarehouse)
- Anzahl Kinder, die vom Eingliederungseinkommen leben oder der Ausländerbeihilfe und dringende medizinische Hilfe erhalten haben (Quelle: ÖSHZ in der DG)
- Anzahl Kinder, die in Einelternfamilien aufwachsen bzw. Anzahl Einelternfamilien (Quelle: INS)
- Anzahl verschuldete Haushalte mit Kindern (Quelle: VSZ und Ministerium der DG)

Auf nationaler und internationaler Ebene:

- SILC-Daten, UNICEF-Studie zur Kinderarmut, Pisa...

- Neben diesen Daten, die einen Hinweis geben können auf die Entwicklung des Ausmaßes von Kinder- und Jugendarmut, sollten jedoch auch die Dienste, die mit Kindern und Familien arbeiten, regelmäßig zu dieser Thematik Stellung beziehen, insbesondere im Hinblick auf Armutsfolgen.

2. Von Armut betroffene Familien müssen größere materielle Unterstützung bzw. Entlastung erhalten.

Generell ist eine der ersten Maßnahmen, die Folgen von Armut zu bekämpfen, ihre Ursache zu beseitigen, so dass jede Familie über die nötigen finanziellen Mittel verfügt, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass das Eingliederungseinkommen unter der Armutsgrenze liegt und, wie die 3 Städte- und Gemeindevereinigungen des Landes in einer Stellungnahme⁶⁸ zum Gesetz über die soziale Eingliederung betonen, das Eingliederungseinkommen nicht reicht, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Dringend erforderlich sind vor allen Dingen:

➤ **Maßnahmen im Wohnungswesen**

In einem Beitrag für „Aus Politik und Zeitgeschichte“ über Kinderarmut bestätigt Professor Christoph Butterwegge⁶⁹, „dass es kaum einen anderen Transfer gibt, der so direkt einer Verbesserung der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen zugute kommt, als das Wohngeld“.

Geeignete Maßnahmen, dies zu erreichen, sind die Erweiterung der Zugänglichkeit zu Mietzuschüssen, vor allen Dingen jedoch die Ausweitung des Wohnungsangebotes für einkommensschwache Familien.

⁶⁸ Evaluation de la Loi concernant le droit à l'intégration sociale, Colloque du 1er mars 2005, Exposé de Monica Coninck au nom des trois associations de CPAS

⁶⁹ Professor an der Universität zu Köln zitiert aus APuZ 26/2006

- **Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit von Freizeit- und Bildungsaktivitäten**
 - z.B. über Art. 27 Initiativen, wie sie in den anderen Landesteilen bereits greifen
 - Ausweitung des Soziokulturellen Fonds (ÖSHZ), Einführung von Sportschecks (siehe Französische Gemeinschaft)
 - Ausbau von erschwinglicher Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe und Anbindung dieser Angebote an Einrichtungen, die bereits in Kontakt sind mit dem Zielpublikum
 - Im Bereich der Zugänglichkeit der Kinderbetreuung für einkommensschwache Familien
 - Erhöhung der Gratiszugänglichkeit zu verschiedenen Freizeit- und kulturellen Angeboten für Kinder auf 15 Jahre statt bisher 12 Jahre (Kino, Zoo, Theater, Konzerte, Schwimmbad usw.)

- **Maßnahmen zur Reduzierung der Schulkosten**
 - Studienbeihilfe bereits in der Grundschule
 - Überdenken der Höhe und der Zugänglichkeit der Studienbeihilfen
 - Liste der Kosten, die auf die Eltern zukommt am Anfang des Schuljahres mit einer Möglichkeit zu staffeln
 - Frühzeitig mit den Eltern über anstehende Kosten sprechen und Lösungen anbieten, die niemanden stigmatisieren

- **Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität**
 - Kostenlose oder kostenreduzierte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Menschen mit geringem Einkommen (unabhängig von der Art ihres Einkommens)

3. Weiterentwicklung des Systems der sozialen Förderung über:

- **vernetzte Präventionsarbeit als Querschnittsaufgabe aller Kinder, Jugendliche und Familien betreffenden Dienste.** Sinnvoll wäre hier:
 - die Einrichtung einer AG auf ministerieller Ebene Gesundheit/Soziales/Bildung/Jugend
 - die gemeinsame Erarbeitung grundlegender Konzepte mit den Diensten und Organisationen und Bereitstellung von Mitteln für die Erarbeitung und Umsetzung dieser Konzepte (siehe Konzept der Stadt Monheim „MoKi“ im folgenden Bestpractice-Teil).

- **die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Familienbildung und-Beratung** Hier geht es vor allen Dingen um den Abbau räumlicher, finanzieller, sozialer Barrieren z.B. durch engere Zusammenarbeit zwischen karitativen Vereinigungen, Jugendbereich, Schule und sozialen Diensten und durch sozialraumbezogene Konzepte (siehe Konzepte Babelma's, Opstapje, Familienzentren im Bestpractice-Teil).

- **den Ausbau einer kindbezogenen Präventionskette und einer verstärkten Kooperation im Bereich der Frühhilfe** mit einem besonderen Blick auf Multiproblemfamilien (DKF – Frühhilfe – ÖSHZ und andere relevante Dienste).

- **mehr Möglichkeiten zur aufsuchenden Sozialarbeit auch nach dem 3. Lebensjahr.**

- **Entwicklung und Ausbau systematischer Fort -und Weiterbildungen für Fachkräfte** (Jugendhilfe, Jugendarbeit usw.) mit Blick auf Armut und Armutsprävention, auf ein komplexes Handlungsverständnis und eine multiprofessionelle Kooperation.

- **bessere Information über die bestehenden Angebote sowohl auf Ebene der Dienste und Einrichtungen als auch für die Bevölkerung.**

4. Stärkung der Chancengerechtigkeit im Bildungswesen

- Sensibilisierung und Weiterbildung der im Schulbereich tätigen Fachkräfte mit Blick auf Armut und Armutsprävention
- Weiterer Ausbau von besonderen Fördermöglichkeiten in den Schulen sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich
- Überarbeitung des Dekrets „Neuankommende Schüler/innen“ mit Blick auf eine angepasstere Ressourcenausstattung und höhere Zugänglichkeit der besonderen Unterstützung
- Weiterentwicklung der Schule zur „offenen Schule“ mit einer engen und qualifizierten Kooperation mit außerschulischen Diensten/Einrichtungen
- Schaffung von mehr heterogenen Lernumwelten
- Eindämmung der Schulkosten
- Ausbau der Begleitung und Unterstützung bei den Übergängen von Kindergarten-Primarschule, Primarschule-Sekundarschule, Schule-Berufsleben

5. Dem sozioökonomischen Aspekt im Gesundheitsbereich muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

- Bei der Gesundheitsprävention die Lage von in Armut aufwachsenden Kindern besonders in den Blick nehmen und dabei die Eltern verstärkt mit einbeziehen
- Mehr Möglichkeiten im Bereich der aufsuchenden Gesundheitsförderung und zur Schaffung von niedrighwelligen Angeboten, bei denen die Thematik regelmäßig angesprochen wird
- Mehr Informationen über Möglichkeiten zur Reduzierung der Gesundheitskosten

VIII Bestpractice Beispiele

Babbelma's

Bei den Babbelma's handelt es sich um geschulte und begleitete Peer-Frauen, die selbst aus dem Milieu der Armut stammen, in Familien hineingehen und die Eltern unterstützen, um ihren Kindern die bestmöglichen Entwicklungschancen zu bieten. In den angelsächsischen Ländern hat sich dieses Modell bewährt und wird jetzt auch in Deutschland, den Niederlanden und Flandern mehr und mehr angewandt. Das Modell hat zwei Vorteile: Die Peer-Frauen erfahren häufig eine höhere Akzeptanz bei den betroffenen Familien als die professionellen Kräfte und können sich mehr Zeit nehmen zum zuhören, was die Aussichten auf Erfolg erhöht. Auf der anderen Seite ermöglicht das Projekt den Peer-Frauen eine Vorbereitung auf einen beruflichen (Wieder-)Einstieg. In Flandern werden die Frauen über einen LBA-Vertrag beschäftigt. In eine ähnliche Richtung geht auch das Projekt Opstapje, wobei hier die Zusammenkünfte zwischen Eltern und Peer-Frau zielgerichteter und strukturierter ablaufen.

Eigen-Kracht-Conferenties

Einen interessanten Ansatz liefert auch die Methode der „Eigen-Kracht Conferentie“⁷⁰. Diese wird in Flandern und den Niederlanden angewandt. Die Methode zielt darauf ab, die Stärken der Familienmitglieder und des Umfelds zu nutzen, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Wer eine problematische Situation erlebt oder beobachtet, kann sich an einen „eigen-kracht“-Kordinator wenden. Dieser nimmt Kontakt auf mit allen Betroffenen und schlägt eine gemeinsame Konferenz vor, in der zusammen überlegt wird, wer welche Aufgabe übernehmen kann, um die Situation zu verbessern. Wichtig ist dabei, dass das soziale Netz mit einbezogen wird und der „eigen-kracht“-Kordinator nicht einen Dienst vertritt, der bereits in irgend einer Form interveniert.

Erfahrungsexperten

Es handelt es sich dabei zumeist um Frauen, die selbst in Armut gelebt haben und einer dreijährigen Ausbildung gefolgt sind. Diese „Erfahrungsexperten“ fungieren als Vermittler zwischen den Diensten und den Familien. Allerdings muss der Rahmen für die Arbeit dieser „Erfahrungsexperten“ sehr genau festgelegt werden. „Kind en Gezin“, das flämische Pendant zum DKF, kann auf langjährige positive Erfahrungen in der Arbeit mit Erfahrungsexperten verweisen.

Der Familiencoach⁷¹

Familiencoaching ist eine Methode, die vor allem bei der Arbeit mit Multiproblemfamilien angewandt wird. Der Coach hat einerseits eine Vermittlerfunktion zwischen den Diensten und der Familie, unterstützt die Familie andererseits auch in ganz praktischen Fragen des Alltags. Wichtig dabei ist, dass der Coach das Vertrauen der Familie genießt und dieser von der Familie selbst bestimmt wird. Es kann sich dabei um eine/n Mitarbeiter/in einer Hilfseinrichtung handeln, aber auch um eine/n Lehrer/in, eine/n Bekannte/n usw.

Weekendschool

Dieses Konzept ist von der Psychologin Heleen Terwijn erarbeitet worden, die eine Untersuchung bei Jugendlichen eines benachteiligten Viertels in Amsterdam durchgeführt hat. Viele der jungen Jugendlichen (10-14 Jahre), so stellte sie fest, waren sehr motiviert, um eine gute Schullaufbahn zu verfolgen, wussten aber gleichzeitig beinahe nichts über ihre Möglichkeiten. Sie hatten kaum Vorbilder in ihrer Umgebung von Menschen, die einen Beruf ausübten, die ihre Fantasie und ihr Interesse hätten anregen können und hatten viele Fragen in Bezug auf die Richtung und den Weg, die sie einschlagen sollten. Viele Jugendliche verloren deshalb ihren Enthusiasmus und ihre Neugierde. 1998 entstand dann die erste Weekendschool in Amsterdam, in der jeden Sonntag Kinder aus benachteiligten Vierteln in Kunst, Philosophie, Wissenschaften, Journalismus usw. unterrichtet werden. Der Unterricht wird von Menschen erteilt, die im Berufsleben stehen und ihre Begeisterung für ihren Beruf mit den Jugendlichen teilen möchten. Neben diesen ehrenamtlichen „Gastdozenten“ (ca. 200 pro Zweigstelle) sind 3 Vollzeitmitarbeiter mit der praktischen Organisation betraut. Weekendschool wird ausschließlich über Sponsoren finanziert.

Nähere Infos: <http://www.weekendschool.nl>

⁷⁰ www.eigen-kracht.be

⁷¹ Het banen van een pad - Methodische handreiking voor gezinscoaching, DSP Groep, Juli 2005

MoKi - Monheim für Kinder

MoKi ist ein kommunaler Präventionsansatz, der einen systematischen Umbau der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort – weg von der Reaktion auf Defizite hin zur Prävention als aktive Steuerung und Gestaltung – zum Ziel hat. Er stellt das Kind und seine Entwicklung in den Mittelpunkt aller Bemühungen.

Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes wird eine Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung angestrebt. Angepasst an erschwerte gesellschaftliche Bedingungen werden Familien über institutionelle Übergänge hinweg begleitet, um Eltern zu unterstützen und Kinder frühestmöglich zu stärken.

Um nachhaltige Erfolge in der pädagogischen Arbeit zu erzielen, werden die Fachkräfte trägerübergreifend qualifiziert und ein Netzwerk aufgebaut.

Moki wurde 2004 mit dem deutschen Präventionspreis ausgezeichnet und von der OECD als beispielhaftes Projekt gewürdigt. 2005 gewann Moki den Wettbewerb „Alle Talente fördern“ (Mc Kinsey). Mehr Infos unter: <http://monheim.de/moki>

Familienzentren

Ziel der Familienzentren ist es, kinder- und familienorientierte Leistungen zu bündeln, qualitativ weiter zu entwickeln und den Familien über die Kindertageseinrichtung ein ganzheitliches Angebot „aus einer Hand“ anzubieten. Familienzentren sollen so zu Knotenpunkten der familienorientierten Leistungen im Stadtteil werden, um Kinder und Familien zu stärken und somit zu einer positiven Entwicklung beizutragen.

Um dies zu gewährleisten, kooperieren Kindertageseinrichtungen mit Familienberatungsstellen, Familienbildungsstätten und anderen Einrichtungen. Frühe Beratung, Information und Hilfe soll Eltern so über die Alltagsnähe der Kindertageseinrichtung leichter zugänglich gemacht werden.

Die Kindertageseinrichtung als Ort für Kinder, dem Eltern Vertrauen entgegenbringen, ist der Ausgangspunkt. Kindertageseinrichtungen sind wohnortnah und bieten Familien einen direkten Zugang. Stärken und Schwächen der Kinder können hier frühzeitig erkannt und Eltern rechtzeitig und unkompliziert Hilfen angeboten werden.

Absprachen und Bündnisse sowie Kooperationen für gemeinsame Maßnahmen zum Wohle einzelner Familien können so über die Kindertageseinrichtung gemeinsam gestaltet werden. Fragen der Bildung und Erziehung, des Umgangs der Familie mit Medien, Ernährung und Bewegung und viele andere Themenbereiche können konsequenter und näher angegangen, Alltagskonflikte frühzeitig erkannt und gelöst werden.

Die Familienzentren werden über das Land NRW finanziell unterstützt. Kindertagesstätten gehören in Deutschland nicht zur Bildungspolitik, sondern sind dem Jugendhilfebereich zugewiesen.

Mehr Infos unter www.familienzentren.nrw.de

Erziehungsläden (Opvoedingswinkel)

Kernpunkt dieses Konzeptes aus Flandern ist eine Erziehungsberatungsstelle, die aufgebaut ist wie ein Laden, dies sowohl hinsichtlich der Zugänglichkeit (im Einkaufs-Zentrum, mit gut sichtbaren Schaufenstern) als auch hinsichtlich der Organisation. Hier kann man unverbindlich hereinkommen, sich Bücher und Broschüren anschauen, bei Bedarf jedoch auch eine/n der Erziehungsberater/innen ansprechen. Erweist sich ein erhöhter Beratungsbedarf, werden maximal 5 Gesprächstermine vereinbart. Erweist sich auch dies als nicht genügend, wird an entsprechende Stellen weiter vermittelt. Daneben organisiert der Erziehungsladen Elternabende in Schulen, Viertelhäusern usw. und kümmert sich um die Begleitung der Babbelma's. Grundvoraussetzung ist die Kooperation von verschiedenen Einrichtungen, die diesen Laden gemeinsam tragen. Der einzige (aber wichtige) Unterschied zu einem wirklichen Laden : Das Angebot ist gänzlich kostenlos. Die Erziehungsläden werden von der flämischen Regierung unterstützt.

Sicherlich sind diese Projekte nicht eins zu eins in der DG umzusetzen. Trotzdem scheinen mir einige Ansätze darin enthalten, die auch für die DG interessant wären, vor allen Dingen die aktive Einbeziehung der in Armut Lebenden selbst, der sozialräumliche Bezug und die Kooperation von verschiedenen Diensten und Organisationen.

Nachwort

Ein hiesiger Sozialarbeiter antwortete mir einmal auf die Frage, was sich den verändern müsse, um Armut besser bekämpfen zu können : „die Einstellung der Nichtarmen“.

Ich konnte zu diesem Zeitpunkt nicht viel mit dieser Äußerung anfangen. Ich hatte konkrete Maßnahmen erwartet und vielleicht die Forderung nach mehr Mitteln. Seine Antwort schien wenig konkret und ehrlich gesagt auch ein wenig realitätsfern.

Heute weiß ich, dass dieser Sozialarbeiter Recht hat.

In diesem Sinne hoffe ich, dass der vorliegende Bericht dazu beitragen kann, die Mauer, die zwischen der Welt der Armen und der Welt der Nichtarmen besteht, ein wenig einzureißen und dass armen Kindern und Jugendlichen und ihren Familien die Hilfen zuteil werden, die sie brauchen.

Bedanken möchte ich mich bei Frau Gerda Holz, die mich mit vielen wichtigen Informationen in Bezug auf Kinderarmut und den aktuellen Forschungsstand versorgt hat, mich bei der Erstellung begleitet hat und die dabei auch zu einer Art Supervisorin wurde, die mir Mut gemacht hat, wenn ich an mir und meiner Arbeit gezweifelt habe.

Auch Almut Kriele möchte ich danken, die mich während dieser Zeit begleitet hat und geduldig die Entstehung dieses Berichtes verfolgt und mich mit ihrer analytischen Fähigkeit unterstützt hat.

Den Mitgliedern des Begleitausschusses möchte ich für die konstruktive Zusammenarbeit danken, für die interessanten und lebhaften Diskussionen, die während der Sitzungen geführt wurden, und für ihre Geduld.

Auch meinen vielen Gesprächspartnern aus den unterschiedlichsten Bereichen möchte ich danken für die Zeit, die sie sich genommen haben sowie für die Einblicke, die sie mir in ihre Arbeit oder in ihr Leben gewährt haben.

Nicht zuletzt möchte ich auch dem Belgischen Roten Kreuz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft danken für das mir entgegengebrachte Vertrauen, diesen Auftrag auszuführen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Allgemeiner Bericht über die Armut (1994, ATD Quart Monde, Union des Villes et des Communes, FRB) und Folgeberichte
- Welke oplossing? Eenoudergezinnen, Synthese van het Colloquium van 24 okt. 2000
- Entwicklung eines Designs für eine Familienbefragung, Masterthesis, Johanna Schröder
- Analyse 2005 des pièges à l'emploi, Fédération des CPAS
- Gute Kindheit - schlechte Kindheit – Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen, AWO Sozialbericht, 2000
- Childpoverty in Rich Countries 2005, UNICEF-Vergleichstudie
- Met de neus in de wind, Ria Van Nistelrooij
- Schulversagen - Versuch einer Bestandsaufnahme - Plädoyer für eine Pädagogik des Anschlusses, April 93 - CAB
- Teilzeitunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Studienabschlussarbeit zur Erlangung des Graduates in Arbeits- und Sozialwissenschaften, Ingrid Schleck-Pauels)
- Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgchancen - Eine vergleichende Analyse von Leistungen und Engagement in Pisa 2003, OECD, 2006
- Lernen für die Schule von morgen - Erste Ergebnisse von Pisa 2003, OECD
- School Factors related to Quality and Equity - results from Pisa 2000, OECD
- Pisa-Ergebnisse 2006, Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Kinderarmut – Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis; Margherita Zander 2005
- Le coût scolaire à charge des familles, enquête 2004-2005, Ligue des Familles
- Euregionale Befragung zum Risikoverhalten Jugendlicher, 2001
- Partywise - Onderzoek naar trends in het druggebruik in het uitgaansleven, VAD
- Regels, die mensen blokkeren, armoedemechanismen, overlevingsgedrag en het falen van regels - Stichting Sjakuus, Utrecht, März 2003 (Nistelrooij)
- Evaluation de la Loi concernant le droit à l'integration sociale, Colloque du 1er mars 2005, Exposé de Monica Coninck au nom des trois associations de CPAS
- Armut, Scham und Stressbewältigung, Kurt Salentin, 2002
- Gesellschaft mit begrenzter Haftung, Schultheis, Schulz, 2005
- A thematic study using transnational comparisons to analyse and identify what combination of policy responses are most successful in preventing and reducing high levels of child poverty, Petra Hoelscher, 2004
- Meine Familie ist arm, Chassé, Zander und Rasch, 2005
- School+, Gelijke Onderweiskansen, HIVA (<http://www.school-ecole-plus.be>)
- Kinderarmut, Aus Politik und Zeitgeschichte, 26/2006 (Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“)
- Tätigkeitsbericht Wohnraum für Alle, 2005
- Tätigkeitsbericht DKF, 2005
- Zweiter Endbericht des Jugendhilferates der DG, 2001-2007
- Tätigkeitsbericht des Jugendhilfedienstes, 2006
- Sammelmappe Sozial- und Wirtschaftsstatistiken für die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Ostkantone, ABEO 2006 + Aktualisierungen
- Kruispuntbank Sociale Zekerheid, Datawarehouse arbeidsmarkt 2004
- Institut National des statistiques (http://statbel.fgov.be/home_fr.asp)
- Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>)
- POD maatschappelijke Integratie (<http://www.mi-is.be/>)
- ONAFTS (www.rkw.fgov.be)
- Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (www.dglive.be)
- Unterrichtsserver (<http://www.unterrichtsverwaltung.be/>)
- Nosbau, Zahlen August 2005
- Grenz-Echo, 20.10.07

